

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-
 stelle. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Inseren-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeseuche und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Februar 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Preußische Kulturarbeit im Osten.

Im ober-schlesischen Industriebezirk herrschen die schwarzen Boden. In mehr als einem Duzend Orten des Bezirks sind Erkrankungen dieser furchtbaren Epidemie festgestellt, bis jetzt glücklicherweise noch in geringer Zahl, doch kommt alle paar Tage aus einem weiteren Orte die Nachricht von Erkrankungen. Die Gefahr ist nicht zu leugnen, daß die Zahl der Ansteckungsfälle rasch steigen kann. Was das Auftreten einer solchen Krankheit in einem Bezirk mit einer Million Bewohner, die in zahlreichen, dicht nebeneinander liegenden stark bevölkerten Städten und Industriedörfern hausen, bedeuten kann, bedarf keiner besonderen Schilderung. Die staatlichen und kommunalen Behörden des Bezirks suchen sich denn auch durch Einrichtung von Massenimpfungen, Instandsetzung von Krankenbaracken usw. auf die Befämpfung des furchterlichen Feindes vorzubereiten, hohe Beamte aus den Berliner Ministerien sind herbeigeeilt, um nach dem Rechten zu sehen, Konferenzen von Beamten und Ärzten finden in großer Zahl statt und beruhigende Notizen in den Zeitungen des Bezirks tun das weitere, um das Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung zu erhalten.

Im allgemeinen ist von einer Beunruhigung der Bewohner des Bezirks auch wenig zu merken. Ist man in diesem segensreichen Teile der preussischen Monarchie doch gar zu sehr an Wohlstand gewöhnt. Jene Epidemie mehr oder minder gefährliche Epidemie gibt es im ober-schlesischen Industriebezirk fast immer und die Berichte über Ausbreitung oder Erlöschen des Typhus, der Senfstarre, der Diphtherie in diesen oder jenen Orten bilden eine ständige Rubrik der ober-schlesischen Zeitungen.

Die Ursache des stetigen Auftretens ansteckender Krankheiten im ober-schlesischen Industriebezirk ist in erster Reihe zu suchen in dem starken Grenzverkehr mit russisch-Polen, in dem geradezu entsetzliche Verhältnisse herrschen. Wer einmal in Sosnowice war, dem großen, mit seinen Vororten über 80 000 Einwohner zählenden Hauptort des Sosnowicer-Dombrowaer Industriebezirks, der von Kattowitz mit der Eisenbahn in 12 Minuten zu erreichen ist, wer nur einmal die Hauptstraße dieser Stadt durchschritt, der nimmt einmal einen unauslöschlichen Eindruck von den grauenhaften Zuständen im Reiche des zarischen Selbstherrschers mit sich fort. In dem unergründlichen Schmutz dieser Straßen und Häuser, der unsagbaren Verkommenheit aller öffentlichen Einrichtungen entwickeln sich und gedeihen alle möglichen ansteckenden Krankheiten.

Neben diesem Grenzverkehr ist die Verwendung ausländischer Arbeiter in ober-schlesischen Gruben, Häuten und Fabriken als besondere Quelle der Ansteckungsgefahr zu bezeichnen. Tausende ausländischer Arbeiter sind fortwährend hier beschäftigt, viel mehr, als den Behörden, wenigstens amtlich, bekannt und von ihnen zu gelassen sind. In Zeiten der Hochkonjunktur — sie besteht für Oberschlesien heute noch — nehmen die Werkverwaltungen und Unternehmer Arbeiter, wo sie sich nur bieten und die Kontrolle des Gesundheitszustandes der angenommenen ausländischen Arbeiter läßt oft viel zu wünschen übrig. Es gilt doch vor allem, „Hände“ zu haben.

Gewiß sind die gesundheitlichen Gefahren, die aus dem Grenzverkehr selbst erwachsen, unvermeidlich. Anders aber könnte und müßte es mit der Beschäftigung ausländischer Arbeiter stehen. Durch strenge Kontrollmaßnahmen sollten die Gefahren der Einschleppung ansteckender Krankheiten verhütet werden und die öffentlichen, auf die Erhaltung der Gesundheit gerichteten Einrichtungen in Oberschlesien müßten die in allen anderen Teilen des Staates weit übertreffen. Denn nur dann können die Gefahren, unter welchen der ober-schlesische Industriebezirk ständig lebt, wenn nicht beseitigt, so doch ganz bedeutend vermindert werden.

Wie aber sieht es in Wahrheit mit diesen Einrichtungen im ober-schlesischen Industriebezirk aus? Geradezu jammerdroll! Sie genügen den bescheidensten Ansprüchen nicht, sind weit schlechter, wie irgendwo sonst in Preußen und bilden vielfach geradezu eine Gefahr für die Gesundheit der Bewohner. Da ist zunächst die Fortschaffung der Brauchwässer und des Mülls aus den zahlreichen starkbevölkerten Ortschaften des Bezirks eine äußerst wichtige Frage. Wie es damit steht, sagt schon die Tatsache, daß nur einige wenige große Orte in den letzten Jahren an die Einrichtung einer Kanalisation gegangen sind. In den meisten Orten werden die Unratstoffe einfach in Löchern und Gräben abgeladen und so den Grenzflüssen zugeführt.

Run hat aber der Grubenabbau im Industriebezirk die Wasserläufe zum Verfliegen gebracht. Das wenige Meter breite Fließchen Rawa ist der bedeutendste Wasserlauf im Bezirk. Und dieses armselige Rinnsal dient seit zwei Jahrzehnten dazu, die Schmutzwässer, Kloakenstoffe und alle Brauchwässer der Häuten und Gruben eines sehr großen Teils des Industriebezirks fortzuführen. Das hat zu so unangehörlichen und unerträglichen Zuständen geführt, daß sich der Kreisausschuß des Landkreises und der Magistrat der Stadt Kattowitz entschlossen hat, jüngst wieder mal, wie schon früher, ein Projekt zur Regulierung der Rawa ausarbeiten zu lassen.

Aus dem Bericht über dieses Projekt geht hervor, daß die Rawa durch die ungeräumten Schlamm-, fett-, säure- und ölhaltigen Schmutzwässer der Gruben, Häuten und Fabriken geradezu verpestet wird.

„Gerade in bebauten Ortschaften“, heißt es im Bericht, „wird der Fluß stets als bequemes Mittel zur Befestigung der häuslichen Abfälle benutzt. Tierleichen, Körbe und schwimmende Körper jeder Art treiben den Fluß hinunter und bilden, ehe sie verfaulen und verwesen, für die Schlamm-massen beste Gelegenheit sich festzusetzen.“

Aus dem Kreise Veuthen allein werden der Rawa außer den Fetten, Ölen und Säuren täglich nicht weniger als 225 Kubikmeter Schlamm und Verwesungsstoffe zugeführt!

Und so hergerichtet, tritt nun erst die angenehme Flüssigkeit — die Bezeichnung Wasser kann man dafür nicht mehr anwenden“ sagt der Bericht — in den Kreis Kattowitz ein, nimmt hier in den letzten zwei Dritteln seines Laufes neue gewaltige Schmutz- und Schlamm-massen, Kadaver usw. auf, um endlich sich in den russischen Grenzfluß Brinitza zu „ergießen“ und so auch unserer russischen Nachbarn einen Beitrag von der Höhe unserer Kultur beizubringen. Die entsetzlichen Gerüche wie die schweren gesundheitlichen Gefahren, die dieser furchterliche „Fluß“ in Stadt und Kreis hervorruft, haben nun eine Abstellung ganz unumgänglich gemacht. Aber wie eine solche herbeiführen? Die Kosten beziffern sich auf viele Millionen Mark, denn eine unerläßliche Vorbedingung der Kanalisierung ist die Kanalisation aller der Orte, die jetzt ihre Abwässer in die Rawa leiten. Der Kreis Veuthen hatte es denn auch abgelehnt, dem Regulierungsprojekt beizutreten, er will warten, bis in den betreffenden Orten des Kreises die Kanalisation durchgeführt ist. Ebenso will der Kreis Kattowitz warten, bis im Veuthener Kreise überall die Kanalisation vorgenommen ist: das aber wird viele Jahre dauern.

Der Fluß der Gemeinden des ober-schlesischen Industriebezirks ist ihre grenzenlose Armut! Die große Mehrheit der Gemeindeglieder und Steuerzahler sind arme Arbeiter, die Mühsal für Geschäftsleute, die von der Arbeiterunwirtschaft schnell reichen Gewinn ziehen und dann dem unwirtschaftlichen Industriebezirk den Rücken kehren wollen. Die Armen- und Schullasten dieser Arbeitergemeinden sind sehr hoch, Gewinne aus städtischen gewerblichen Anlagen fast nie vorhanden, so daß meist nur die allernotwendigsten Aufgaben einer Gemeinde erfüllt werden können. Deshalb ist keine Kanalisation möglich; für die Reinigung der vielfach ungepflasterten Straßen geschieht fast nichts, obwohl die ungeheure Staub- und Rauchentwicklung und der starke Verkehr zu geradezu unerträglichen Zuständen führt; öffentliche Badeanstalten gibt es fast nirgends, Knaben und Mädchen baden vielfach in den oft tiefen Löchern, die auf den Bruchfeldern der Gruben Regen- und Schmutzwässer aufnehmen. Welch jämmerliche, zum Himmel schreiende Verhältnisse in den von vielen Tausenden bewohnten Industriebezirken!

Und wie anders könnte es sein, wenn Preußen wirklich der Kulturstaat wäre, der zu sein es sich so oft rühmt! Unmittelbar neben jenen armen verkommenen Industriebezirken liegen die gewaltigen Berge, die Tausende von Händen beschäftigen und ihren Besitzern ungeheure Reichtümer schaffen. Aber nichts von den unerschöpflichen Schätzen, die hier fleißige Hände zutage fördern und gestalten, kommt den armen Gemeinden zugute. Sie haben nur die schier unerträglichen Lasten zu tragen, die solche Anhäufung großer Massen beschloßer Arbeiter naturgemäß verursacht. Der Grund und Boden rings um diese armen Gemeinden und all die in diesem Boden ruhenden fabelhaften Schätze, sie sind Eigentum einiger weniger Herren und diese schützt das vom preussischen Dreiklassen-Landtag geschaffene Gesetz vor der Verpfändung. Den Gemeinden von ihren Schätzen das Erforderliche mitzuteilen, denn diese Schätze liegen ja nicht im „Gemeindebezirk“, sondern im „Gutsbezirk“ und sind daher für die Gemeinden ein Rührmichnichtan!

Ist die Einrichtung der Gutsbezirke, das Geschenk der preussischen Gesetzgebung an die Junker, schon in rein agrarischen Gegenden eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die armen bäuerlichen Gemeinden, so ist sie ein ungeheuerliches Verbrechen in Gegenden, wie in Oberschlesien, in dem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig gewandelt haben, wo aus den Gutsbezirken groß-industrielle Anlagen und aus den Gutsbesitzern Großindustrielle geworden sind! Ein dauerndes Verbrechen an der Wohlfahrt, dem Glück, der Gesundheit, dem Leben hunderttausender nützlicher fleißiger Menschen!

Die verpesteten Wasserläufe im Industriebezirk werden, wie seit Jahrzehnten, so auch weiter bestehen bleiben. Die Gemeinden haben kein Geld zur Regulierung, der preussische Staat, den die ober-schlesische Presse wiederholt um Hilfe anfleht, hat für solche Zwecke nichts übrig — woher also die Mittel nehmen? Der Jahresertrag einer einzigen ober-schlesischen Kohlengrube würde zwar ausreichen, die Kosten zu decken, aber könnte man den ober-schlesischen Magnaten wohl ein solches Opfer zumuten? So bleibt alles beim alten — die ansteckenden Krankheiten werden schon wieder verschwinden — sie raffen übrigens fast immer arme, namenlose Menschen hin. Freilich, der nächste Sommer birgt für den Industriebezirk

eine Gefahr, die weit all das in den Schatten stellt, was ihn bisher an epidemischen Krankheiten bedrohte. Von Zeit zu Zeit gehen Nachrichten durch die Welt, nach welchen die asiatische Cholera im europäischen Rußland immer gewaltigere Ausdehnung annimmt. Schon im vergangenen Sommer traten Einzelsfälle auch in russisch-Polen auf, sogar vor den Toren des ober-schlesischen Industriebezirks, bei Sosnowice! Der Winter hat das Vordringen der mörderischen Seuche verlangsamt. Wird sie nicht in der kommenden warmen Jahreszeit aufs neue zu gewaltiger Höhe aufschäumen und dann auch den so wohl vorbereiteten ober-schlesischen Industriebezirk ergreifen? Die bange Frage wird von gar manchem gestellt. Auch die staatlichen und kommunalen Behörden des Bezirks suchen neuerdings mit bisher nicht beobachtetem Eifer wenigstens eine teilweise Regelung der Kanalisationsverhältnisse herbeizuführen. Vor den auf dem Papier stehenden Projekten wird freilich der schredliche Bürger Cholera nicht Halt machen.

Eine gründliche Besserung der sanitären wie der gesamten kulturellen Verhältnisse Oberschlesiens wird erst möglich werden mit der Herbeiführung demokratischer Zustände im preussischen Staate, mit der völligen Befreiung der Vorkherrschaft der Schlot- und Krautjunker. Hinweg mit dem Dreiklassenwahlrecht! muß es auch hier heißen. Und in unserem Kampfe um ein freieres Wahlrecht bieten uns die kulturfeindlichen, fluchwürdigen Zustände Oberschlesiens, dieses trotz seiner unermesslichen Reichtümer allerärmsten Teiles der stolzen preussischen Monarchie, un-widerstehliche, tödlich treffende Waffen.

Legationsrat und Bodenspekulant.

Ein großer Bauschwindelprozeß beschäftigte fast zwei Wochen lang die Strafkammer des Landgerichts Köln. Die Erben v. Carstanjen in Potsdam haben an der nördlichen Peripherie Kölns Grundbesitz von kolossalem Umfange. Der alte Carstanjen — damals hatte er das Börtchen „von“ noch nicht vor seinem Namen — hat in den drei Jahrzehnten, wo er in Köln wohnte, sich eine Anmasse von Bauland gesichert. Der Mann genoss kein besonderes Ansehen. Als er bei seinem Wegzug der Stadt Köln eine „Stiftung“ von einer Million Mark aussetzen wollte, lehnte die Stadtverordneten-Versammlung die Annahme ab. Carstanjen wurde beschuldigt, „mit raffinierter Verschmießlichkeit“ die Bedingungen so gestellt zu haben, daß die Stadt nie in den Besitz des Geldes kommen konnte. Die Geschichte sei fauler Jauber. Carstanjen sei wie viele andere Börsenmatadore mit seinem bürgerlichen Namen nicht mehr zufrieden, habe die Erhebung in den Adelsstand nachgesucht und das Gesuch mit seinen angeblichen Verdiensten um die Stadt Köln begründet; die schwindelhafte „Stiftung“ solle ihm zur Erlangung des Adels verhelfen. Seine Absicht hat der Großspekulant doch erreicht. Er ist als Herr von Carstanjen gestorben!

Seine Erben, an deren Spitze sein Schwiegersohn Legationsrat von der Gröben und sein Sohn Robert von Carstanjen stehen, haben aus dem Grundbesitz schon viele Millionen gezogen. Zu ihrem Bevollmächtigten hatten die Erben in Köln im Jahre 1903 den Architekten Ullmer eingeseht. Dieser hat in zwei Jahren allein 104 Bauten auf dem v. Carstanjenschen Grundbesitz aufzuführen lassen. Um möglichst hohe Preise zu erzielen, wurde weniger auf die Solidität der Käufer gesehen als darauf, daß sie die teilweise 30—40 Proz. den Wert der Grundstücke übersteigenden Preise zahlten. Und das taten vorwiegend Leute, die nur mit Baugeldschuß arbeiten konnten, der ihnen von der Carstanjenschen Verwaltung bereitwilligst gegeben wurde. Der Kölner Bauunternehmer Ullmer schloß nun mit den Käusern Sonderverträge, wonach er den Leuten zu übertriebenen Preisen die Baupläne, die Baumaterialien, besonders die von ihm betriebenen sehr kostspieligen Hohlsteindecken usw. lieferte. Dafür ließ er sich Zessionen auf die von der Carstanjenschen Verwaltung zu liefernden Baugeldzuschüsse geben. Durch diese Wirtschaft sind zahlreiche kleine Unternehmer, Handwerker und dergleichen ruiniert worden. Sie verloren ihr ganzes Geld, und Ullmer wurde immer reicher. Im Jahre 1906 wurden annähernd 50 der Bauten subhastiert!

Im verfloßenen Sommer brachte nun der Kölner „Lokal-Anzeiger“ auf das Drängen der ruinierten Unternehmer einen Artikel, der sich mit diesen Dingen befahte. Dadurch fühlte sich die Carstanjensche Verwaltung beleidigt und Herr v. d. Gröben stellte gegen das Blatt Strafantrag, statt den Weg der Zivilklage in dieser rein privaten Angelegenheit zu beschreiten. Es erregte großes Aufsehen, daß in der Tat öffentliche Angelegenheiten gegen den Redakteur erhoben wurde. Wie in dem jetzigen Prozeß gegen Ullmer, der unter der Anklage des Betruges und der Untreue stand, durch die Jugendverechnung des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Spelthaus festgestellt wurde, hat Herr von der Gröben es gegen den anfänglichen Willen der Kölner Staatsanwaltschaft durchzusetzen verstanden, daß die offizielle Klage gegen den Redakteur erhoben wurde. Der Prozeß kommt in Kürze vor der Kölner Strafkammer zur Verhandlung.

Die beiden Verteidiger Ullmers, Dr. Froil und Dr. Schreiber, suchten die ursächliche Schuld an dem gewaltigen Zusammenbruch der mit dem Carstanjenschen Geld arbeitenden Unternehmer der v. Carstanjenschen Verwaltung zur Last zu legen. Insbesondere sei das gefährliche Baugeldzuschußsystem mit von der Gröbens Ein-

Verständnis gepflegt worden, um die hohen Spekulationspreise für die Grundstücke zu erzielen. Angebote zu normalen Bedingungen seien des öfteren abgelehnt worden. Aus der Korrespondenz der Garstanzschen Verwaltung mit Ulmer gehe hervor, daß gerade sie den Ulmer gedrängt habe, die schlechtesten Grundstücke zu hohen Preisen an diejenigen Leute loszuschlagen, die an anderen Bauten Arbeiten übertragen haben wollten. In einem Briefe habe von der Gräben gesagt: „Drücken Sie nur tüchtig auf ihn, daß er das große Grundstück nimmt, welches wir anderwärts nicht loskriegen können.“ Rechtsanwalt Dr. Wroil erklärt, aus der Korrespondenz gehe unzweifelhaft hervor, daß das Baugeldsystem mit allem, was drum und dranhänge, in dem Kopfe von der Gräben entstanden sei.

Diese Korrespondenz wird in dem Prozesse gegen den Kölner „Vokalanzeiger“ eine wichtige Rolle spielen. Aus der Beweisaufnahme sei nach folgendem herausgegriffen: Als Herr von der Gräben als Legationsrat in das Konsulat eintrat, legte er die Verwaltungsgeschäfte der v. Garstanzschen Erben nieder. Seine Frau, eine geborene v. Garstanz, trat an seine Stelle. Sie spricht in mehreren ihrer Briefe an Ulmer von „vermögenslosen Kaufleuten“; auch wird darin über die Ausföhrung und die Zweckmäßigkeit einer eventuellen Subhastation gesprochen. Als Zeugin vernommen und um den Sinn von solchen Stellen ihrer Briefe gefragt, erklärte Frau von der Gräben, sie habe diese Briefe mechanisch nach dem Diktat ihres Mannes niedergeschrieben!

Der Angeklagte Ulmer wurde von der Beschuldigung des Betrugs freigesprochen. Wegen Untreue, begangen als Bevollmächtigter der Vermögensverwaltung der v. Garstanzschen Erben, wurde er zu 6 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurteilt.

Wahlrecht und Kulturfragen.

Die „Kölnische Zeitung“, die eifrigste Befürworterin der Volkspolizei, stimmt ein bewegliches Mitglied an über die Enttäuschung, die der Liberalismus an dem „neuen Mann“ im preussischen Kultusministerium haben erfahren müssen. Innerhalb weniger Wochen sei es dem preussischen Liberalismus jetzt zum zweiten Male klar geworden, daß er um jeden Schritt vorwärts hart zu kämpfen habe, daß durch die liberal-konservative Kompromisspolitik im Reich das konservativ-agrarische Regiment in Preußen nicht um Haarsbreite verrückt sei. Das habe man im Januar bei der Beantwortung der freisinnigen Wahlrechtsinterpellation und jetzt in der dreitägigen Generaldebatte zum Kultusetat erfahren müssen.

Es waren drei Tage mit kräftigen Abgaben an die liberalen Auffassungen; wenn an ihnen etwas erschrecklich war, dann war es die Art, wie die nationalliberalen Abgeordneten Friedberg und Schiffer für ihren Liberalismus kämpften. Der geglaubt hatte, daß der Rücktritt des Ministers v. Studi die Einleitung besserer Tage für unser Schul- und Geistesleben bedeuten würde, sieht sich jetzt bitter getäuscht. Es sind nicht so sehr die Schulfragen, die die alten Sorgen wachhalten. Wir wissen, daß sich eine Aenderung der Schulpolitik nicht von heute auf morgen durchführen läßt, und daß sich die Reformen, die unter dem Jang der Einfachheit schon unter dem Ministerium Studi eingeleitet worden sind, auch von den reaktionärsten Politikern nicht mehr unterdrücken lassen. Drückender lastet jetzt wieder auf dem liberalen Vorkämpfer Preußens die Gewißheit, daß der Geist der Unfreiheit und der Bevormundung auch unter Herrn v. Studi im Kultusministerium herrscht. Die häßlichen Fälle von Kunstbetrug, wie aus jüngster Zeit die beleidigende Behandlung des Bildhauers in Neckinghausen und das Verbot der Hausflektüre, werden nicht vereinzelt bleiben, wenn das preussische Kultusministerium das Mundstück so offensichtlich unterstügt, wie es im Biegnitzer Fall jetzt geschieht. Dieser Fall ist für Preußen ein Olym im Kampfe der Geister. Man wird noch lange von ihm sprechen, weil er die Persönlichkeit beweist, mit der gegenwärtig noch die preussische Verwaltung in den Fragen der Volkserziehung handelt, und weil der neue Kultusminister in ihm die Partei der Gegner ergriffen hat.

Es ist die Gewohnheit der Nationalliberalen, bei kleinen politischen Schlichtigkeiten grobartigen Lärm zu schlagen, die großen Schlichtigkeiten dagegen zu dulden oder gar mitzumachen. Sie geraten außer sich über den Streich eines schlesischen Regierungsrates, nachdem sie kurz vorher der Reaktion in dem preussischen Schulgesetz gepörrt haben; sie scheitern die bürokratischen Handlanger des Muder- und Dunkelmannsystems, nachdem sie sich als die hervorragendsten Stützen und Förderer dieses Systems erwiesen haben. Selbstverständlich hüten sich die Nationalliberalen, dem Ugrund des preussischen Übels nachzugehen, aus dem die Reaktion ihre Kräfte schöpft: dem vermalebten Dreiklassenwahlrecht. Im Gegenteil, sie legen sich lähn über diese Frage hinweg und tun, als ob die Wahlrechtsfrage neben Vorgängen wie in Biegnitz und Neckinghausen gar nicht für die Liberalen in Betracht käme. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt nämlich:

„Die Wahlrechtsfrage kann kein Prüfstein sein für liberale Gesinnung; denn in der Verwerfung des gegenwärtigen preussischen Wahlrechts sind sich zwar alle Liberalen einig, aber den Weg der Reform aber gehen die Meinungen auseinander. Da die Gleichheit der Menschen nie ein liberaler Grundsatz gewesen ist, ist auch die Schwärmerei für das gleiche Wahlrecht kein unerklärliches Kennzeichen für einen Liberalen. Aber es gibt ein Gebot, wo es kein Nachgeben und kein Kompromiss für Liberale geben darf: Das sind Kultur- und Schulfragen.“

Als ob nicht erste aller Kulturfragen das Wahlrecht wäre, als ob unter einem reaktionären Wahlsystem überhaupt von Kultur- und Schulfragen in fortschrittlichem, freiheitlichem Sinne die Rede sein könnte! Die Nationalliberalen haben nichts dawider, daß in Preußen ein Wahlrecht herrscht, das Junkern und Junkerengenossen das Recht in die Hände gibt, aber sie begehren auf, wenn unter einem solchen Wahlrecht ein Regierungsrat einen Schwabenstreich verübt, und wenn der Minister, als das Werkzeug dieses Systems, den Streich gutheißt. Und wenn dann ein paar nationalliberale Abgeordnete im Dreiklassenparlament bei dieser Gelegenheit schmetternde Reden halten, dann soll noch gar das Volk dankbar in die Knie sinken vor dem Liberalismus, der sich seiner Rechte so tapfer angenommen hat. Nicht den Biegnitzer Schulrat, nicht den Kultusminister Holte, sondern sich selber, die Feinde aller vollstündigen Wahlreform, sollen die Nationalliberalen als die Schulbigen der preussischen Reaktion anklagen.

Die beleidigten Gendarmen.

Am 3. September 1907 hielt der sozialdemokratische Wahlverein in Treptow eine Versammlung ab. In einer Rikche, die durch einen vorgezogenen Strich als „Segment“ gekennzeichnet war, sahen einige Frauen. Obgleich hiermit die Forderung des Vereingesezes in Bezug auf die Anwesenheit von Frauen erfüllt war, gab das Vorkommen von Frauen im „Segment“ dem überwachenden Gendarmen Anlaß, die Versammlung aufzulösen. Die Teilnehmer der Versammlung verließen den Saal, begaben sich aber, einer Einladung des Geschäftsführers der Restauration folgend, in einen Nebensaal,

wo sie sich beim Glase Bier niederließen und wieder sangen. Die Türen des Restaurationsraumes waren geschlossen, so daß die singenden und Bier trinkenden Personen, etwa 80 an der Zahl, unter sich waren. Die Gendarmen Russa und Engler, welche die Versammlung überwacht hatten, öffneten aber die Tür und legten sich außerhalb derselben in dem leeren Versammlungssaal nieder. Sie wollten, wie sie sagten, beobachten, ob die Versammlung fortgesetzt werde. Nachdem im Restaurationsraume verschiedene Lieber gesungen worden waren, wurde auch das Lied angestimmt: „Weißt du, wieviel Sterne stehen manchem Lumpen auf der Brust“ usw. — Die beiden Gendarmen, welche sich ohne Anlaß und ohne Berechtigung die Überwachung der Kneip-Gesellschaft angemacht hatten, fühlten sich durch das Lied beleidigt. Sie gingen mehrmals in das Restaurationszimmer und stellten fünf Personen fest, welche ihrer Meinung nach das Lied mitgesungen hätten. Gendarm Engler zeigte 2 von ihm festgestellte an. Diese beiden sind vom Schöffengericht Rixdorf zu je 50 M. verurteilt worden. Die übrigen drei Teilnehmer der Gesangsunde, welche Gendarm Russa festgestellt und angezeigt hatte, wurden vom Rixdorfer Schöffengericht zu Gefängnisstrafen von zwei und drei Wochen verurteilt. Sie haben gegen das drakonische Urteil Berufung eingelegt, infolgedessen beschäftigte sich am Montag die 2. Strafkammer des Landgerichts II mit der Angelegenheit.

Als Angeklagte erschienen Baumert, Windrath und Reinicke. Ersterer ist vom Schöffengericht zu drei Wochen, die beiden anderen zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Alle drei behaupten, daß sie das fragliche Lied gar nicht mitgesungen haben. Baumert und Windrath konnten den Text gar nicht, Reinicke aber sang nicht mit, weil er den Text kannte und eine Anzeige der Gendarmen fürchtete. — Die als Zeugen vernommenen Gendarmen konnten auch nichts weiter angeben, als daß sie aus den Lippenbewegungen der Angeklagten geschlossen haben, daß sich dieselben am Gesange beteiligten. Eine Reihe anderer Zeugen, die unmittelbar neben den Angeklagten saßen, bekundeten auf das Bestimmteste, daß die Angeklagten das betreffende Lied nicht mitgesungen haben.

Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Halpert, beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Für den Fall aber, daß das Gericht eine Teilnahme am Gesang und damit eine Beleidigung der Gendarmen für vorliegend erachten sollte, frage es sich doch, ob die harmlose Beleidigung eine so drakonische Strafe, wie sie das Schöffengericht verhängt habe, rechtfertige. Schon die Auflösung der Versammlung sei zu unrecht erfolgt. Es sei aber auch unberechtigt gewesen, daß die Gendarmen die Tür des Saales öffneten, um die daselbst am Viertelsabend zu beobachteten. Diese durchaus unzulässige Überwachung einer Privatgesellschaft trage einen provokatorischen Charakter. Das Schöffengericht habe ja eine geradezu drakonische Strafe verhängt, die in gar keinem Verhältnis zu der Straftat stehe. Das habe auch der Schöffengericht gefühlt. Er habe deshalb in den Urteilsgründen zwei Momente angeführt, die die hohe Strafe rechtfertigten sollen. Der Vorderrichter berufe sich auf die unbekannte Tatsache, daß Knoddes in Rixdorf bei anderen Gelegenheiten Angriffe gegen Polizeibeamte unternommen haben sollen. Das würde wohl die harte Bestrafung von Knoddes, besonders in Rixdorf rechtfertigen, es könne aber nicht herangezogen werden, um Leute zu diskreditieren und zu bestrafen, die selbst nach der Feststellung des Vorderrichters nichts weiter taten, als daß sie in Treptow indirekt die Gendarmen beleidigten durch Abfragen eines Liedes, das auf den Stand der Beamten im allgemeinen, nicht aber auf die Person der Gendarmen gemünzt war. Die Praxis des Vorderrichters stehe in scharfem Widerspruch zu den elementarsten Geboten der Gerechtigkeit, die verlangt, daß der Fall nach seiner individuellen Eigenart beurteilt werden soll. Der Vorderrichter stelle sich auch in scharfem Gegensatz zum Gesetzgeber, der selbst für eine Majestätsbeleidigung nur eine Woche Gefängnis aussetzt, falls die Ehrverletzung nicht böswillig und mit Ueberlegung begangen ist. Der Abstand zwischen der Majestät und einem Gendarm sei doch so groß, daß es sich nicht rechtfertige, daß das Mitleiden eines aus politischen Verhältnissen entstandenen Liedes mit 2 und 3 Wochen Gefängnis bestraft werde. Der Vorderrichter möge das Gefühl gehabt haben, daß eine Geldstrafe ausreichend sein müßte, er habe aber, um sein drakonisches, auf Gefängnis lautendes Urteil zu begründen, die eigentümliche These aufgestellt, daß die Geldstrafe „erfahrungsgemäß“ nicht vom Angeklagten getragen, sondern „anderweitig“ beschafft werde. Begründet habe der Vorderrichter diesen Satz nicht, der übrigens im vorliegenden Falle gewiß nicht zutrefte. Der Harmlosigkeit des Falles habe der Vorderrichter Rechnung zu tragen geglaubt, indem er betonte, daß er „nur“ auf 2 und 3 Wochen Gefängnis erkannte, während daselbe Schöffengericht, allerdings unter einem anderen Vorsitzenden, für dasselbe Delikt, das andere Vereinsmitglieder bei derselben Gelegenheit, in derselben Art und gegenüber denselben Beamten begingen, auf eine Geldstrafe von 50 M. erkannte. Weiter führte der Verteidiger aus, es sei nicht festzustellen, daß die Angeklagten mitgesungen haben. Die Beobachtungen, welche die Beamten aus größerer Entfernung gemacht haben, seien irrig und durch die Angaben anderer Zeugen widerlegt. Die Angeklagten müßten deshalb freigesprochen werden.

Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung und machte sich im allgemeinen die Begründung des Urteils erster Instanz zu eigen.

Das Gericht hielt durch das Zeugnis der Gendarmen für festgestell, daß Baumert und Reinicke das Spottlied mitgesungen haben. Es sei jedoch, wie der Vorsitzende in der Begründung des Urteils sagte, nach der ganzen Sachlage bedenklich, die Angeklagten mit Gefängnis zu bestrafen, da sie sich nicht besonders oppositionell gegen die Gendarmen verhalten und sich im übrigen anständig betragen haben. Ob eine Geldstrafe aus der Vereinskasse bezahlt wird, sei unerheblich, das Gericht glaube auch, daß das im vorliegenden Falle nicht geschick. Baumert wurde zu 75 Mark, Reinicke zu 50 Mark verurteilt. Windrath wurde freigesprochen. Das Gericht hält seine Angabe, er habe gesungen: „Weißt du wieviel Sterne stehen, an dem blauen Himmelszelt“ und dann abgebrochen, als er hörte, es wurde ein anderer Text gesungen, nicht für widerlegt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Februar 1908.

Arbeiterlöhne, Ostmarkenzulage und Justizreform.

Der Etat der Postverwaltung wurde in der heutigen Reichstagsitzung nach kurzem Geplänkel zu Ende gebracht. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß die Genossen Zubeil und Lehmann-Wiesbaden einige Arbeiterbeschwerden vordrachten. Auf die Frage Lehmanns, ob die Verwaltung nicht angefaßt der Teuerung die Arbeiterlöhne ebenso zu erhöhen gedente wie die Beamtengehälter, erwiderte der Geheimrat Reumann, eine solche Erhöhung sei bereits eingetreten und habe deshalb verschiedene Staatsüberschreitungen erforderlich gemacht. Lehmann erwiderte prompt, daß das nicht dem guten Willen der Verwaltung, sondern der Tatsache zuzuschreiben gewesen sei, daß Arbeiter an verschiedenen Orten für die bisherigen Hungerlöhne nicht mehr zu haben gewesen seien.

Einen krampfhaften Vorstoß zur Durchsetzung der Ostmarkenzulage für die Postbeamten hatten die beiden konservativen Parteien durch Einbringung einer Resolution unternommen, die einen Nachtragsetz zu diesem edlen Zwecke provozieren sollte. Zu ihrer Begründung nahm Herr Schulz-Bromberg das Wort, erregte durch sein hüßliches Gesehmel und die naive Bekundung seiner parlamentarischen Unerfahrenheit aber nur sorgföhrte die Heiterkeit des Hauses, die ihren

Gipfel erreichte, als er in bezug auf Unteroffizierszulagen in Ekstas-Lothringen die Redeblüte produzierte: „Der Unteroffizier ist die Schwelle, an der sich das halafassische Durchschnittstypus darstellt, so begreift man es einigermassen, weshalb die Leute so ängstlich nach dem „Schuß des Deutschtums in den Ostmarken“ wimmern.“

Genosse Singer betonte kurz, daß wir, unseren früheren Darlegungen entsprechend, sachlich der Resolution nicht zustimmen könnten, weil die Zulage sich als eine Prämie zur Schikanierung der polnischsprechenden Bevölkerung darstelle, daß aber auch die Fassung des Antrages so ungeschickt sei, daß er aus Geschäftsordnungsgründen ein totgeborenes Kind bleiben müsse. Herr Gröber vervollständigte die Ausführungen durch den Hinweis darauf, daß nach der bisherigen Praxis des Bundesrats die Resolution, selbst wenn sie angenommen werden sollte, erst in ein paar Jahren eine Wirkung ausüben könnte.

Der Etat der Justizverwaltung brachte zunächst drei Blokkredner auf die Tribüne. Der konservative Abgeordnete Wagner-Freiberg hat in seiner landgerichtlichen Berufstätigkeit von den schweren Mängeln der deutschen Rechtspflege kaum einen Hauch verspürt. Dafür schätzte er dem Hause aber düstere Andeutungen vor über die Gefährdung der heranwachsenden Jugend durch eine Weltanschauung, die nichts Heiliges und Ideales anerkenne.

In wohlthuendem Gegensatz zu diesen Reichsverbands-traktanden standen die Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten für Dresden, Dr. Heinze, der, auch ein sächsischer Richter, zwar die tiefstehenden Grundübel der deutschen Rechtspflege auch nicht zu erkennen vermag, der aber sich doch bemühte, an den Symptomen eine scharfe Kritik zu üben, wie man sie aus dem Munde seiner Fraktionskollegen, des abgeglättet mittellinigen Mitteleuropäers Passermann oder gar des robusten Liebert-Hanblangers Hagemann noch nicht zu hören bekommen hat. Er ging so weit, die Klagen über Klassenjustiz natürlich nur „bis zu einem gewissen Grade“ als berechtigt anzuerkennen. Er versagte indes, sobald er auf die Mittel zur Abhilfe dieser Uebelstände zu sprechen kam. Da tiefen seine Erörterungen im wesentlichen darauf hinaus, durch Aufklärung und Ausbreitung sozialer Ethik unter den deutschen Richtern ein besseres Verständnis für die Rechte der Arbeiter zu schaffen. Besonders scharf ging er gegen die Methode des Staatsanwalts Jsenbiel im Harden-Prozess vor, aus dessen Plaidoyer er einige auf Sensationshascherei angelegte Stellen als Muster dafür vorlas, wie ein Staatsanwalt nicht plaidoyieren dürfe. Das ging den Staatsstühen auf der Rechten offenbar arg gegen den Strich.

Dann sprach noch kurz der freikonservative Herr Brunsternann.

Morgen kommt Genosse Stadthagen zum Wort.

Regelung der Schulpflicht in Preußen.

Eine derjenigen Materien, die in Preußen immer noch ihrer gesetzlichen Regelung harren, ist die Schulpflicht. In den verschiedenen Landesteilen bestehen darüber ganz verschiedene Bestimmungen. In Schleswig-Holstein z. B. gilt noch die Schulordnung vom Jahre 1814, die die Schulpflicht für Knaben mit dem 16. für Mädchen mit dem 15. Lebensjahre enden läßt, daneben aber während der Sommermonate für die ländlichen Bezirke die mögliche Befreiung vom Schulbesuch vorsieht. In den alten Provinzen beginnt der Schulunterricht mit dem vollendeten 5. Lebensjahr und endet, wenn der Seelforger die Kenntnisse des Kindes für ausreichend erklärt. In Wirklichkeit aber sieht diese Bestimmung nur auf dem Papier, niemand richtet sich danach, die Kinder werden mit vollendetem 6. Lebensjahre in die Schule geschickt und verlassen sie mit vollendetem 14. Lebensjahre. Besondere Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß nach der Rechtsprechung des Kammergerichts als Entlassungstermin der Geburtstag und nicht der Tag des Semesterchlusses gilt.

Eine gesetzliche Regelung hat die Regierung sowohl in dem Rühlerischen als auch in dem Jedtischen Volksschulgesetzentwurf versucht. Vor etwa 10 Jahren hat sie dem Landtage wiederum Grundzüge eines Entwurfs mitgeteilt, aber dabei ist es auch geblieben. Höchstwahrscheinlich aus Furcht vor der agrarischen Opposition ist der Entwurf überhaupt nicht an den Landtag gelangt.

Dieser Mangel bewog nun die Parteien der Linken zur Einbringung eines Antrages, der am Dienstag im Abgeordneten-hause beraten wurde und der für den ganzen Umfang der Monarchie einen Gesetzentwurf über die Dauer der Schulpflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile sowie einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulverhütung, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren verlangt. Mit zur Debatte stand ein freikonservativer Antrag, der die spezifischen Verhältnisse von Schleswig-Holstein im Auge hat und für diese Provinz eine Verlängerung der Schulpflicht unter gleichzeitiger Erweiterung der Möglichkeit fordert, die Kinder im Sommer unter Befreiung vom Schulbesuch zu landwirtschaftlichen Arbeiten zu verwenden.

Beide Anträge wurden nach belanglosen Debatten der Unterrichtscommission überwiesen. Das aus den Beratungen herauskommen wird, läßt sich schon jetzt ahnen. Voraussetzlich wird der Antrag der Linken abgelehnt, aber den Agrariern einige Zugeständnisse in der Richtung des freikonservativen Antrages gemacht werden.

Einkimmige Annahme fand ein Antrag v. Schenkendorf (nalk.), die Regierung zu ersuchen, auf die Vermehrung der Pflichtstunden zur Pflege der Leibesübungen in freier Luft, besonders in den städtischen Schulen, Bedacht zu nehmen.

Darauf setzte das Haus die Beratung des Kapitels Elementar-Unterrichts wesen vom Kultusetat fort. Der nationalliberale Abgeordnete Hadenberg nahm die Gelegenheit wahr, der Regierung eine Aenderung des Lehrplans an den Volksschulen im Sinne einer Erziehung der Kinder für das praktische Leben sowie die völlige Beseitigung der Ortschulaufsicht zu empfehlen. So beherzigenswert auch manche dieser Anregungen sind, so wittern wir doch, wenn sie aus dem Munde dieses sich liberal gebärdenden Pfaffen kommen, dahinter irgend eine Gefahr. Herr Hadenberg hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn weite Kreise des Volkes nach seinen Bemühungen um das Zustandekommen des Verfassungsgesetzes das Vertrauen in seine politische Ehelichkeit verloren haben.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Die feinste Nummer der Galavorstellung.

Noten früher, als noch die Wandler gegen die Regierung rebollierten, die alljährlich vom Bund der Landwirte veranstalteten rhetorisch-equitabilistischen Vorstellungen im Pirkus Busch durch die Urwüchsigkeit der Verhandlungen und die Schärfe der Ausfälle gegen die Minister manches Interessante, so sind sie, seitdem die Junker, pardon „Landwirte“, ihre hauptsächlichsten Forderungen durch

geleitet haben, zu inhaltlicheren Schaustellungen geworden. Phrasen, nichts als Phrasen, untermischt mit einigen faulen, auf die Raibetät der Bauern berechneten Witz, das ist die ganze geistige Kost, die den nach Berlin gekommenen „Landwirten“ serviert wird. Allerdings, wie eine geschäftskundige Zirkuldirektion, um die Schwächen anderer Leistungen zu verdecken, gerne „Entrees“ origineller Towns einlegt, so versteht auch, wie anerkannt werden muß, die Zeitung des Bundes der Landwirte, das Einzelne der allgemeinen Darbietungen durch einige humoristische Intermezzos zu beleben, und diesmal hatte sie sogar für das heitere Fach eine Kraft ersten Ranges engagiert: den ehemaligen Post- und Landwirtschaftsminister von Pöbbeckel. Die Zeitungen bringen seinen „Speech“ meist hübsch zurechtgestutzt, da sie sich genieren, das Gemengsel von unzulammenhängenden tribalen Redensarten, die Preußens höchste Agrarlapazität vom Stapel lieh, ihren Lesern in der Originalfassung aufzutischen. In Wirklichkeit hat sich kaum jemals der oberflächlichste Reichsverbandssagittator der Liebertschen Schule konfusere Redewendungen geleistet. Selbst der „National-Zeitung“ erscheint die Sache zu bunt. Ironisch schreibt sie:

„Und dann kam der „Lafelausschlag“. Seine Erzählung der Herr Staatsminister von Pöbbeckel-Dalmin, Ehrenvorsitzender des Bundes für die Provinz Brandenburg, wurde er feierlich vorgelesen, von stürmischem Beifall begrüßt. Daß er eine Rede gehalten hat, kann man mit dem besten Willen nicht sagen, nur eine Reihe von Sätzen, deren innerer Zusammenhang höchstens dem Redner selbst klar war. Festgehalten zu werden aber verdient folgender Satz: „Halten Sie daran fest, meine Herren (Bravo!), daß der deutsche Landwirt war (Bravo!), daß er ist (Bravo!) und daß er bleiben wird (Bravo!), bis einmal unsere liebe alte Erde sich nicht mehr dreht.“ (Stürmischer Beifall.) Und von tosenden Bravos und Hochrufen begleitet, verließ der edle Menschenfreund das Podium, offenbar hoch befriedigt dadurch, daß er hier einen besseren Erfolg errungen hatte, als bei seinem kürzlichen vorgebliebenen Bemühen, Herrn Gorden vor dem Gefängnis zu retten.“

Wieder eine zusammengebrochene Verleumdung.

Die „Kreuzzeitung“ schrieb vor einigen Tagen: „Mit was für Kräften zum Teil die Sozialdemokratie „Aufklärung“ und „Wissen“ im Volke zu verbreiten sucht, ergibt sich aus der nachstehenden Zuschrift, die der „Deutschen Zeitung“ aus ihrem Leserkreise zugeht:

„Dieser Tage stand der Redakteur Wilhelm Drecourt in Kiel vor der Strafkammer in Kiel wegen Verleumdung. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Drecourt zeichnet als verantwortlicher Redakteur der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel. Der Verteidiger des Drecourt war der Rechtsanwalt B. Spiegel in Kiel. In seinem Plaidoyer hob er als strafmildernd hervor, daß der Angeklagte nur eine sehr geringe und unvollkommene Bildung besäße.“

Daß die sozialdemokratischen Kreise im Streite die Vorsicht für der Tapferkeit beider Teil halten und sich gegen den Strafgericht zu wenden suchen durch verantwortliche Redakteure, die oft den Inhalt dessen, was sie verantworten sollen, nicht einmal verstehen, ist nicht neu. Im § 18 des Preßgesetzes wird das Unwesen der sogenannten Strohdredakteure verboten. Wenn es auch in einer milden, jede übelwollende Härte vermeidenden Weise gefeiert ist, so sollte doch, wie der Kommissionsbericht hervorhob, dem „zugleich der Presse und der Rechtsordnung unwürdigen Mißbrauch“, daß ungebildete Personen, denen die Fähigkeit zur Redaktionsführung abgeht, als verantwortliche Redakteure gezeichnet, gesteuert werden. Abgesehen von der rechtlichen Seite der Frage ist es sehr bezeichnend für die Bewertung des sozialdemokratischen Anhangs im Lande seitens der sie führenden Kreise, daß ein sozialdemokratisches Provinzblatt nicht davor zurückschreckt, seinen Redakteur in öffentlicher Gerichtsverhandlung als sehr gering und unvollkommen gebildet hinstellen zu lassen.“

Daraufhin ist der „Kreuzzeitung“ folgende Verächtigung des Rechtsanwalts Spiegel in Kiel zugegangen:

Kiel, 14. Februar 1908.
An die Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“, Berlin.
In einer der letzten Nummern Ihres Blattes veröffentlichten Sie eine der „Deutschen Zeitung“ aus ihrem Leserkreise zugegangenen Zuschrift, der zufolge ich als Verteidiger des wegen Preßverleumdung angeklagten Redakteurs Wilhelm Drecourt von der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel im Plaidoyer als strafmildernd den Umstand hervorzuheben habe soll: daß der Angeklagte nur eine sehr geringe und unvollkommene Bildung besäße. Diese Behauptung ist unwahr. Ich habe im Gegenteil erklärt: es sei einem Manne von der Bildung und Intelligenz des Angeklagten unmöglich die von der Anklagebehörde unterstellte Absicht der Verleumdung anzutragen. Hiermit entfallen auch Ihre auf meine angeblichen Äußerungen gerichteten Schlussfolgerungen über die moralische und geistige Qualifikation sozialdemokratischer Redakteure, wodurch sich mein Klient schwer beleidigt fühlen muß. Die mir in den Mund gelegte Äußerung konnte ich um so weniger tun, als mir bekannt war, daß mein Klient nicht zu den von Ihnen charakterisierten Strohdredakteuren gehört, sondern in der Redaktion seines Blattes ein wichtiges Ressort selbstständig bearbeitet.

In Wirklichkeit habe ich als strafmildernd nur die mangelnde Urteilsfähigkeit und stilistische Gewandtheit der Gewährsmänner hervorgehoben, ein Argument, welches, wie der von Ihnen gedruckte Bericht darthut, nicht nur als Schutz einwand für sozialdemokratische Redakteure geltend gemacht werden kann.

Ich ersuche Sie höflich, diese Verächtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen.
Hochachtungsvoll
Spiegel, Rechtsanwalt.

„Vaterländischer Geist und Hamburger Volksschule.“

Unter dieser Überschrift stand im vorigen Jahre in den „Hamb. Nachrichten“ ein Artikel, in dem wüthende Ausfälle gegen den in der Hamburger Volksschullehrerschaft herrschenden Geist gemacht werden, weil ein Lehrer Harder in der „Pädagogischen Reform“ sich gegen die Wiederaufnahme der Sedanfeier ausgesprochen. Harder, der Vorstandsmittglied der Hamburger Ortsgruppe der Friedensgesellschaft ist, sagt u. a., es sei endlich an der Zeit, „daß man eine Quelle zutropfen soll, die den Chauvinisten beider Nationen Wasser auf ihre Röhren liefert.“

Die vernünftigen Gedanken unzugänglichen „Hamb. Nachr.“ leisteten sich darauf folgendes Denunziationsstücklein:

„... Darf die hamburgische Schöbde dies ruhig geschehen lassen? Wir denken: nein. Wir unsterblich machen kein Hehl daraus, daß, wenn wir an Stelle der Oberlehrerbehörde wären, wir mit denjenigen Volksschullehrern, die öffentlich gegen die Pflege der vaterländischen Gedanken zwecks Schonung des Gefühls der Franzosen austräten, kurzen Prozeß machen würden.“

Dem hamburgischen „Schulmeister“ Harder weist der Artikelschreiber (Hofmann) „Insolenz“ (Freiheit), „Dreißigkeit“, „Unwissenheit“ und „Haselei“ vor. Harder verklagt Hofmann, der für den politischen Teil des Scharfmachereorgans verantwortlich ist, wegen Verleumdung und ergreift auch, wie seinerzeit berichtet, die Verurteilung des in seinen „patriotischen Gefühlen tief verletzten deutschen Redakteurs“ — so hieß es in der Begründung — zu einer Geldstrafe von 80 M.

Gegen dieses Urteil legten beide Seiten Berufung ein; Harder war es weniger um die Abänderung des Strafmaßes zu tun, als um die der Urteilsbegründung. Die sonst als besonders scharf geltende Strafkammer II des Landgerichts Hamburg erkannte auf Freisprechung des Angeklagten und legte dem Privatkläger sämtliche Gerichtskosten auf, wobei begründend ausgeführt wird, daß der Beklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Eine nähere Begründung behält das Gericht sich in der schriftlichen Ausfertigung vor.

Ein Scharfmacheredakteur darf also in Wahrnehmung berechtigter Interessen formal beleidigen. Redakteure anderer Parteirichtungen schneiden vor den Hamburger Gerichten nicht so gut ab wie Hofmann, der große Patriote.

Eine riesen-Wahlrechtskundgebung

Am Sonntagmittag in Frankfurt a. M. statt. Die Sozialdemokratische Partei hielt im Zirkus Schumann am Hauptbahnhof eine Demonstrationssammlung ab, die von 7000 bis 8000 Personen beiderlei Geschlechts besucht war. Der riesige Prachtbau war bis auf das letzte Plätzchen besetzt, alle Gänge und selbst die Bühne waren dicht gefüllt von Menschen. Das Referat hielt Genossin Klara Zetkin. In großzügiger Weise beleuchtete sie die politische Situation in Preußen. Die Verhältnisse prasselten ihre Worte unter dem tosenden Beifall der tausendköpfigen Versammlung auf die Sozialliberalen nieder, eine begeisterte Stimmung in den Massen auslösend, die sich nur schwer beschreiben läßt. Scharf und klar wies die Rednerin nach, daß der Wahlrechtskampf ein Teil des proletarischen Emanzipationskampfes ist, der schließlich mit allen aus ihrer Klassenlage sich ergebenden Mitteln von der Arbeiterklasse geführt werden müsse. Als die Rednerin unter nicht endemolendem Beifall geschlossen, versuchte ein liberaler Redakteur, den Vorkampf in Schutz zu nehmen, forderte damit aber den stürmischen Widerspruch der Versammlung heraus. Eine Resolution im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme. Vor Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende, Parteisekretär Dittmann, darauf aufmerksam, daß — wahrscheinlich nach Intentionen von Berlin — alle Straßen in der Nähe des Bahnhofes von der Polizei dicht besetzt seien, um eventuelle Straßendemonstrationen zu verhindern. Man solle sich von niemandem provozieren lassen. Wollte die Sozialdemokratie auf der Straße demonstrieren, so tue sie das nicht, wenn die Polizei sich auf ein Gemisch eingerichtet habe, sondern bestimme den Zeitpunkt selbst.

Die Versammlung wurde mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf das Wahlrecht geschlossen und dann sangen die 7000 bis 8000 Menschen stehend die drei ersten Strophen der Arbeitermarschlied. Eine Szene von geradezu überwältigendem Eindruck. Die Frankfurter Arbeiterklasse hat durch diesen neuen Vorstoß im Wahlrechtskampfe gezeigt, daß sie gewillt ist, den Kampf trotz aller Drohungen unerschrocken weiterzuführen, bis zum endlichen Siege. —

Rußland und die Türkei.

Die Kriegsgerüchte werden heute von allen Seiten dementiert, was die reaktionäre russische Presse nicht hindert, ihre Kriegstreiberien fortzusetzen. Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht heute ein sehr energisches Dementi des deutschen auswärtigen Amtes, worin die Gerüchte, daß Deutschland die Türkei gegen Rußland anreize und unterstütze, als politische Verleumdung bezeichnet werden. Ebenso wenig sei Deutschland an den österreichischen Wahnpänen beteiligt. Auch die russische Regierung stellt alle Kriegsabsichten in Abrede und von Konstantinopel aus werden die Nachrichten über türkische Militärvorbereitungen an der russischen Grenze für gänzlich unbegründet erklärt. —

Oesterreich.

Das Attentat auf den Generalgouverneur.

Vor dem Schwurgericht in Wadowice (Galizien) wurde Montag und Dienstag der Prozeß gegen Wanda Dobrodzicka, die gegen den Generalgouverneur Skallon in Warschau ein Bombenattentat verübt hatte, verhandelt. Die Attentäterin war nach Oesterreich geflohen und hat in Krakau geheiratet, wodurch sie österreichische Staatsbürgerin wurde. Auf Verlangen der russischen Regierung wurde ihr hier der Prozeß gemacht. Der Prozeß sollte zuerst in Wien durchgeführt werden, wo man der Geschworenen sicherer zu sein glaubte. Die Entrüstung, die dieses Vorhaben in Oesterreich erregte, bewirkte aber, daß diese Absicht wieder aufgegeben wurde und der Prozeß vor einem polnischen Gericht durchgeführt wurde. Skallon, der aus Angst vor Attentaten seine Wohnung nicht mehr verließ, wurde durch List zu einer Ausfahrt betrogen. Einer der Attentäter legte Offizierskleidung an und beleidigte auf der Straße den deutschen Vizekonsul v. Lerchenfeld. Skallon wurde dadurch gezwungen, dem deutschen Vizekonsul für die Verleumdung seine Entschuldigung zu machen. Bei dieser Gelegenheit wurden gegen den Wagen drei Bomben geschleudert, die jedoch nicht explodierten und niemand verletzte. Die Bomben wurden von zwei Frauen aus dem Fenster eines Hauses geworfen. Beide entkamen. Wanda Dobrodzicka wurde nunmehr angeklagt. Die Ursache zu dem Attentat war das Infanterieregiment, das Skallon in Warschau etabliert hatte. Unter seiner Regie wurden eine Menge Personen aus politischen Gründen hingerichtet. Deshalb beschloß die Kampfgesellschaft das Attentat. Die Angeklagte gab das Tatsächliche zu, erklärte, daß sie aus politischen Motiven gehandelt habe und daß ihre persönliche Ethik es ihr verboten hätte, das grausame Wüten Skallons länger zu dulden.

Die zarische Regierung hatte vor den polnischen Geschworenen kein Glück. Diese verneinten einstimmig beide auf versuchten Mord und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz lautende Schuldfragen, worauf der Freispruch verhängt wurde. Die Dobrodzicka wurde sofort freigelassen, da der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde nicht anmeldete.

Ungarn.

Verstärkte Weileidskundgebung.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat von der üblichen Weileidskundgebung für den getöteten König von Portugal insolge des Einspruchs der Opposition und einiger Angehörigen der Regierungspartei zuerst abgesehen. Jetzt ist das Verfallnis nachgeholt worden, allerdings unter erneutem Einspruch der Opposition. Im Abgeordnetenhaus schlug nämlich gestern Ministerpräsident Weleke vor, das Haus möge wegen der Ermordung des Königs und Kronprinzen von Portugal sein Weileid aussprechen. Ungarn erklärte, er verabscheue wohl jeden Mord, aber auch diejenigen, welche die Völker der Freiheit berauben und die Parlamente auseinanderjagen und beantragte, nur dem portugiesischen Volke das Weileid auszusprechen. Minister Apponyi erklärte, man sei nicht berechtigt, sich in die innerpolitischen Verhältnisse

anderer Staaten einzumischen. Gebildete Nationen berückten ausnahmslos derartige politische Morde, auch Ungarn, wo noch niemals politische Königinorde sich ereignet hätten, da das Volk nur die gewöhnlichen Mittel angewandt habe. Die Majorität nahm den Antrag Weleke an.

Frankreich.

Eine Meuterei.

London, 18. Februar. In Bord des Panzerschiffes „Demokratie“ brach gestern eine Meuterei aus. Die Mannschaft erhob Einspruch gegen die schlechte Verpflegung. Der Zwischenfall wurde später beigelegt. Auch im Zeughaufe sind unter den dort beschäftigten Arbeitern ähnliche Klagen laut geworden.

Die Einkommensteuer.

Paris, 18. Februar. Die Deputiertenkammer lehnte einen Antrag Berry (rechts) auf Vertagung der Einkommensteuerdebatte mit 488 gegen 106 Stimmen ab. Nachdem entwickelte Magniaudé (radikaler Sozialist) in längerer Rede seine Gegenvorlage.

Finanzminister Caillaux hat dem Ministerrat mitgeteilt, daß er wegen der Aufhebung der direkten Steuern und deren Ersatz durch eine allgemeine Einkommensteuer eine Zusatzsteuer auf das Einkommen des Familienoberhauptes die Vertrauensfrage stellen werde.

Serbien.

Serbien hat heute die Gefängnisstrafe, zu der er wegen seiner antimilitaristischen Artikel verurteilt wurde, angetreten.

Belgien.

Gegen die Kongogrenze.

Brüssel, 18. Februar. Die belgische Liga für Menschenrechte beruft für den 15. März eine große Versammlung zur Verteidigung der Eingeborenen im Kongostaat ein. Der französische Abgeordnete de Pressensé sowie Professor Violet werden Reden halten.

Italien.

Der Prozeß Rasi.

Rom, 18. Februar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Heute hielt der Staatsanwalt sein Plaidoyer, das fast eine Stunde dauerte. Er hielt alle Anklagepunkte bis auf einen aufrecht und beantragte die Verurteilung beider Angeklagten wegen fortgesetzter Unterschleife und Urkundensälschung im Amte. Auf diese Delikte steht ein Strafminimum von 8 und 5 Jahren Gefängnis sowie lebenslänglicher Ehrverlust.

Gegen den staatlichen Religionsunterricht.

Rom, 18. Februar. In der heutigen Kammer Sitzung wurde in die Beratung einer von 22 Abgeordneten der äußersten Linken unterstützten Interpellation Bisfolati eingetreten, welche die Regierung auffordert, den Laiencharakter der Volksschule zu sichern und die Erteilung von Religionsunterricht darin zu verbieten. Die Interpellation wurde von Bisfolati begründet. Es haben sich 44 Abgeordnete zum Wort gemeldet.

Chauvinistische Geschäftigkeit.

Rom, 18. Februar. Wasjital und zwölf andere Deputierte brachten in der Kammer folgenden Antrag ein: Die Kammer ersucht die Regierung, in Erwägungen einzutreten über die Lage, die durch die jüngst erteilten Konzessionen der Türkei auf der Balkanhalbinsel für die politischen und wirtschaftlichen Interessen Italiens sowie für die europäische Lage geschaffen ist.

Spanien.

Eine Bombenexplosion.

Madrid, 18. Februar. In Barcelona ereignete sich gestern Abend eine Bombenexplosion. Zwei Personen wurden getötet. Bald darauf explodierte eine zweite Bombe, wodurch eine alte Frau getötet wurde. Zwei Personen wurden verletzt.

Portugal.

Uneinigkeit der Regierung.

Lissabon, 18. Februar. Man glaubt, daß unter den Mitgliedern des jetzigen Kabinetts, welches aus Vertretern zweier Parteien besteht, anfänglich der Wahlkampagne große Mißverständnisse zutage treten werden. Da beide Parteien hindern wirken, sich in der Kammer eine möglichst große Zahl von Anhängern zu sichern.

Marokko.

Neue Unruhen.

Paris, 18. Februar. Admiral Philibert meldet, daß eine starke von drei zwischen Mogador und Casablanca ansässigen Stämmen gebildete Mahalla zwischen Sattat und dem Meer vorrückt und gestern 50 Kilometer südwestlich Casablanca lagerte. General d'Amade hat Sattat verlassen, nachdem sich ihm größere Teile der Wzab und Uled Saib unterworfen haben.

Die Zustände in Fez.

London, 18. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger, daß in Fez fortgesetzt anarchoische Zustände herrschen. Die Lage in den südlichen Quartieren sei kritisch. Englische, deutsche und französische Konsule, welche sich auf dem Wege nach Tetuan befinden, seien von Angehörigen des Archerstammes ausgeraubt und die Briefschaften, welche sie mit sich führten, vernichtet worden.

Eine Interpellation von Jaurès.

Paris, 18. Februar. Jaurès interpellierte in der Kammer Bisson über die Vorsichtsmaßregeln, die von der marokkanischen Staatsbank ergriffen worden seien, um den Vorkauf von 2 1/2 Millionen Frank ausschließlich dem Zweede des Unterhalts der Polizei in den Häfen zuzuführen; ferner über die Mitteilung Wulay Hafid an das diplomatische Korps und die Vorkläge, die von Wulay Hafid durch Vermittelung des Journalisten Houel gemacht worden seien. Minister Bisson erklärte sich bereit, die Anfrage zu beantworten, wenn er sichere Anstufte erhalten haben werde.

Gegen die Verpreßung des deutschen Versammlungsrechts.

Die Reaktion sorgt dafür, daß das Berliner Proletariat in Kampfesstimmung bleibt. Bald zwingt man die Arbeiterklasse, für die Erweiterung ihrer Rechte, die man ihr hohnvoll ablehnt, zu kämpfen, bald drängt man sie in den Abwehrkampf, in dem sie ihre wenigen Rechte zu verteidigen hat. Ein Reichsvereinsgesetz gehört zu den ältesten Forderungen der deutschen Arbeiterklasse; aber ein Reichsvereinsgesetz, wie das jetzt dem Reichstage vorgelegt, ist nichts anderes als die Karikatur dessen, was man unter einem Vereins- und Versammlungsrecht verstehen würde. Dieser Entwurf bedeutet nichts anderes als eine Verpreßung der deutschen Versammlungsfreiheit. Ya mehr: Der neue Entwurf enthält eine Reihe von Bestimmungen, die sogar das bisherige preussische Vereinsgesetz daneben liberal erscheinen lassen.

Der Zwang zur Bureauwahl, der Zwang gegenüber dem Vorsitzenden, unter Umständen, die der Polizei gefallen, die Versammlung selbst zur Auflösung zu bringen und damit der Behörde eine Verantwortung abzunehmen, ist auch für Preußen unerhört.

Der Sprachenparagraf ist zwar im bisherigen preussischen Gesetz nicht enthalten, aber aus preussischem Geiste geboren. Auf die preussische Volkspolizei zugeschnitten, ist er gleichzeitig so raffiniert ausgeklügelt, daß er das Koalitionsrecht der fremdsprachlichen Arbeiter in der Praxis beseitigt, ja, auch den deutschen Arbeitern eine Aufklärung der Fremden in deren Landessprache unmöglich macht.

Daß die Landarbeiter auch fernerhin rechtlos bleiben sollen, ist echt preussisch.

Ein solcher Gesetzentwurf mußte natürlich die immer kampfbereite Berliner Arbeiterschaft in Massen zum Protest auf die Beine bringen. So kam es, daß die Referenten in den gestrigen 33 Versammlungen trotz des schlechten Wetters vor gewaltigen Menschenmengen (Männern und Frauen) reden konnten.

Einstimmig wurde überall die folgende Resolution angenommen:

„Der von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungsrechts ist als reaktionär zu verwerfen.“

Die im Entwurf vorgesehene Anmeldepflicht sowie die Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen, ferner die Beschränkung der Ausübung des Versammlungsrechtes unter freiem Himmel, die nicht lediglich der Rücksicht auf den Verkehr entspringt, ist ein Hohn auf das einfachste Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsam interessierenden Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu beschließen.

Der Sprachenparagraf charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Anschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Aufrechterhaltung der landesgeschichtlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustande rechtloser Halbweisheit zu halten.

Die Versammlung fordert in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.“

Erster Kreis.

Die Versammlung in Draßlitz-Festfalten war gut besucht. Das Referat hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Albrecht. In seinem circa eineinhalbstündigen Vortrage gab der Redner ein treffendes Bild von dem Entwurf des Vereins- und Versammlungsrechtes. Wiederholt von Beifall unterbrochen, übte der Referent eine vernichtende Kritik an den reaktionären Bestimmungen des vorliegenden Regierungsentwurfes. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem kernigen Schlusswort des Genossen Bolderston, in dem er zum Eintritt in die Organisation und zum Abonnement der Parteipresse aufforderte, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zweiter Kreis.

Die Versammlung bei Gohmann in der Kreuzbergstraße war überfüllt. Die treffenden Ausführungen des Genossen Rieth über den Vereinsgesetzentwurf fanden allseitigen Beifall. Nach kurzer Diskussion wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen.

In der Versammlung bei Kriem in der Dajenheide, die von 1000 Personen besucht war, referierte Genosse Hildenbrand. Er zeigte an der Hand eines reichen Materials, wie schändlich die Polizei da und dort gerade die Ueberwachung von Versammlungen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft handhabt. Er verglich das Vereinsgesetz Preußens mit den süddeutschen Bestimmungen und ging dann zur Kritik des jetzt dem Reichstage vorliegenden Entwurfes über. Lebhafter Beifall lobte den Redner für seine treffliche Kritik. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Dritter Kreis.

Am Lokal „Lebensquelle“ in der Kommandantenstraße, hatten sich circa 900 Besucher eingefunden. Genosse Grünwald als Referent entledigte sich seiner Aufgabe in einem einstündigen Vortrage. Der reiche Beifall während und am Schluß des Vortrages zeigte, wie sehr die Versammelten mit den Ausführungen einverstanden waren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Zu bemerken ist noch, daß ein reiches Polizeiaufgebot zum Schutze der Versammlung in dem oberen Saal untergebracht war.

Vierter Kreis.

Die Versammlung in „Sanskouci“ war von 1500 Personen besucht, worunter sich ein großer Teil Frauen befand. Reichstagsabgeordneter Eichhorn, welcher das Referat übernommen hatte, schilderte zunächst, wie man dazu kam, der schwachen Ehehälften im Hohn das Reichsvereinsgesetz als Hochzeitsgeschenk zu überreichen, was viel Heiterkeit unter den Anwesenden hervorrief. Längere Zeit beschäftigte er sich mit dem alten Vereinsgesetz; aus eigener Praxis konnte er viele Schikanen vorführen. Die Vorlage des neuen Reichsvereinsgesetzes zunächst im allgemeinen erläuternd, ging er dazu über, die einzelnen Paragraphen unter die Lupe zu nehmen. Vorgänge der letzten Zeit beweisen die Unhaltbarkeit derselben. Auf den Sprachenparagrafen lenkte er besonders die Aufmerksamkeit der Zuhörer. Reicher Beifall lobte den Redner. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung im Lützschenschen Saale in der Remeler Straße war überfüllt. Genosse Sassenbach referierte dort. Seine Ausführungen wurden öfter von Beifallstundgebungen unterbrochen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung im Elbium in der Landsberger Allee war von circa 1200 Personen besucht. Das Referat hatte der Genosse Reichstagsabgeordneter Paul Singer übernommen. Derselbe schilderte in 1 1/2stündiger Rede ausführlich die Schäden des Reichsvereinsgesetzes. Der von reichem Beifall oft unterbrochene Vortrag endete mit der Annahme der bekannten Resolution. — In der Diskussion kritisierte Genosse Weidmann das Polizei-Aufgebot im Vordersaal und auf der Straße vor dem Lokal. — In seinem Schlusswort warnte Genosse Singer davor, sich provozieren zu lassen. Mit einem anfeuernden Appell des Genossen Kupfer, unsere Partei- und Generalschaftspresse zu unterstützen, schloß derselbe die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. — Der Saal war politisch abgeräumt.

Fünfter Kreis.

Am historischen „Alten Schützenhause“ referierte der Genosse Ulrich. Die Zahl der Besucher betrug etwa 800. Die Polizei hatte „vorichtigerweise“ im Hause selbst eine Wache untergebracht, um auch ihrerseits das preussische Vereins- und Versammlungsrecht entsprechend zu illustrieren. In der Diskussion sprach ein Freisinniger, der sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte.

Sechster Kreis.

Die Versammlung in der Kronen-Bräuerei, in welcher Reichstagsabgeordneter Vrech ein wohlüberdachtes Referat hielt, war von circa 3000 Genossen und zahlreichen Frauen besucht. Die Polizei übte hier die Praxis, die Versammlung nicht abzulassen, so daß die Genossen, nachdem die Tische entfernt waren, um 1/2 Uhr die Abspernung wegen Ueberfüllung selbst vornehmen mußten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In den Pharus-Sälen referierte Reichstagsabgeordneter Emmele vor reichlich 1500 Zuhörern. Er schilderte in launiger Weise den Entwurf des neuen Reichsvereinsgesetzes, zeigte seine Schäden und verglich damit die Vereinszustände in den süddeutschen Staaten. Er zeigte durch verschiedene Beispiele, welche Uebergriffe die Polizei unter dem jetzigen Vereinsgesetz sich erlaubte, und wie zu befürchten sei, daß diese Uebergriffe weiter dauern würden, wenn der Entwurf Gesetz wird. Reicher Beifall lobte die Ausführungen des Referenten. Die vorliegende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Genossen Bolt und Bahn stimmten in der Diskussion den Ausführungen des Referenten zu; letzterer beleuchtete besonders den Sprachengebrauch. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Im Kolberger Salon referierte Genosse Adolf Cohen. Die Versammlung war bis auf den letzten Platz besetzt und auch von vielen Frauen besucht. Der Referent zerplüßte in 1 1/2stündigen Ausführungen, vielfach von Beifall unterbrochen, das bestehende Vereinsgesetz und die schändliche Auslegung seiner Bestimmungen durch die Behörde bei Ausübung des Koalitionsrechtes seitens der Arbeiter. Er zeigte dann, was man zu erwarten habe, wenn der neue Entwurf Reichsrecht werde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die bei Wille in der Brunnenstraße tagende Versammlung war schon frühzeitig überfüllt. Zu vorzüglicher Weise schilderte der Referent Genosse Böhle, in welcher reaktionären Art die herrschende Klasse bestrebt gewesen ist, das Vereinsgesetz ihren Wünschen gemäß zu gestalten. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Im Bernhard-Rose-Theater in der Radstraße waren circa 1100 Personen anwesend, darunter eine größere Zahl von Frauen. Genosse Kogke referierte. In circa 1 1/2stündigem Vortrage schilderte er, oft von Beifall unterbrochen, die „Schönheiten“ des reaktionären Vereinsgesetz-Entwurfes. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Beim Verlassen des Lokals stimmte die Versammlung die Marschkaise an.

Die Versammlung in den Verolinasälen in der Schönhäuser Allee 28, war vollständig überfüllt. Gegen 7 1/2 Uhr wurde das Lokal polizeilich abgesperrt und viele Hunderte mußten wieder umkehren. Die Stimmung in der Versammlung war vorzüglich. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung in Arndts Festfalten war besucht von circa 150 Personen. Genosse Sabbath erläuterte in längerem klaren Vortrage den reaktionären Gedanken, der diesem Reichsvereinsgesetz zugrunde liegt. Die deutsche Reichsregierung wird heute von dem Junkertum beeinflusst. Was die Junker wünschen, wird gemacht. Der eigentliche Volkswille wird vollständig ignoriert. Einer gerechten scharfen Kritik unterzog der Redner den § 7 des Gesetzentwurfes, welchen er als Ausnahmengesetz bezeichnete. Hiergegen haben die deutschen Arbeiter energischen Protest zu erheben. Die vorliegende Resolution wurde mit Einstimmigkeit angenommen.

Teltow-Bezirk.

Rixdorf.

Für Rixdorf waren 2 Versammlungen arrangiert, welche überfüllt waren. Beide Referenten verstanden in packender Weise die erschienenen Massen zu fesseln. Die Polizei war sehr auf dem Posten, wenn auch nicht in dem Maße, wie am 9. und 12. Januar. Es liegt nun einmal im System, ruhigen Versammlungsbesuchern durch fliegende Polizeiwachen auch auf der Straße den größten Schuß angedeihen zu lassen.

Im Lokal von Hoppe waren gegen 2000 Personen anwesend. Genosse Stücklen zeigte an der Hand drastischer Beispiele, daß die heutige Arbeiterschaft ein viel größeres Interesse an der Versammlungsfrage hat, als die vor 40 Jahren. Wenn Preußen in dieser Frage stehen geblieben ist, kann das Proletariat es nicht als eine liberale Tat ansehen, wenn das Vereinsgesetz jetzt einer Aenderung unterzogen worden ist, die einer Verschlechterung mindestens sehr ähnlich sieht. Von dem Referenten wurden bei Vergleichung des Vereinsgesetzes in den verschiedenen Staaten die polizeilichen Schutzregeln, die Kaufschutzparagrafen, der verfrühtere Bürokratismus seitens der Behörden scharf geißelt. Da für die Zukunft alle Versammlungen angemeldet werden müssen, so bedeute diese Bestimmung für Württemberg beispielsweise einen unahnehmbaren Zustand. Daß die polizeiliche Ueberwachung bestehen bleibt, kennzeichnet so recht den Polizeistaat Preußen. Frauen nicht mehr im Segment zu halten, ferner die Minderjährigen an Versammlungen teilnehmen zu lassen, ist jedenfalls keine große Tat und wohl aus ganz bekannten Gründen bewilligt worden. Daß in Versammlungen nur deutsch gesprochen werden darf, ist eine Maßregel, der das deutsche Volk energisch entgegenzutreten muß. Das Volk, die treibenden Massen haben also die höchste Pflicht, durch Aufklärung und Verbreitung der sozialistischen Ideen immer neue Anhänger zu gewinnen.

Bei Thiel war der Saal gedrängt besetzt. Der Referent, Genosse Ströbel, erläuterte den vorliegenden Reichsvereinsgesetz-entwurf, zeigend, daß dieser in einzelnen Punkten nicht nur die süddeutschen, sondern sogar die preussischen Zustände verschlechtert. Die heftige Kritik der preussischen Vereinsgesetzgebung und die Handhabung durch unsere Polizei löste wahre Beifallstundgebungen aus. Die konservativen Anträge verbößern den vorgelegten Entwurf noch ganz besonders. Mit zweierlei Maß wird in Preußen gemessen. Was den Bürgerlichen erlaubt ist, ist den Arbeitern verboten. Den fremdsprachlichen Arbeitern ist nicht nur der Beitritt zu den politischen Vereinen, sondern auch jede öffentliche Betätigung in ihrer Muttersprache verboten. Wir sind gezwungen, zu den ausländischen Arbeitern in ihrer Muttersprache zu reden, um diese Leute aufzuklären. Die Auflösungspraxis unserer Polizeiorgane ist eine rigorose. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache gegen dieses reaktionäre Reichsvereinsgesetz auf das Entschiedenste zu protestieren und diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die für dieses Gesetz stimmen. Die bürgerlichen Parteien haben sich mit ihrem gefüllten Weibsaal eine Schutztruppe geschaffen, sorgen wir dafür, daß unsere Reihen sich schließen und jeder seinen Mann steht. Sozialdemokrat sein heißt Kämpfer sein! Der starke Beifall zeigte, daß die Versammelten gewillt sind, diese Worte zur Tat werden zu lassen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Charlottenburg. Die im Volkshause tagende Protestversammlung gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf war sehr gut besucht. Reichstagsabgeordneter Genosse Wolfgang Heine sprach in ausgedehnter Weise über den reaktionären Entwurf der Regierung. Die Versammlung nahm die Rede mit stürmischem Beifall auf und volltete einstimmig für die Resolution.

Schöneberg. Im großen Saale der Schloßbrauerei waren 1600 Personen, unter ihnen viele Frauen, versammelt. Genosse Kollentz sprach in der Hand eines reichhaltigen Materials das bestehende Vereinsrecht, indem er den Versammelten den geschichtlichen Werdegang desselben vor Augen führte. An drastischen Beispielen zeigte er die Wirkungen der gesetzlichen Bestimmungen in den Händen der Behörden und verglich damit die Zustände in anderen, freieren Staaten. Unter anderem schilderte er die Verhältnisse in New York. Weiterhin ging der Redner auf den dem Reichstage vorliegenden Entwurf des Reichsvereinsgesetzes ein und kritisierte in faßlicher Weise die einzelnen Bestimmungen desselben. Unter lebhaftem Beifall der Anwesenden kam der Referent zu dem Schluß, daß der Entwurf dieses Gesetzes unbedingt

zu verwerfen sei. Dagegen müssen wir ein freies Vereins- und Versammlungsrecht verlangen. Die vorgelegte Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Wilmersdorf. Die Zahl der Versammlungsbesucher (im „Luisenpark“) betrug circa 300 Personen. Referent war Genosse Lehmann-Wiesbaden. Ein Redner sprach im Sinne des Referenten. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Steglitz. Die frühzeitig in großer Zahl nach Schellhafer Saal strömenden Versammlungsbesucher fanden nicht all' Platz. Genosse Kunert hielt vor der überfüllten Versammlung ein mit stürmischem Beifall aufgenommenes Referat.

Treptow-Baumshulenberg. Trotz des strömenden Regens hatten sich 500 Männer und Frauen in Speers Festfalten eingefunden, um den Stündigen, aufklärenden und zündenden Ausführungen des Genossen Jubeil über die Reichsvereinsvorlage zu folgen. Derselbe kritisierte unter lebhaftem Beifall die Paragraphen des Regierungsentwurfes sowie die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien hierzu. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Zum Schluß wurde auf die bevorstehende Gemeindevahl und die Landtagswahl hingewiesen. Darauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Nieder-Barnim.

Lichtenberg. Im großen Saale des „Schwarzen Adlers“ waren gegen 1000 Personen versammelt, um ein Referat des Genossen Frank-Mannheim entgegenzunehmen. Unter stürmischem Beifall geißelte der Redner die Widersinnigkeiten des bestehenden „Vereinsgesetzes“. Auf das kommende Reichsvereinsgesetz eingehend, zeigte er die Absicht der Regierung, vor allem die Arbeiter mit den Paragraphen 7 und 18 zu treffen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten haben, um die schlimmsten Forderungen zu beseitigen. Leider wird aber der Hohn wohl geschlossen vorgehen, um den verschiedensten andersprechenden Volksteilen ihre Muttersprache zu rauben. Es gelte noch ein gewaltiges Stück Agitationsarbeit zu leisten, um die Volksmassen auf die Beine zu bringen und geschlossen gegen die ein freies Vereinsrecht erdrückenden Bestimmungen zu protestieren.

Pantow. Im „Feldschlösschen“ in der Berliner Straße referierte Genosse Stühmer vor vollbesetztem Hause (220 Personen). Heftige Protestrufe der Versammelten gegen den geschilderten Entwurf des Reichsvereinsgesetzes unterbrachen oft seine Rede. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Reinickendorf-Ost. Die im „Seepark“ abgehaltene Versammlung war von reichlich 200 Personen, darunter zahlreichen Frauen, besucht. Die Ausführungen des Genossen Wulff-Rixdorf fanden lebhaften Beifall.

Rummelsburg. Genosse Stadthagen referierte vor einer überfüllten Versammlung in circa 1 1/2stündigem Vortrage. Einleitend wies er die Ungerechtigkeit des bisherigen Vereinsgesetzes nach. Daß sich dasfelde bis heute halten konnte, daran sind die bürgerlichen Parteien, speziell der Liberalismus, schuld. Das neue Gesetz hat ja Verbesserungen; jedoch wiegen die Verschlechterungen dieselben vollständig auf, ja überwiegen dieselben bei weitem. Das Gesetz bringt sogar gegenüber dem preussischen Rechte Verschlechterungen. Während es in Baden, Württemberg und Hessen ohne Anzeige geht, werden wir im übrigen Deutschland bedröckelt. Der § 14 ist überflüssig, eine Schikane und die Polizeiaufsicht ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter. Eine schwere Verschlechterung ist auch die Wortentziehung eines Redners auf Anordnung des Ueberwachenden. Das größte Unrecht bringt uns der § 7, weil hier circa 4 Millionen Polen die Möglichkeit sich zu isolieren bekommen wird, da die große Mehrzahl von ihnen nicht imstande ist, die deutsche Sprache zu beherrschen. Ebenso geben durch § 18 das Bestehen und die ländlichen Arbeiter ihres Koalitionsrechts verlustig. — Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Hoch auf das allgemeine Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen.

Weißensee. Hier sprach Genosse Ebert im vollbesetzten Prälatensaal. Mit großer Spannung folgte die Versammlung unter öfteren Beifallstundgebungen seiner Kritisierung des Reichsvereinsgesetzentwurfes und dementsprechenden Erläuterungen. Die ohne Diskussion angenommene Resolution zeugte von dem Unwillen der Bevölkerung über das heutige Vereins- und Versammlungsrecht sowie den Reichsvereinsgesetzentwurf.

Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der deutsche Drogen- und Chemikalienhandel. Die erzielten Umsätze im letzten Jahre sind als sehr gut zu bezeichnen. In den letzten Monaten ist eine Abschwächung eingetreten, die sich jedoch nicht in vollem Umfange bemerkbar macht, da durch die Krankenkassen ein feststehender Verbrauch von Medikamenten gesichert ist.

Die Ausfuhr, namentlich nach den Vereinigten Staaten und den ostasiatischen Ländern hat sich vermindert. Die Streiks in den verschiedenen Gewerben, besonders der langdauernde der Schauerleute in Hamburg, brachten wochenlang Verlegenheiten und Störungen des Abzuges.

Die japanische Kohlengewinnung ist entsprechend dem industriellen Aufschwung des Landes in starkem Steigen begriffen. 1905 wurden 11,5 Millionen Tonnen, 1906 rund 13 Millionen Tonnen gefördert und 1907 ist wiederum eine starke Steigerung eingetreten. Das Hauptkohlengebiet ist die südlichste größere japanische Insel Kjusiu, wenn auch die beste japanische Kohle in Hokkaido auf Jesso gewonnen wird. Kjusiu war 1905 an der gesamten japanischen Kohlenförderung mit 79 Proz. und zu einem Werte von 60 Millionen Mark beteiligt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Solidaritätsstreik.

Kiel, 18. Februar. (B. L. W.) Infolge der Entlassung eines Arbeiters haben heute ungefähr 300 Arbeiter der Schiffsbauwerft der Howaldtswerke die Arbeit niedergelegt.

Milionenelend.

London, 18. Februar. (B. L. W.) Der Vizekönig von Indien telegraphiert, daß weiter im ganzen nördlichen und zentralen Indien Regen gefallen sei, ebenso mäßiger Regen in einem Teile der inneren Provinzen, und leichter Regen in Madras, Ost-Bengalen und Assam. Die Aussichten der Frühjahrsernte seien gebessert, vorläufig aber verwehrt sich die Witten um Unterstützung rasch. Die Gesamtzahl der Personen, welche staatliche Unterstützung erhalten, betrage für ganz Indien 902,836.

Fünf Opfer.

Paris, 18. Februar. (B. L. W.) Nach einem dem Marineministerium zugegangenen Telegramm sind von der bei der Explosion an Bord des Kreuzers „Descartes“ verwundeten Mannschaft noch 5 Heizer ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der bei dem Unfall ums Leben gekommenen beträgt insgesamt fünf.

Reichstag.

104. Sitzung vom Dienstag, den 18. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Die Beratung wird beim Kapitel „Befoldungen“ Titel „Post- und Telegrapheninspektoren“ fortgesetzt. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Oberpost- und Obertelegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten“ erwählt.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Daß sich im Jahre 1894 ein junger Postassistent in Leipzig ohne Einholung der Genehmigung der vorgesetzten Behörde an einem Geschäft beteiligt habe und deshalb mit der Anstellung um 1½ Jahr zurückgesetzt sei; er bittet, ihm wenigstens die Alterszulagen zu gewähren.

Direktor im Reichspostamt Frank: Bei dem betreffenden Beamten lagen auch zerrüttete Vermögensverhältnisse und mangelhafte Dienstführung vor.

Abg. Kopsch (fr. Sp.) beschwert sich darüber, daß Beamte im Winter zwangsweise Urlaub erhalten, sowie darüber, daß Bahnpostwagen als Schutzwagen gleich hinter dem Tender der Lokomotive laufen.

Staatssekretär Kraetke: Die von Herrn Kopsch angeführten Fälle kenne ich nicht, doch glaube ich nicht, daß irgend einem Beamten Urlaub aufgezwungen worden ist, wenn der Beamte ihn nicht annehmen wollte. Ueber die Bahnpostwagen habe ich bereits am Samstag die Gründe dargelegt, welche für ihre Stellung maßgebend ist, und die Maßregeln, welche zum Schutze der Postbeamten getroffen sind.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Unterbeamte in gehobenen Stellen“ ergreift das Wort

Abg. Jubelil (Soz.):

Der Postunterbeamte Dröse, der seit 1892 etatsmäßig angestellt ist, ist mehrfach, 12 mal, von Elbing nach Rabinen zur Dienstleistung kommandiert worden, ein Beweis, daß er ein zuverlässiger Beamter war. Im Juli 1903 war ihm ein Brief an die Kaiserin, die zur Zeit in Wilhelmshöhe war, mit dem Vermerken „sehr eilig“ übergeben worden. Auf dem Postamt traf er den Postverwalter nicht an, sondern traf im Dienstzimmer eine Frau, die dort nichts zu suchen hatte. Auf dem Tische lag Geld, und der Schlüssel zum Geldschrank befand sich in den Händen dieser Frau. Auch im Telegraphenzimmer konnte man ihm ebensowenig wie die Frau etwas darüber sagen, wo der Postverwalter wäre, oder wann er zurückkäme. Er übergab den Brief daher nicht dem Postverwalter persönlich, worüber der Postverwalter ihm später Vorwürfe machte. Er wurde dann von Rabinen abgelöst und nach Elbing zurückgeführt, seine Bitte jedoch, ein Protokoll mit ihm über die Vorgänge in Rabinen aufzunehmen, ist von dem Direktor Dobberstein nicht erfüllt worden. Bei der Beförderung in eine der gehobenen Stellen in Elbing wurde er übergangen. Dagegen wurde verfügt, daß er als Geldbriefbesteller abgelöst wurde. Nachdem er 7 Jahre Geldbriefbesteller gewesen war und dann plötzlich aus dieser Stellung abgelöst wurde, verbreitete sich in Elbing natürlich das Gerücht, er habe sich Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen. Den Urheber dieses Gerüchtes hat er wegen Verleumdung verklagt und derselbe ist auch bestraft worden. Auf seine wiederholten Eingaben, über die Rabiner Angelegenheit möge ein Protokoll mit ihm aufgenommen werden, ist ihm nur geantwortet worden, er solle über die Rabiner Angelegenheit schreiben. Die Unterschrift unter ein solches Protokoll, worin hierüber nichts enthalten war, hat er freilich verweigert. Er wurde dann nach Graudenz versetzt und wurde dort wegen angeblicher Trunkenheit in Dienst mit 20 M. bestraft; doch liegen eidesstattliche Versicherungen vor, daß er im Dienst niemals in trunkenem Zustande gewesen ist. Eines Morgens erschien ein höherer Postbeamter in der Wohnung Dröses und nahm dort Sachen, die Dröse als Eigentum gehörten, gewaltsam an sich. Dröse ließ das ruhig geschehen, auch hier liegen eidesstattliche Versicherungen vor, daß er einen gewaltthätigen Angriff auf den Beamten, wie ihm zur Last gelegt wird, nicht unternommen hat. Schließlich ist der Mann pensioniert, und auf seine Eingaben hat ihm das Reichspostamt geantwortet, es liegt kein Anlaß vor, ihrer Eingabe eine weitere Folge zu geben. Ich bin denn doch der Meinung, daß nicht nur höhere Beamte den Schutz des Staatssekretärs genießen sollten, sondern in erster Linie

auch untere Beamte. Der Mann, der jetzt 44 Jahre alt ist und 8 Kinder unter 14 Jahren hat, bekommt eine Pension von 421 Mark. Er hat den Staatssekretär gebeten, wenn er in der Post nicht mehr beschäftigt werden kann, doch wenigstens zu befürworten, daß er bei einer anderen Behörde beschäftigt werde, denn nachdem er 20 Jahre bei der Post gedient hat, wird er schwerlich noch eine andere Arbeit finden. Der Mann bemüht sich also nach jeder Richtung, wird aber stets abgewiesen, obwohl er 20 Jahre lang seine Pflicht treu getan hat. Auch eine Audienz, um die er den Staatssekretär gebeten hatte, ist ihm nicht bewilligt worden. Das System der gehobenen Stellen überhaupt führt zu Unzufriedenheiten unter den Beamten und die Stacheln nehmen jetzt nach Einführung der Prüfung erst recht überhand. Die zur Prüfung nicht zugelassenen sagen zu ihren Kollegen, sie hätten die gehobenen Stellen sich nur durch Frecherei bei ihren Vorgesetzten erworben. Man sollte mit diesem System brechen und allen das Gehalt geben, das ihnen nach ihrem Dienstalter zukommt. (Wahol bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Der Beamte Dröse in Elbing, der nach Rabinen kommandiert war, hat sich dort in einem Falle als nicht geeignet erwiesen (Nachen bei den Sozialdemokraten.) und ist nach Elbing zurückgezogen. Dort hat er sich unnützlich benommen. (Wiederholtes Nachen bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich Dienstverweigerung infolge übermäßigen Alkoholgenußes, einen tätlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten und falsche Beschuldigung eines Vorgesetzten zuschulden kommen lassen. Er ist dann in eine Strafe von 20 M. genommen und nach Graudenz versetzt und dann bald in den Ruhestand gesetzt worden. Seine Beleidigungsklage gegen den Postbeamten Appel ist in allen Instanzen zurückgewiesen worden. Da kann man doch wirklich nicht sagen, dem Mann ist unrecht geschehen. Und ich verstehe nicht, wie der Herr Abgeordnete den Mut dazu findet.

Abg. Jubelil (Soz.):

Der Herr Staatssekretär ist die Antwort darauf schuldig geblieben, ob denn die Sache mit dem Postverwalter Heinrich in Rabinen untersucht wurde und sich so zugetragen hat, wie ich sie geschildert habe. Daß Dröse ein Trunkenbold gewesen, ist nicht erwiesen. Hierüber liegen eidesstattliche Versicherungen vor. Aber eine Dame, die eine Pension hat und bekannt ist mit dem Direktor Dobberstein, hat ihn wegen Trunkenheit angezeigt, weil er einen Brief, der nicht an sie, sondern an eine ihrer Pensionärinnen gerichtet war, nicht ihr, sondern der Adressatin übergeben wollte. Also lediglich wegen seiner Pflichterfüllung ist er bestraft worden. Daß er ein pflichttreuer Beamter war, beweist auch schon der Umstand, daß er zweifmal nach Rabinen zur Dienstleistung kommandiert wurde, wenn die höchsten Herrschaften dort waren. Dazu nimmt ein Postdirektor von Elbing eben nur die zuverlässigsten Beamten. Ich meine, wenn auch ein Unterbeamter die Pflichtverletzung eines Vorgesetzten zur Sprache bringt, so ist es Pflicht der Verwaltung, ein Protokoll darüber aufzunehmen.

Staatssekretär Kraetke: Wenn Anzeigen gegen obere Beamte kommen, so werden sie selbstverständlich untersucht. Auch die Angelegenheit in Rabinen ist durch einen Aufsichtsbekanntmachungsbeamten untersucht worden und es hat sich herausgestellt, daß gegen den Postverwalter nichts vorliegt. Auch Dröse ist mehrfach vernommen worden, und zwar von dem Oberpostdirektor, also einem ganz unbeteiligten hohen Beamten. Trotzdem ist das Urteil gegen ihn so ausgefallen.

Abg. Jubelil (Soz.): Das Urteil mußte so ausfallen; wenn man einem Unterbeamten ablieht, ein Protokoll mit ihm aufzunehmen und er sich weigert, das Protokoll zu unterschreiben, das der Oberbeamte der Wahrheit zuwider aufgenommen hat, so nennen Sie das eine Untersuchung.

Beim Titel „Unterbeamte“ tritt

Abg. Bindewald (Antif.) für die Aufbesserung der Landbriefträger ein, besonders derjenigen, die auf dem Lande zu bleiben wünschen und nicht Stadtbriefträger werden wollen. Die Landbriefträger müßten mit den Stadtbriefträgern gleichgestellt werden.

Staatssekretär Kraetke erklärt, daß er die Interessen der Landbriefträger mit Wohlwollen fördere. — Bei der Vergleichen der Gehälter der Land- und Stadtbriefträger darf nicht vergessen werden, daß die Lebensverhältnisse auf dem Lande billiger sind, als in den Städten, und daß für viele Landbriefträger diese Stellen nur ein Uebergang zu Schaffnerstellen usw. sind. Bei der allgemeinen Gehaltserhöhung sollen auch die Landbriefträger bedacht werden. (Weifall.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Postagenten“ tritt Abg. Will-Ströfburg (Z.) für eine Vermehrung der Postagenturen in Elbich-Lothringen ein. Abg. Dr. Neumann-Doser (fr. Sp.) weist darauf hin, daß durch die Uebertragung von Postagenturen an Geschäftsleute den anderen Geschäftsleuten eine ungleiche Konkurrenz gemacht wird.

Abg. Köpfer (wirtsch. Sp.) verlangt eine Verringerung der Postagenturen.

Staatssekretär Kraetke: Wir dürfen nicht vergessen, daß die Postagenturen doch nur nebenamtlich versehen werden; die Einnahme des Postagenten ist eben auch nur als Nebeneinnahme anzusehen. Herr Dr. Neumann-Doser bemerkte ich, daß unter den Agenten nicht überwiegend Kaufleute sich befinden und daß bei der Auswahl nach Möglichkeit den von ihm angeregten Gesichtspunkten Rechnung getragen wird.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Posthilfsstellen“ bringt Abg. Gamscher (Z.) zur Sprache, daß die Postboten mit Recht eine Erhöhung der Tagelöhne erwarten. Auch wünschen sie eine gewisse Dienstalterszulage und Anrechnung ihrer gesamten Dienstzeit bei ihrer Anstellung. Ebenso wünschen sie Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu drei Jahren auf das Befoldungsdienstalter; der Reichstag hat sich hierfür schon einmal in einer Resolution ausgesprochen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zu Löhnen für außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen“ bemerkt

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Bei dem allgemein zugebenen Bedürfnis nach Erhöhung der Beamtengehälter infolge der gesteigerten Preise für Lebensmittel und Miete sollte es selbstverständlich sein, daß man auch bei den Arbeitern, denen die Löhnerhöhung noch in höchstem Maße fühlbar wird, erhöhte Löhne einsetzt. Bei diesem Titel sind allerdings 1,4 Millionen Mark mehr eingelegt als im Vorjahr, aber sie sind angefordert mit Rücksicht auf das gesteigerte Dienstbedürfnis. Es zeigt das die sozialpolitische Rückständigkeit unserer Staatsverwaltung, besonders der Reichspostverwaltung, die noch niedrigere Löhne zahlt, als die Privatindustrie. Daß sie trotzdem Arbeiter bekommt, liegt daran, daß die jungen Arbeiter hoffen, später Beamte zu werden. Von der Reichspostverwaltung wird behauptet, die Privatindustrie habe zu fordern, daß die Staatsbetriebe nicht mehr zahlen als sie. Das widerspricht aber dem bekannten kaiserlichen Erlasse, wonach die Staatsbetriebe Muster sein sollen. Ich frage also den Staatssekretär, ob in der Mehrforderung für diesen Titel auch höhere Löhne angefordert sind, nach den Bemerkungen zum Etat ist es nicht der Fall. Aufmerksamkeit machen will ich ferner noch darauf, daß den Telegraphenarbeitern, die zu Mitgliedern eines Arbeiterratschusses bestellt werden, der Urlaub für die Teilnahme an den Geschäften desselben nicht so erteilt wird, daß ein Lohnausfall für sie nicht damit verbunden ist. Ich halte das für unbillig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Die Mehrforderung von 1,4 Millionen Mark enthält auch höhere Löhne.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Das hätte auch in den Erläuterungen stehen müssen, so daß es erkennbar wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel außerordentliche Vergütungen für mittlere Beamte wird folgende Resolution des Abgeordneten v. Camp (Sp.) und Genossen zur Debatte gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen, die verabschiedeten Regierungen zu ersuchen, einzuschalten: In außerordentlichen Verhältnissen für die mittleren Beamten und für die Kanzlei- und Unterbeamten in der preussischen Provinz West- und die gemischtsprachigen Gebietsteile von Westpreußen 600 000 M.“

Abg. Schuly (Sp.): Im Jahre 1904 ist die Ostmarkenzulage im Reichstag gelehrt, weil sie widersprüchlich war. Im Vorjahre hat der Reichstag sie angenommen, aber sie ist im Bundesrat gelehrt. Das Prinzip war gerettet, aber die Ostmarkenzulage lag auf der Erde. Von da haben wir sie aufgehoben und haben sie so zurecht gemacht, daß sie Ihnen hoffentlich jetzt gefallen wird. Wir haben die Widersprüchlichkeit fallen lassen und sind den Wünschen der Linken entgegengekommen, denn wir müssen doch zusammenkommen. Ich will jetzt keine Polendebatte entfehlen; wenn man aber hier von fatalistischer Seuche gesprochen hat, so muß ich doch auf den Terrorismus der Polen gegenüber den Deutschen aufmerksam machen. Ich will auch darauf hinweisen, daß eine Ostmarkenzulage nichts Unerhörtes und Neues ist. Wir haben seit dem Jahre 1874 eine Westmarkenzulage für die Unteroffiziere und Mannschaften in Elbich-Lothringen.

Notizen.

— Bühnenchronik. Als Regisseur des Hebbel-Theaters wurde Woldemar Runge, bisher Mitglied des Münchener Hoftheaters, an Stelle des verstorbenen H. Wallentin genommen. Der neue Regisseur wird zunächst Fresch, „Ninon de Valencis“ inszenieren.

— Sich selber treu geblieben ist Mahler, der frühere Direktor des Wiener Opernhouses. Bei seinem Rücktritt hatte er erklärt, daß künstlerische Gründe ihn veranlaßt hätten, für immer Operndirektion zu entsagen. Die Reichsoper Metropolitana Oper hat ihm jetzt 500 000 M. für sechs Monate Spielzeit. Er lehnte indes aus denselben Gründen ab.

— Ein bisher unbekanntes Lessing-Wildnis ist im Dresdener Schlosse entdeckt worden. Es soll im Jahre 1764 von dem holländische Meister nachahmenden Maler C. W. J. Dietrich gemalt sein.

— Ein Brandenburgisches Provinzialkomitee für Naturreichthumspflege wurde in Berlin in der üblich bürokratischen Weise ins Leben gerufen. Daß ein solches Komitee, um fruchtbringend zu wirken, sich auf die breiteste Basis stellen muß, solche Einsicht darf man von preussischen Behörden erklärlicherweise nicht erwarten.

— Die Museen der Reichen. Die preussische Museumsverwaltung, die in Berlin sehr tüchtig und kulturfeindlicher Weise an gewissen Tagen Eintrittsgelder für den Besuch der ihr anvertrauten Museen einführt, hat in Paris nachahmer gefunden. Der Pariser Stadtrat erhebt jetzt auch 1 franc für den Besuch der städtischen Museen. Die Folge ist, daß die Museen leer stehen. In- des sind die Pariser bereit, aus der Erfahrung zu lernen; ihre Besteuerung der Bildungsbeiräten ist nur provisorisch auf sechs Monate eingeführt und wird dann voraussichtlich wieder verschwinden. Inzwischen richten wir an die preussische Museumsverwaltung die Anfrage, in welchem Maße an den Entreearten der Besuch abgenommen hat. Wir wollen sie auch darauf hinweisen, daß die „Voss. Ztg.“ immer gern bereit ist, solche Kulturverluste und ihre Folgen zu rechristigen. Ob in dem famosen Abgeordnetenhause wohl diese Angelegenheit gebührenderweise erörtert werden wird?

— Auch eine Antwort. Dertwilen die liberalen Männer noch beratschlagen, ob sie auf die Pensionanforderungen des preussischen Ministers gegen den Geist in Sachen der „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“ ein Löselin wagen dürfen, hat wenigstens einer der amtlich infamierten Professoren den Mut zu einer Tat gefunden. Prof. Haackel, der in preussischen Regierungskreisen nicht für geeignet zur Volksverdümmung gilt, hat an tausend deutsche Volksbibliotheken je ein Exemplar seiner jüngsten Schrift: „Das Menschenproblem und die Perennierung von Linné“ durch den Verlag der Schrift (Neuer Frankfurter Verlag) kostenlos verteilen lassen.

Kleines feuilleton.

Bersätschen. Von der Auffassung der Ehe, der die Untertanen des Regus Menell huldigen und ihren merkwürdigen Konsequenzen erzählt Hugues Le Roux im „Gil Blas“ eine kleine Reiserinnerung. Die Äthiopier, die ja bekanntlich ältere Christen sind als wir Europäer, — schon im 4. Jahrhundert fand das Christentum in Abessinien Eingang — blicken mit Verachtung auf eine Eheschließung, in der eine Scheidung und eine Wiederverheiratung möglich ist. „Mit Eurer Monogamie“, so erklärte der Weichwater des Ras Rasakomen eines Tages dem französischen Gaste, „ist es Euch europäischen Christen nicht ernst. Denken Sie doch nur: Wenn einer der Gatten stirbt — kurz danach wird er ersetzt. Der Witwer nimmt sich eine neue Frau, die Witwe einen Gatten. Das ist eine empfindende Unordnung. Unsere Ehe ist unauflöslich und unauflöslich. Das Paar geht zur Kirche, der Priester tritt ihm entgegen, bricht eine Hostie in zwei Teile und reicht je eine Hälfte den beiden Brautleuten. Damit sind sie Gatten geworden, sie sind durch die Kommunikation geehrt. Auch der Tod scheidet sie nicht. Die Witwe nimmt keinen neuen Mann, der Witwer darf keine Gefährtin mehr wählen.“ Diese hohe erste Auffassung machte auf Le Roux einen großen Eindruck. „Aber bald mußte ich einsehen“, so erzählt der Reisende, „daß mein Respekt etwas voreilig war. Die Sache hatte ihren Daten. Die Heirat durch die Kommunikation ist etwas so Erhabenes, so Kostliches, so Heiliges, daß die Äthiopier — vor lauter Ehrfurcht — meist sich ihrer für unwürdig halten und demütig Verzicht leisten. In Wirklichkeit leben sie in freier Ehe. Der Heiratslustige sucht den Vater der Erwählten auf, man ruft zwei Rotare herbei, die Geldfrage wird geregelt, ein Gelage beschließt die Feier und alles ist in schönster Ordnung. Kirche und Standesamt werden nicht belästigt. Erst wenn das Alter naht, dann denken sie daran, die Heirat durch die Kommunikation zu wagen, die eine Wiederverheiratung für ewig ausschließt. Inzwischen hat man ausreichend Zeit gehabt, sich darüber klar zu werden, ob man zu einander paßt.“

Englische Bücherpreise und Schriftstellerhonorare. Die englischen Bücher in ihrer vornehmen Ausstattung stehen bei den Freunden der Buchtechnik in hohem Ansehen, aber sie haben auch den Nachteil, daß sie im Durchschnitt viel teurer sind, als die Erzeugnisse des Kontinents. Nur wenige reiche Leute sind es, die in England sich den Luxus leisten können, die interessanten literarischen Erscheinungen gleich zu kaufen, die Mehrzahl stützt sich auf die Leihbibliotheken, die ihren Kunden auf Wunsch alle neuen Werke sofort am Tage des Erscheinens zustellen. Diese Einrichtung hat sich auf Grund der englischen Buchmarktverhältnisse in den letzten Jahrzehnten gewaltig entwickelt. Indies Bibliothek z. B. pflegt heute von jedem neuen Werke sofort ansehnliche Posten (bis 2000 Exemplare), die über

eine Auflage oft hoch hinausgehen, anzuschaffen und am Tage des Erscheinens den Abonnenten zuzustellen. Mit dem teuren Preise der englischen Bücher stehen auch die Schriftstellerhonorare im Einklang, die im allgemeinen verhältnismäßig höher sind als auf dem Kontinent. Der „Mercury de France“ führt aus, daß in England mehr als hundert Romandichter leben, die für jeden Roman mindestens 6000 M. erhalten. Dabei sind die wirklich populären Schriftsteller gar nicht in Betracht gezogen, die bisweilen mit einem einzigen Buche eine halbe Million verdienen. Sehr groß sind auch die Einnahmen, die die Romandichter durch die Romanbeilagen der Zeitungen und Zeitschriften beziehen. Die Beiträge werden hier nach Worten bezahlt; das Minimum bilden da durchschnittlich vier Pfennige für das Wort, das Maximum aber ist gar nicht abzuschätzen. Die „Times“ beispielsweise honoriert eine Erzählung ihrer Wochenbeilage oft mit 8000 M., der „Tit-Bits“ dagegen zahlt ungleich höhere Summen. Es sind schon Fälle vorgekommen, wo von großen illustrierten Blättern 150 000 M. und mehr für einen Roman ausgegeben wurden. R. S. Stevenson bezog kurz vor seinem Tode 50 Pf. für jedes Wort. Pearsons „Magazine“ hat Kipling für seinen Captain Courageous eine Mark pro Wort bezahlt und das „Strand Magazine“ ist so weit gegangen, Sir Conan Doyle für seine letzte Sherlock Holmes-Serie für jedes Wort drei Mark anzubieten, also dreißig Mark für die Felle! Auch die biographischen Werke werden ungewöhnlich hoch honoriert. John Morley hat für die vier Jahre, die er an seiner Gladstone-Biographie arbeitete, von seinen Verlegern 60 000 M. Jahresgehalt empfangen. (Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß dies von Ausnahmen die Rede ist und daß die großen Namen der Welt halber hoch bezahlt werden. Ob diese englischen Zeitschriften weniger berühmte Leute ebenso schätzig honorieren, wie manche deutsche, die nur gegen ihre Lodensten splendide sind, wissen wir nicht.)

Humor und Satire.

Triarierlied.

Wenn alles ringsherum auch wankt,
Die ganze Welt am Insturz krank,
Was kümmert uns die rote Pest?
Wir Landwirte sind die besten Best!
Für fünf Mark fünfzig Kornzoll.
An und zerfällt der Ruten Racht,
Wir schlagen einst die letzte Schlacht
Und retten ihn den Kaiserthron.
Vorher bedingen wir den Lohn:
Nicht unter zehn Mark Kornzoll.
Drum sei getrost du Jolkernaar,
Dir schwört aufs neu der Wünder Schar
Kerndeutsche Treue bis ins Grab.
Zum roten Heer schwört sie nur ab
Bei drei Mark fünfzig Kornzoll. Gribollin.

Abg. Wassermann (natl.) tritt für die Annahme der Resolution ein. Abg. Singer (Soz.): Der Reichstag hat es ausdrücklich abgelehnt, die Beamten durch eine solche Zulage in eine Abhängigkeit von der Regierung zu bringen. Auch jetzt muß man wieder betonen, daß die Osmarkenzulage eine Prämie dafür sein soll, daß die Polen jetzt auch in Bezug auf die Postverwaltung schlechter behandelt werden sollen als andere Staatsbürger. Es ist das hier so oft ausgeführt worden, daß darüber gar nichts zu sagen ist. Zur Form des Antrages bemerke ich: Die Frage, ob der Reichstag ohne Zustimmung der Regierung Positionen in den Etat einlegen kann, ist nicht gestellt. Ich und meine Freunde haben keinen Zweifel darüber, daß der Reichstag dieses Recht hat. Das Recht der Regierung würde dann darin bestehen, daß sie den gegen ihren Willen eingelegten Posten nicht zustimmen braucht, wodurch dann aber der Etat überhaupt nicht zustande kommt. Das Einlegen von Positionen in den Etat auch gegen den Willen der Regierung bildet eine parlamentarische Waffe, die meiner Ansicht nach vom Parlamente gebraucht werden kann. Wenn die Herren aber nichts weiter wollen, als die Regierung aufzufordern, zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zu dieser Position gibt, so kommt das auch bei der dritten Lesung geschehen, und ich verstehe nicht, weshalb sie dann diese Debatte hervorbringen. Ferner wollen Sie zweifellos, daß diese Osmarkenzulage sämtlichen Beamten Jahr für Jahr ausbezahlt wird. Wie Sie dann dazu kommen, sie unter der Firma einer außerordentlichen Beihilfe einlegen zu wollen, ist mir nicht klar, denn eine außerordentliche Beihilfe soll doch nur eine Beihilfe für außerordentliche Fälle sein. So muß werden Sie doch nicht sein, zu glauben, daß die Polen im nächsten Jahre schon den Kampf aufgeben werden und die Osmarkenzulage dann nicht mehr nötig ist. Wir werden aber aus den von mir angegebenen materiellen Gründen gegen den Antrag stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weßler (Soz.): Nachgehend kann nur der Wortlaut des Antrages sein, nicht die Motivierung. Nach dem Wortlaut handelt es sich um eine außerordentliche Beihilfe, die Verwaltung könnte also damit verfahren, wie sie wollte. Die Forderung könnte überhaupt staatsrechtlich nur in der Form eines Nachtragsetats bewilligt werden. Nach der bisherigen Praxis könnte der Bundesrat zu der Resolution erst Stellung nehmen, wenn die Session geschlossen ist. Die Beschlußfassung über die Resolution wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Abg. Zubeil (Soz.) beklagt den Mangel an Positionen in Berlin. Die Positionen müssen jetzt nicht vier, wie bisher, fünf Fahrten machen.

Geheimrat Wiesse erwidert, daß über die Neueinteilung der Dienstzeit der Positionen, die vor 14 Tagen erfolgt, ein Bericht eingebracht sei und daß eine Prüfung der Angelegenheit eintreten werde.

Abg. Nishorn (fr. Sp.) beschwert sich über die Beschädigung an Chausseebäumen durch die Telegrafendrähten.

Unterstaatssekretär Schwab sagt möglichst vorsichtiges Vorgehen der Verwaltung bei der Ausschaltung zu.

Der Rest der beiderseitigen Ausgaben wird erledigt, desgleichen die einmaligen Ausgaben und die Einnahmen.

Die vorliegenden Positionen werden durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Beratung des Postetats erledigt. Es folgt die Beratung des Etats der Reichsbank.

Abg. Kopich (fr. Sp.) wünscht eine Erhöhung der Bezüge der Monatslöhner bei der Reichsbank auf 9000 M. Höchstgehalt.

Der Etat wird ohne weitere Debatte erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsjustizverwaltung.

Hierzu liegen eine große Anzahl von Resolutionen vor.

Die Sozialdemokraten Albrecht und Genossen beantragen, den Reichsfiskus zu beauftragen:

I. Dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das neuerdings in Frage gestellte Recht der Reichstagsabgeordneten, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern, ausdrücklich festgestellt und ein gleiches Recht für Mitglieder eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und für Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers begründet wird, auch die Beschlagnahme von Gegenständen, die eine dieser Personen in dieser ihrer Eigenschaft erhalten hat, und von Aufzeichnungen, die sie in ihrer Eigenschaft gemacht hat, untersagt wird.

II. Dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die an der Herstellung von Zeitungen beteiligten Personen das Recht erhalten, ihr Zeugnis über Tatsachen zu verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

III. Dem Reichstage baldigt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches nach Art und in Anlehnung an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Bureaugehilfen und deren Arbeitgebern, zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern, sowie aus dem Gesindverhältnis eingerichtet werden.

IV. Dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die gleichmäßige Heranziehung aller Bevölkerungsklassen zum Dienst als Geschworene und Schöffen durch Gewährung von Reisekosten und Tagelohnen aus den Mitteln der Bundesstaaten ermöglicht wird.

Seitens der drei freisinnigen Parteien (Dr. Ablass u. Gen.) wird beantragt:

„Den Herrn Reichsfiskus zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die gleichmäßige Heranziehung aller Stände zum Geschworen- und Schöffenamt in den einzelnen Bundesstaaten durch Zahlung von Tagelohnen aus Landesmitteln an die Schöffen und Geschworenen erleichtert wird.“

Die Nationalliberalen haben zwei Resolutionen gestellt; die eine, von dem Abgeordneten Dr. Jund, will die verbündeten Regierungen auffordern, „gesetzliche Bestimmungen vorzuschlagen, durch welche das Recht der Arbeitsverträge geregelt wird“, die andere, von dem Abgeordneten Wassermann gestellt, will den Reichsfiskus ersuchen,

„dem Reichsfiskus einen Gesetzentwurf, betreffend Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug hinsichtlich der von jugendlichen Personen begangenen Straftaten vorzulegen.“

Das Zentrum, Graf Hompesch u. Gen., beantragt:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsfiskus zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Untersuchungsbeamten allgemein, sowie den zu Gefängnisstrafe verurteilten Personen, wenn ihre Handlung nach dem Urteil zu treffenden Bestimmung nicht eine eheliche Bestimmung befundet hat, gestattet wird, während der Dauer der Untersuchungshaft oder Gefängnisstrafe sich selbst zu beschäftigen und in einer ihrem Beruf und Bildungsgrad angemessenen Weise sich zu beschäftigen.“

Die Reichspartei (Abg. v. Liebert und Genossen) beantragen den Reichsfiskus zu ersuchen, durch ein besonderes Reichsgesetz eine Ergänzung des Strafgesetzbuches dahin zu bewirken, daß den nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit zum überfälligen Strafvollzuge geeigneten innerhalb bestimmter Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen durch die Strafvollzugsbehörde gestattet werden könne, die auferlegte längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Südbsee-Insel) zu verbüßen.

Abg. Dr. Wagner (L.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Resolution Heintze, betreffend Vereinheitlichung des Strafvollzugs an jugendlichen Personen. Wegen eine Heraushebung der Strafmündigkeit haben wir Bedenken. Die sozialdemokratische Resolution auf Schaffung von Sondergerichten für Bureau- und Landarbeiter lehnen wir ab, ebenso jede Erweiterung des Rechts auf Zeugnisverweigerung.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Durch die Zeitungen ist das Gerücht gegangen, die Regierung habe die Absicht, die Novelle zur Zivilprozessordnung zurückzuziehen, dies ist irrig; die Novelle wird dem Reichstag vernünftig in der nächsten Woche

zugehen. Ein Gesetzentwurf betreffend die Haftung des Reiches für die Handlungen der Reichsbeamten ist so weit fertig, daß es demnächst dem Bundesrat zugehen wird.

Abg. Dr. Heintze (natl.): Außer den beiden oben angeführten Gesetzen ist sehr wichtig die Änderung der Strafprozessordnung; hoffentlich wird auch sie noch in diesem Winter angehängt. Ich erwarte aber, daß nicht etwa die Prügelstrafe wieder eingeführt wird. Bedauerlich ist, daß keine grundsätzliche Neubearbeitung der Zivilprozessordnung vorgenommen wird. Unserer Resolution betreffend einheitliche Regelung des Strafvollzuges bitten wir zuzustimmen. Wir werden der Resolution Hompesch betreffend die Selbstbestätigung der Untersuchungsbeamten zustimmen, ebenso der Resolution Brunstermann behufs Neuordnung der Behörden für Sachverständige und Zeugen, ebenso der Resolution Albrecht und Genossen über das Recht der Zeugnisverweigerung, sowie der über die Immunität der Abgeordneten, letztere wollen wir allerdings dahin abändern, daß die Immunität auf Stadtverordnete nicht ausgedehnt wird.

Unserer Rechtsprechung macht man im allgemeinen den Vorwurf bürokratischer Schwerfälligkeit, und daß sie die Bedürfnisse des praktischen Lebens nicht kennt und nicht Rücksicht auf sie nimmt. Ueber Mißgriffe der Justiz, über unberechtigte Verhängung und Ausdehnung wird mit Recht geklagt. Auch die Klagen über Klassenjustiz kann man nicht durchweg für ungerichtet erachten. Aber man muß auch anerkennen, daß die aufsteigende Arbeiterbewegung den Gerichten eine Reihe neuer Aufgaben gestellt hat, auf dem Gebiete der Arbeiterkassationen, des Vorstands, der Streiks, der Aussperrungen, Aufgaben, die zu lösen sehr schwer ist. Diese schnell angewachsene Bewegung juristisch zu erfassen, ist sehr schwer. Auch darf man nicht verkennen, daß die Arbeiterbewegung sich vielfach mit den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie identifiziert hat und dadurch Mißtrauen bei den Richtern erregt hat. Es ist zuzugestehen, daß die Rechtsprechung bezüglich des Koalitionsrechtes Licht und Schatten nicht immer gleich verteilt zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden. In einem Urteil wird z. B. angeführt, daß streikende Arbeiter, welche sich in einer Wirtschaft an bestehende Tische setzten, so daß alle Tische besetzt waren, als Streikbrecher hertreten, so daß diese sich zu den Streikenden setzten, dadurch allein schon großen Unrug verübt hätten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Obwohl eine Verletzung der Streikbrecher, wie das Urteil selbst feststellt, nicht stattgefunden hat. (Wiederholtes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch zuzugestehen, daß das Strafmaß oft ein sehr hartes ist, wenn es sich um Arbeiter handelt, und sehr milde, wenn Angeklagte gebildeten Standes in Frage kommen. (Redakteur Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Kritik muß doch auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Unter den Millionen von Straftatellen sind die monströsen Fälle doch sehr verschwindend. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Ferner ist Klassenjustiz im Zivilrecht nicht zu Hause. Aber auch im Strafrecht haben wir Fälle, wie z. B. ein Urteil des Landgerichts Potsdam, das ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes, das von dem Sekretär der deutschen Industriellen Euel wegen Verleumdung verklagt war, mit der Begründung freisprach, es habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, indem er keine Gewerkschaft verteidigte. Hier kann doch von Klassenjustiz keine Rede sein. Immerhin ist es sehr wichtig, daß die Justiz sich bemüht, den Erscheinungen des sozialen Lebens gerecht zu werden. Für die Resolution der Sozialdemokraten, welche dies fordert, können wir daher nicht stimmen. Vielmehr muß das Bestreben darauf gerichtet sein, das Niveau aller an der Rechtsprechung Beteiligten zu heben. An dieser Aufgabe müssen Justizverwaltung und Richter gleichmäßig arbeiten. Ebenso wichtig wie der Richterstand ist auch der Anwaltschaft. Durch die Gesetzgebung sind ihm wichtige Gebiete entzogen. Auch das Uebernehmen der öffentlichen Rechtsanwaltschaften, das wir in sozialer Hinsicht begrüßen, schädigt den Anwaltschaft. Um so mehr müssen wir darauf achten, den Anwaltschaft nicht unnötig durch die Gesetzgebung zu schädigen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Brunstermann (Sp.) wird mit den Rufen: Vertagung! Vertagung! empfangen. Redner verbreitet sich über die Entschädigungsfälle für Sachverständige, die vielfach zu niedrig seien, sowie über die Zeuengebühren, von denen dasselbe gelte, und begründet die von ihm und seinem Parteigenossen Dr. Warenhorst gestellte Resolution auf Erhöhung dieser Sätze. (Beifall rechts.)

Darauf schlägt Präst. Graf Stolberg dem Hause vor, sich zu vertagen. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Weßler (Soz.) (zur Geschäftsordnung) schlägt vor, die von seiner Fraktion zum Reichsamt des Innern gestellte Resolution auf Regelung der Tarifverträge, die sich mit der zum Justizetat gestellten Resolution Jund bede, mit zur Vertagung zu stellen.

Das Haus beschließt demgemäß und vertagt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 1/2 Uhr.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Ein neues Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie.

Die Kommission zur Vorberatung des Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Beratung über den § 8 des Entwurfs fort, der von der postgeheimen Ueberwachung der Versammlungen

handelt. Genosse Hildenbrand begründete noch einmal den Antrag unserer Parteigenossen, der ausdrücklich festsetzt, daß die Beauftragten der Polizei nicht das Recht haben, sich an den Erörterungen zu beteiligen oder dem Leiter Vorschriften über die Leitung der Versammlung zu machen oder die Entfernung von Versammlungsbeteiligten zu fordern oder selbst vorzunehmen. Unter Berufung auf die Ausführungen des Staatssekretärs führte er den Nachweis, daß dieser Ueberwachungsparagraf in der Praxis zu einem Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie

werden würde, weil nur ihre Versammlungen durch die Entsendung von Polizeibeamten beaufsichtigt würden. Dagegen müßte sich die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit wehren, da sie sich nicht als Partei minderen Rechtes behandeln lasse. Wie zur Befestigung dieser Behauptung erklärte der Antisemit Graf, daß seiner Auffassung nach zwar von keinem Ausnahmengesetz keine Rede sein könne, daß aber allerdings in der Praxis die Polizei Versammlungen der bürgerlichen Parteien nicht überwache. Nur das Programm der Sozialdemokratie mache die Ueberwachung sozialdemokratischer Versammlungen zur Pflicht. Das sei auch der Zweck dieses Paragraphen und des Gesetzes. Genosse Hildenbrand quittierte diese Offenheit dankend, legte aber entschieden Verwahrung gegen ein solches Ausnahmengesetz gegen unsere Partei ein. Die Redner der übrigen Parteien redeten in der Hauptsache für und gegen den Satz, daß den überwachenden Polizeibeamten ein angemessener Platz nach ihrer Wahl eingeräumt werden müsse. Die Worte „nach ihrer Wahl“ wurden in der Abstimmung gegen die Stimmen der Rechten gestrichen und § 8 mit 23 gegen 4 Stimmen (Sozialdemokraten und Polen) in folgender Fassung angenommen:

„Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung (§§ 3 und 4) entsendet, haben sich unter Rundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.

Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden.

Die Polizeibehörde darf nicht mehr als zwei Beauftragte entsenden.“

Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 15 gegen 11 Stimmen (Sozialdemokraten, Polen und Zentrum) abgelehnt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß die Versammlung, die ihr unangenehme Frage des Sprachvertrags im § 7 erst am Schluß der ganzen Kommissionsberatung zu erörtern und jetzt zum § 9 überzugehen, der nach der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut hat:

„Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, von dem Leiter, oder, so lange dieser nicht bestellt ist, von dem Veranstalter einer Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekämpfung oder Genehmigung bedarf, unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen.

1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist,
2. wenn die ordnungsmäßige Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird,
3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden,
4. wenn Bedenken, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen, auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder dem Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten der Polizeibehörde befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.“

Dazu beantragten die Abgg. Dr. Müller-Reiningen und Genossen (fr. Sp.) folgende Änderungen:

„Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, unter Angabe des Grundes für aufgelöst zu erklären,
1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist,
2. wenn die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird,
3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden,
4. wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zum Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten.“

Das Hauptgewicht dieses Antrages liegt auf dem vierten Absatz, der gegenüber einem Verkleinerungsverbot der Regierungsvorlage weitgehend die jetzt geltenden Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes zu retten sucht.

Die Sozialdemokraten beantragten, den ganzen § 9 zu streichen, für den Fall der Ablehnung dieses Antrages aber den § 9 folgendermaßen zu fassen:

„Die Beauftragten der Polizei sind befugt, die Versammlung unter Angabe der Gründe für aufgelöst zu erklären, wenn der Vorsitzende in der Versammlung Anträge oder Vorschläge zur Erörterung stellt, die eine Aufforderung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten.“

Als Absatz 2 soll dann diesem Paragraphen die Bestimmung hinzugefügt werden: „Wenn eine Versammlung aufgelöst worden ist, so hat die Behörde dem Unternehmer der Versammlung und dem Inhaber des Versammlungsplatzes binnen drei Tagen eine schriftliche Begründung zuzustellen, die die Tatsachen angeben muß, auf die die Maßregel gestützt wird.“

In der ausgiebigen Erörterung begründeten die Genossen Heine und Legien unsere Anträge, gestützt auf viele praktische Beispiele. Die Konservativen und die Regierung bekämpften unsere Anträge als undurchführbar. Die Freisinnigen und Nationalliberalen aber, die sich anfangs ebenfalls scharf ablehnend verhielten, versprachen eine andere Form zu suchen, um unsere Forderung zu erfüllen, doch auf Verlangen die Gründe für die Auflösung schriftlich angeben werden müssen.

Die Abstimmung über § 9 wird Mittwoch erfolgen.

Dernburgs neues Kolonialprogramm.

(Sitzung der Budgetkommission vom 18. Februar.)

Die heutige Sitzung der Budgetkommission, in der der Etat für Ostafrika beraten werden sollte, wurde gänzlich ausgefüllt mit einer Programmdrabe des Staatssekretärs Dernburg. In der Form eines Berichts über seine koloniale Erfahrung vom vorigen Sommer gab er nicht nur seine Erfahrungen zum besten, sondern entwickelte gleichzeitig die Pläne für die ihm notwendig erscheinenden Veränderungen.

In seinen 2 1/2 stündigen Ausführungen gab Dernburg zunächst einen kurzen Bericht über den Stand der Kolonien.

Logo erfordert keinen Staatszuschuß, eine im Januar 1907 eröffnete Eisenbahn habe sich wider Erwarten gut rentiert; es soll eine neue Linie gebaut werden. In Kamerun sei ein außerordentlicher Aufschwung des Handels zu verzeichnen, um 40 Proz. habe er sich gesteigert. Auch der Reichszuschuß sei hier geringer geworden. In Ostafrika steige der Handel auch, diese Kolonie habe 10 Millionen Einwohner, die Hüttensteuer könne 10 Millionen Mark bringen, der jetzige Ertrag ist nicht viel über eine Million. Die Plantagenwirtschaft habe eine gesicherte Zukunft. Auch die Südbsee-Kolonien seien auf gutem Wege.

Dernburg spricht sich nun über Kolonialpolitik im Allgemeinen aus und kommt dabei zu dem Schluß, daß mit der inneren Kolonisation langsam vorgegangen werden müsse. Man könne die fremden Stämme nicht mit assessorischen Verordnungen gewinnen. Hier müsse die Regierung vorsichtig sein. Auch den Kolonisten gegenüber gelte es vorsichtig zu sein, die wollen in kurzer Zeit viel Geld verdienen, denn lange halten sie es nicht aus. Aber das Reich habe die Verpflichtung, das bestehende Eingeborenrecht zu schützen.

In dieser Beziehung könne er das Tempo durchaus nicht billigen, in dem man bisher verfahren habe, das bestehende Recht umzugestalten.

Dernburg wendet sich speziell wieder Ostafrika zu und meint, er habe es wahrscheinlich besser lernen gelernt, wie mancher, der sich als alter Afrikaner ausgiebt und über die Kolonien schreibt. (Der Herr „Sachverständige“ liebt es, ein böses Gesicht, er fühlt sich wahrscheinlich durch solche Bemerkungen getroffen.) Als Anfleher können wir nur mit Schwarzen arbeiten, die sind aber nicht mit brutaler Wanktätigkeit zu zwingen, dazu ist ihre Zahl zu groß, sie selbst zu kriegerisch. Hier könne man nur die Verwaltung ausbauen, daß sie eine gerechte Vertretung der Eingeborenen werde. Wähler haben die Schwarzen recht wenig Vorteile von der deutschen Verwaltung gehabt, dagegen unter großem Druck gestanden. Die Prügelstrafe sei nicht zu vermeiden, aber es müsse auch hier Besserung eintreten; jeder Weiße geht mit der Peitsche spazieren und macht von dem Privatrecht Gebrauch, dessen legale Grundlage er in dem Arbeitsverhältnis erblickt, in dem sich der Schwarze befindet. Viel Ungerechtigkeiten werden verübt, weil der Weiße sich nicht die Mühe nimmt, die Eingeborenensprache zu lernen. Dann wundern sich die Plantagenbesitzer, daß sie keine Arbeiter bekommen.

Ueberhaupt sind die Zustände in dieser Beziehung äußerst mangelhaft; die Arbeitsordnung ist sehr mangelhaft, die Anwerbung nicht selten eine gewaltsame, da die Arbeiter häufig keine zuverlässigen und ehrlichen Leute sind. Der Lohn ist seit zehn Jahren auf dem geringen Betrag stehen geblieben, man rechnet statt nach Kalendermonaten nach Arbeitsmonaten, so daß ein auf sechs Monate angemordener Arbeiter nicht selten acht bis neun Monate arbeiten muß, da jeder Regentag den Vertrag verlängert. In 24 Stunden gibts einmal warm zu essen. Hier müsse gebessert werden, denn die Engländer sind viel weiter. Seit 1897 ist nichts von der Regierung für die Arbeiter geschehen. (Der Sachverständige liebt es, seit 1898 Gouverneur!) Dernburg kommt zu dem Ergebnis, daß Zustände geschaffen werden müssen, die den Arbeiter veranlassen, gern in die Plantagen

arbeiten zu gehen. Auch in anderer Beziehung könnte man nur mit Reformen vorgehen. Kein Zwang, auch in der Besteuerung nicht, denn die Leute gehen von selbst, kommen aber nicht wieder in die Kolonie. Die Pflanzler kündigen in dieser Beziehung außerordentlich. In der Zollgesetzgebung möchte Dernburg nicht dem Wünsche nachgeben, die Lebensmittelzölle zu erhöhen und die Alkoholzölle herabzusetzen. Zur Schaffung eines guten Beamtenpersonals will Dernburg die jungen Leute in Hamburg ausbilden lassen und dann ins Innere zur Unterstützung der Bezirkshauptleute schicken, wo sie mindestens zwei Jahre bleiben müssen. Kein Gouverneur sei noch über den Ältestenrat hinaus ins Innere gekommen. Ein weiterer Fehler sei der starke Beamtenwechsel. Auch in den bureaukratischen Schreibweise will er Ordnung bringen, es brauche nicht jeder „Dreck“ rubriziert zu werden.

Eine Petition der Pflanzler gibt sodann zu längeren vertraulichen Bemerkungen Anlass. — Aus den Ausführungen Dernburgs ist zu entnehmen, daß er nicht viel Hoffnung darauf setzt, daß Ostafrika je ein Plantagenland wird. Man müsse mehr die extensive Wirtschaft im Auge behalten und versuchen, mittels der Eisenbahnen die natürlichen Schätze aus dem Lande zu ziehen und europäische Waren einführen. Im Zusammenhang mit dieser Frage des Handels steht innig verbunden die Zuckerfrage; der Handel liegt stark in den Händen der Indianer, die entfernt werden sollten. Er werde darauf nie eingehen, denn der Handel sei jetzt das finanzielle Rückgrat der Kolonie. Ueberhaupt sei es nicht zu empfehlen, daß man die Anfechtung Weiser in der Kolonie zu stark fördere; jeder neue Weiser bilde eine neue Weisungsfläche, nicht gerechnet die Ansprüche an Polizei und Verwaltung.

Die Regierung müsse allen selbsttätigen egoistischen Treibern der Anhieler entgegenreten, das sei sie dem Ansehen Deutschlands als Kulturland schuldig. Der Abstand zwischen dem Kulturniveau der Regier und der Weiser lasse sich nicht mit Gewalt oder Verordnungen überbrücken. — Der Vortrag Dernburgs wird gedruckt und dem Bericht an das Plenum beigegeben werden.

Der Vorsitzende v. Camp dankt für die Ausführungen; er sieht in ihnen einen Wendepunkt in der deutschen Kolonialpolitik. Bei der nunmehr über Ostafrika eröffneten Debatte nimmt zunächst der Abg. Liebert das Wort; er beantragt, die Gültigkeit der 1800 000 Mark betragenden Zoll, um 400 000 Mark zu erhöhen. Im übrigen erklärte er sich mit Dernburg einverstanden.

Wie man sieht in den Ausführungen Dernburgs auch einen Wendepunkt in der Kolonialpolitik, der von den Freisinnigen mit Freuden begrüßt werde. Er behandelt dann die Eingabe der Pflanzler, tritt aber der Ansicht des Staatssekretärs bei, daß die einseitigen, gegen die Arbeiter gerichteten Bestrebungen der Pflanzler nicht unterstützt werden könnten.

Auf Anregung Gröbers wird nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte die Weiterberatung des Etats für Ostafrika ausgesetzt, bis Dernburgs Programm gedruckt vorliegt.

Mittwoch soll der Etat der Südfest-Kolonien und Togo's vorgenommen werden.

Parlamentarisches.

Aus der Wahlprüfungskommission. In der gestrigen Sitzung wurde die Wahl des Dr. Böhm (Marburg-Kirchhain) einstimmig für beanstandet erklärt. Wenn die von der Kommission beschlossenen Erhebungen die Wahrheit der Protestbehauptungen ergeben, so würden Böhm 4976 und v. Gerlach 649 Stimmen in Abzug zu bringen sein. Es würden für Böhm dann nur 5400, aber für v. Gerlach 7026 Stimmen verbleiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Plenum den Beschläßen der Wahlprüfungskommission beitrifft.

Weiter wurden die Wahlen der Abgeordneten Ohern (L.) und Eichhoff (freif.) für gültig erklärt. Bei der Wahl Eichhoff ging es mit den Stimmen für den Gewählten recht knapp her. Nach Abzug der beanstandeten Stimmen würde die absolute Mehrheit 18 000 Stimmen betragen haben. Der sozialdemokratische Kandidat und frühere Mandat-inhaber Reist hat 18 792 Stimmen erhalten, also nur 188 Stimmen weniger, um gewählt zu sein. Bei der Stichwahl war das Verhältnis ähnlich. Eichhoff hätte auch nach Abzug der beanstandeten Stimmen noch die Mehrheit.

Gewerkschaftliches.

Zur Einigung!

Den Mitgliedern der bisherigen „Freien Vereinigung der Maurer“ zur Kenntnisnahme, daß die neuen Mitgliedsbücher fertig sind und während der Bureaufstunden aus dem Bureau, Steinstraße 88, abgeholt werden können.

Damit in der Zustellung des „Grundstein“ keine Unterbrechung entsteht, wird es zweckmäßig sein, mit der Abholung der neuen Bücher sofort zu beginnen.

Kollegen, welche infolge der Arbeitslosigkeit mit ihren Beiträgen vom Jahre 1907 noch im Rückstand sind, werden auf den Versammlungsbeschluss vom 31. Januar 1908 aufmerksam gemacht. Diesem zufolge werden jedem Mitgliede die Beiträge von der 40. Kalenderwoche an bis auf weiteres gestundet. Damit diesen Kollegen die zwischen beiden Organisationen vereinbarten Bedingungen bezüglich der Mitgliedsdauer nicht verloren gehen, erjuchen wir dieselben, umgehend ihre Mitgliedsbücher im Bureau abzugeben. An Stelle der abgegebenen Bücher erhalten dieselben eine Legitimationskarte. Der Vorstand. J. A.: Gustav Jeglin.

Berlin und Umgegend.

Krach beim Berliner Gewergericht.

Unter dieser geschmackvollen Überschrift berichtet der Berliner Magistrats-Affiziosus:

„Die heutige Sitzung des aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbestehenden unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz gebildeten Gesamtausschusses des Berliner Gewergerichts hat ein vorzeitiges Ende gefunden. Es handelte sich um die Beratung eines von den Arbeitgebern eingebrachten, an die geschickten Körperschaften zu richtenden Antrages auf Abänderung des § 204 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Sinne der Zulassung der Aufrechnung von Schadenersatzforderungen gegen Lohnforderungen gegenüber solchen Arbeitnehmern, welche ihre Arbeitgeber durch Diebstahl usw. geschädigt haben. Die Beratung dieses Antrages machten die Arbeitnehmerbeisitzer dadurch unmöglich, daß sie den Sitzungsraum verließen und somit die Abstimmung verhinderten. — Also Obstruktion der Sozialdemokraten nun auch im Gewergericht.“

Wie wir zu der Angelegenheit erfahren, haben die Arbeiterbeisitzer des Gewergerichts die Verhandlung über diesen Gegenstand abgelehnt, weil der Antrag nach ihrer Überzeugung nicht ordnungsgemäß eingebracht war. Die Unternehmerbeisitzer haben, offenbar auf Verreiben von Schatzmeisterseite, beim Ausschuss des Gewergerichts nicht weniger als acht betriebl. Anträge eingebracht. Drei davon kamen zur Annahme. Die noch verbleibenden fünf wurden später auf zwei reduziert. Diese Anträge nun sehen die Arbeitnehmerbeisitzer als neue an, für deren Einbringung die erforderlichen 80 Unterschriften fehlen.

Was die Materie selbst anbelangt, so sagt der § 204 des Bürgerlichen Gesetzbuches:

„Soweit eine Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist, findet die Aufrechnung gegen die Forderung nicht statt.“

Das ist rechtlich ganz logisch. Entweder muß eine Forderung ausgestellt oder aber nach allgemeinen Rechtsbegriffen der Pfändung unterworfen sein. Will man im Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern andere Grundsätze zur Geltung

bringen, so heißt das, die Arbeiter anderen Staatsbürgern gegenüber für minderen Rechts erklären. Wenn die Arbeiterbeisitzer sich dagegen verwahren, sind sie — abgesehen von dem Streit um die Formalität — völlig im Recht.

Bewegung der Schneider.

Die Herrenmehrschneider waren vom Verband der Schneider und Schneiderinnen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die am Montag in den Armishallen stattfand. Runge referierte über die diesjährige Frühjahrsbewegung in der Maßschneiderei. Er ging auf die Bewegung im Frühjahr vorigen Jahres näher ein und erklärte, daß man gute Fortschritte mit der Anerkennung der Tarife gemacht habe und daß sich viele Kollegen für die Organisation gewinnen ließen. Die Unternehmer möchten es gern so darstellen, als sei die letztjährige Tarifbewegung ein Fehlschlag gewesen, aber sie haben doch die Organisation der Schneider respektieren gelernt. Die Haltung der Kollegen war während der Bewegung eine sehr gute, aber nach derselben wurde sehr viele vernachlässigt. Daraus müsse man gute Lehren ziehen. Es gelte nicht nur, einen Tarif zur Anerkennung zu bringen, sondern auch über die Durchführung des Tarifes zu wachen. Der Redner führte eine Reihe von Firmen an, die sich Tarifbrüche zuschulden kommen ließen; er erörterte die Erledigung der Beschwerden, die in vielen Fällen dazu führte, daß die Firmen Nachzahlungen leisten mußten. Die Tarifbewegung müsse in diesem Frühjahr auf einer möglichst breiten Grundlage vor sich gehen. Ueberall sollten sich die Kollegen daran beteiligen und sich mit der Organisation in Verbindung setzen. Diesmal muß viel nachgeholt werden, was im letzten Jahre bei der schnell vorrückenden Saison nicht mehr erreicht werden konnte.

Eine Diskussion über Runge's Ausführungen fand nicht statt. Der Vorsitzende ermahnt die Versammelten, den Anordnungen der Verbandleitung in bezug auf Erhebungen, Mitteilung von Adressen und dergleichen möglichst nachzukommen.

Die Wirtschaftskrise und die Lage der Konfektionsarbeiter stand auf der Tagesordnung einer Versammlung der Anabenkonfektions-Arbeiterinnen und -Arbeiter, die am Montag bei Gröb in der Gröben-Frankfurter Straße stattfand und hauptsächlich von Frauen besucht war. Der Referent Röhr führte aus, daß man auf die im vorigen Jahre geplante allgemeine Lohnbewegung verzichten mußte, weil die große Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter trotz aller Bemühungen nicht in genügender Zahl für die Organisation zu gewinnen war. Es konnten darum nur in den Geschäften Verbesserungen erzielt werden, wo die Kollegenchaft klug genug war, sich zu organisieren. Die Anabenkonfektion mußte hierbei fast gänzlich ausgeschlossen werden, denn in dieser Branche war es besonders schwierig, dem Organisationsgedanken Eingang zu verschaffen. Die verdamnte Bedürfnislosigkeit scheint hier noch am stärksten verbreitet zu sein. Dazu kommt der bei vielen scheinbar ganz unaussprechbare Aberglaube, daß der gute Geschäftsgang ewig anhalten würde. Nur zu oft bekamen die Vertreter der Organisation Nebenarten zu hören wie: „Ach, wir brauchen den Verband nicht. Wir haben Arbeit genug und verdienen auch, und können noch viel mehr Arbeit kriegen, wenn wir nur wollen. Es kommen immer mehr Kinder auf die Welt und die brauchen Kleider.“ Wenn solche Leute dann bei unmäßig langer Arbeitszeit halbtags ihre Auskommen hatten, waren sie zufrieden und bedauerten nur, daß sie des Schlafes nicht ganz entbehren konnten, um gänzlich ununterbrochen darauf losarbeiten zu können. Dazu kommen dann die Frauen — Beamten- und Arbeiterfrauen —, die sich gleichsam einen Schein von Bornehmtheit geben wollten und sagten, daß ihre Männer eigentlich genug verdienen, und sie selbst nur so „zum Zeitvertreib“ arbeiteten. Rande müssen es aber erleben, daß der Verdienst ihrer Männer, sei es infolge Arbeitsmangels, Krankheit oder Unglücksfalles, plötzlich aufhört und Not und Elend in die Familie einzieht. Nun ist die allgemeine Wirtschaftskrise gekommen, und jene, die bisher sich nicht genug tun konnten in der Verschwendung ihrer Arbeitskraft, finden jetzt nicht Arbeit genug. Die Preise der Lebensmittel werden ins Ungeheure gesteigert und Hand in Hand damit geht eine grenzenlose Lohnrückerei. Wo früher noch männliche Arbeiter beschäftigt wurden und z. B. für ein bestimmtes Stück Arbeit 1.50 M. erhielten, muß man jetzt Frauen und bietet ihnen für dieselbe Arbeit nicht einmal die Hälfte. — Der Redner setzte treffend auseinander, wie die Wirtschaftskrise untrennbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammenhängen und nur mit dem Kapitalismus selbst verschwinden werden, wie aber die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die verheerenden Wirkungen der Krisen für die Arbeiterschaft abzumildern, und dazu auch imstande sind, wenn die Arbeiter nur für eine starke Organisation rechtzeitig sorgen. Geschicht dies endlich einmal auch in der Anabenkonfektion, so wird auch hier die Zeit nicht mehr fern sein, wo schätzenswerte Vorteile errungen werden.

In der Diskussion sprach eine ältere Arbeiterin, die seit Anfang der achtziger Jahre in der Konfektion tätig ist. Sie führte unter anderem aus, daß für Anabenpolets, die jetzt mit 70, 80 oder gar nur 45 Pf. bezahlt werden, der Arbeitslohn damals 1.25 M. betrug. Rechneten die Frauen bei ihrer unmäßig langen Arbeitszeit einmal aus, was sie eigentlich in der Stunde verdienen, sie würden kaum auf 10 bis 15 Pf. kommen. Dringende Pflicht sei es, endlich einmal sowohl in der Anabenkonfektion wie in den anderen Branchen die Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter dem Verbands zu zuführen.

Die Versammlung nahm dann einen kurzen Bericht über den Streit der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Budapest entgegen, der mit gutem Erfolg endete, und unter anderen wichtigen Errungenschaften Lohn-erhöhungen um 10 Proz. und mehr gebracht hat. Hierzu nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der die Freude über den Erfolg der ungarischen Kollegen und Kolleginnen ausgesprochen und der Wunsch geäußert wird, daß das Errungene ein Ansporn zu weiteren Erfolgen sein möge.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhfabrikant Tschetsche in Frankfurt a. O. sucht am Hiesigen Plage Maschinengewider. Wir teilen mit, daß die Arbeiter sich dort seit 14 Tagen wegen Mahregelung von Maschinenarbeitern im Streit befinden. Zentralverband der Schuhmacher Berlin.

Deutsches Reich.

Ein Zinkgräberstreik

Ist im ober-schlesischen Industriegebiete ausgebrochen und zwar auf der Zinkergarbe Viktoria bei Städtich-Dombrows (Kreis Beuthen) und auf der Donnermarschischen Zinkergarbe Reuhof. Die Ursache des Streiks liegt darin, daß die Arbeiter mit den nach dem neuen Anovpachtgesetz bei der letzten Lohnzahlung ihnen gemachten Abzügen für die Pensionskasse nicht einverstanden sind. Die über Tage beschäftigten weiblichen Arbeiter haben sich der Arbeitseinstellung angeschlossen. Am Sonnabend waren von der gesamten 550 Personen starken Belegschaft der Viktoriaerarbe 349 ausländisch, am Montag sind von der 229 Personen betragenden Vormittagschicht nur 63 erschienen. In Reuhof waren Montag früh 160 Frauen von der Vormittagschicht und mittags 56 von der Nachmittagschicht fern geblieben.

Die Dresdener organisierten Metallarbeiter

haben sich von dem Schläge, den sie im vorigen Jahre durch die Niederlage in dem langwierigen und opferreichen Kampfe mit der Firma Seidel u. Raumann erlitten sowie von dem inneren Streit mit den jetzigen Bewerksfahrern ausgezeichnet erholt. Trotz der Arbeitslosigkeit von 1748 Mitgliedern (zirka 400 mehr als zugereist sind) haben sie ihre Mitgliederzahl konstant erhalten. Sie betrug Ende 1906: 12 273, Ende 1907: 12 205. An Wochenbeiträgen wurden insgesamt 594 480 M. aufgebracht. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden insgesamt 128 554 M. ausgegeben, an Unter-

stützungen bei Streiks und Mahregelungen von der Hauptkasse 213 885 M., von der Lokalkasse auch zirka 50 000 M. (inklusive Nichtunterstützung für Streikende).

Eine vernichtende Niederlage

erlitten die gewerkschaftlichen Außenleiter bei der Gewerbergerichtswahl für Mecklenburg-Land. Das ganze Sammelfurium von evangelischen Arbeitervereinen, christlichen Gewerkschaftlern und — Militärvereinen hatte sich zusammengesetzt, um wenigstens einige Weisgermandate zu erwischen. Es war nämlich das Verhältniswahlsystem eingeführt worden, um das sie sich vorher krampfhaft bemüht hatten. Bei der jetzt vorgenommenen Wahl erhielt die Liste des Mecklener Gewerkschaftsartells 2006 Stimmen, während auf die gesamte von 7 Organisationen aufgestellte Wahlliste 66 — sage und schreibe ganze sechsundsechzig — Stimmen fielen. Die Mandate fielen sämtlich auf die Liste des Gewerkschaftsartells. Die blamierten Sonderbündler hatten das Kochessen und den Hohn und Spott, den sie in reichstem Maße verdient haben. Die Wahl oder vielmehr das Resultat derselben ist nach verschiedenen Richtungen ebenso interessant als erfrulich. Zunächst ist daraus zu ersehen, daß tatsächlich in den sogenannten evangelischen Arbeitervereinen usw. fast gar keine Arbeiter Mitglieder — wenigstens keine volljährigen — sind, zum zweiten ist die ganze Ohnmacht dieser Aushororganisationen damit dokumentiert. Das Resultat dieser Wahl war ein vortrefflicher Gradmesser. Wahrhaftig, ein sehr blamabler Herinfall der Gegner der Arbeiterbewegung in ländlichen Kreisen.

Die Leipziger Lagerhalter

haben mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend einen Tarifvertrag abgeschlossen, nachdem es in den Verhandlungen des Lagerhalterverbandes mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine zu keiner Einigung gekommen war. Es wurden Anfangsgelder in drei Gruppen von 1670,—, 1740,— und 1840,— M. festgesetzt, die nach 19jähriger Tätigkeit bis zu 2390,—, 2480,— und 2650,— M. anwachsen. Für die Lagerhalter in den Warenhäusern beträgt das Höchstgehalt 2710,— M. Die früher gewährte Wohnungsentschädigung ist dabei aber jetzt weggefallen.

Schuhmacherstreik. In der Schuhfabrik von Schloß u. Co. in Rätz sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten, weil die Firma sich weigerte, zu der Forderung der Einführung des neunstündigen Arbeitstages auch nur das geringste Zugeständnis zu machen.

Internationaler Tarifabschluß.

Zwischen Vertretern der Igl. Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft und Vertretern der Hafenarbeiter, mit einem Beamten des Deutschen Hafenarbeiterverbandes an der Spitze, wurde auf glücklichem Wege vor einigen Tagen vor dem Gewerbergericht in Passau ein Lohnvertrag abgeschlossen.

Ausland.

Der Streik in den Sakser Naphthowerken ist beendet. Die Arbeiter wurden unter den früheren Bedingungen wieder aufgenommen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika.

Ein Arbeitslosenkongreß wurde in der ersten Woche des Februar in St. Louis abgehalten, arrangiert von einer „Brüderschafts-Wohlfahrts-Vereinigung“. Vertreter aus allen Teilen des Landes waren anwesend, im ganzen etwa 1000 Delegierte. Vorgesprochen wurde unter anderem ein Massenzug nach Washington, wie er 1894 unter Anführung des „General's“ Cores stattfand, und — die Abschaffung der Gewerkschaften. Schließlich ernannte der Kongreß ein Seidenkomitee zur Abfassung einer Denkschrift an den Nationalkongreß in Washington und verlangte Dankschreiben zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen.

In Pittsburg hat der Stadtrat 220 000 Dollar zu Notstandsarbeiten bewilligt. Das Rathaus wurde von Arbeitslosen umlagert, als dort Formulare ausgegeben wurden, die für Gesuche um Arbeit, in erster Linie von Familienvätern, auszufüllen waren. Die bewilligte Summe ist gänzlich ungenügend. — In Chicago haben reiche Geschäftsleute einen Fonds von 100 000 Dollar für Notstandsarbeiten gesammelt.

Soziales.

Au die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich.

Auf Grund des Beschlusses der Reichskonferenz der Krankenkassen-Vereinigungen Deutschlands vom 26. Januar 1908 berufen wir hiermit

den IV. allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands vom Montag, den 11. und Dienstag, den 12. Mai 1908, vormittags um 10 Uhr, nach Berlin in den „Germania-Prachtjälen“ (Großer Saal), Chausseestr. 110, ein.

Tagesordnung:

1. Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung. Referent: Herr G. Bauer, Berlin.
2. Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung. Referent: Herr H. Kohn, Berlin.

Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschäfts- und freie Hilfs-Krankenkassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch die Krankenkassenvorstände die Notwendigkeit des Kongresses einsehen werden, da es gilt, der Regierung unsere Wünsche gemeinsam zu erkennen zu geben.

Wir ersuchen daher alle Vorstände genannter Krankenkassen, unermüßlich Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu besuchen. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Besichtigung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Besichtigung trägt jede Kasse resp. Kassenvereinigung selbst.

Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer 5 M. Dieser Betrag ist vorher bei der Anmeldung zum Kongreß an die unterzeichnete Kasse einzusenden, wonach jeder Gemeldete die Kongreßmitgliedskarte zugefandt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse angibt, damit ihm die Karte auch zugestellt werden kann.

Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 1. April d. J. an die Unterzeichnete einzusenden.

Jeder Delegierte muß als Ausweis eine Mitglieds-karte oder ein von seinem Krankenkassenvorstand oder Kassenvereinigung ausgestelltes Mandat haben.

Auf der Anmeldung ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliedsbestand vom 1. März 1908 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnung: „Vor-sitzender oder Vorstandsmitglied“ genügt nicht.

Das Kongressbureau wird am Sonntag, den 10. Mai von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in der „Germania“, Chausseest. 110, Hof part. rechts, geöffnet sein. Es können dort unter Vorzeigung der Mitgliedskarte die Kongressabzeichen und eventl. Drucksachen in Empfang genommen werden.

Berlin SO. 16, den 15. Februar 1908.
Engelauer 15, Tel.-Amt. 4, 3953.

Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.
E. S i m a n o w s k i.

Wo ist der Arbeiter Irion?

Der seltene Fall ereignet sich, daß der Fiskus einen Arbeiter sucht, um Geld los zu werden. Es handelt sich freilich nicht um den preußischen, sondern um den badischen Fiskus, der Geld los werden will, um sich von einer moralischen Verbindlichkeit durch Zahlung zu befreien. Der Sachverhalt ist folgender: Am 26. Juni 1903 gerieten zwei in einer Gefängniszelle zu Offenburg (Amtsgefängnis) mit Kartonnagearbeit beschäftigte Gefangene infolge einer Spiritus-Explosion in Brand, wobei der Arbeiter Heinrich Irion von Thalheim in unbeschreiblicher Weise verletzt wurde. Wiber Erwarten behielt er sein Leben.

Sein Entschädigungsanspruch auf Grund des unzureichenden Unfallversicherungsgesetzes für Gefangene wurde aus folgenden Gründen zurückgewiesen: Das Gefangenen-Fürsorgegesetz gewährt eine Entschädigung nur dann, wenn der Unfall die Folge einer Tätigkeit ist, bei deren Ausübung freie Arbeiter nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung versichert sein würden. Der speziell in Betracht kommende Kartonnagebetrieb sei aber eine Fabrikation gemäß § 2 Abs. 2 voraus. Im Offenburger Amtsgefängnis werden nun Kartonnagearbeiten zwar gewerbmäßig auf Rechnung Dritter ausgeführt, hingegen entfallen vom Jahresdurchschnitt (17) der für allerlei Erzeugnisse verwendeten Arrestanten durchschnittlich nur 5 — nicht 10 — der Gefangenen auf die Kartonnage, deren Betrieb auch kein ständiger, sondern ein vielfach unterbrochener ist.

In der badischen Kammer brachte der Abgeordnete Genosse Ged diesen Fall zur Sprache. Der Vertreter des Justizministeriums (Resipiziat des Gefängniswesens) bedauerte, daß das Ministerium in diesem Falle Irion an zwei gleichlautende Nichtersprüche gebunden war; vielleicht komme eine künftige Jubilatur zu einer anderen Auffassung. Mit Recht habe der Abgeordnete Ged der Regierung unterstellt, daß die Bereitwilligkeit zu einer aus Willigkeitsgründen zu gewährenden Unfallbeihilfe bisher dort bestand; der Arbeiter Irion sei aber nicht mehr aufzufinden.

Genosse Dr. Frank wünschte in seinem Schlusswort als Referent, daß diese Verhandlung und ihre Publikation den Erfolg bringen werde, daß der Arbeiter Heinrich Irion sich in Karlsruhe melde.

Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß der Arbeiter Irion sich in Karlsruhe meldet, damit der badische Justizfiskus Geld an ihn los wird und sich seiner moralischen Zahlungsverbindlichkeit entledigt.

Gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeiter?

Um die Großgrundbesitzer, die gewöhnlich in ihrem Nebenbetriebe der Landwirtschaft eine Reihe von gewerblichen Arbeitern beschäftigen, vor Zuschlägen zur Beitragszahlung zu schützen, „übersehen“ oft die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, daß gewerbliche Facharbeiter laut Gesetz Anspruch auf eine höhere Unfallrente haben. Die Junker wollen aber nicht allein die Beiträge sparen, sie wollen auch nicht haben, daß ein Teil ihres „Gefindes“ in „gehobener Lebensstellung“ gedrückt wird. Deshalb gewöhnen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die ja gewöhnlich von den Junkern wieder verwaltet werden, den gewerblichen Facharbeitern die Unfallrenten nur nach dem so erbärmlich niedrigen Jahresverdienst der Landwirtschaftlichen Arbeiter, der für diese von der Behörde generell für bestimmte Bezirke festgesetzt ist. Man „übersehen“ deshalb die Bestimmungen des Gesetzes, die leider den meisten Arbeitern unbekannt sind.

§ 1 Absatz 6 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft lautet:

„Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche zum Unterschiede von den gewöhnlichen Land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (z. B. Förster, Gärtner, gewerbliche Facharbeiter, wie Dreimer, Maschinenführer, Feiger, Müller, Hiesler, Stellmacher, Schmiede u. a.) wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§ 33) für ihren Bezirk festgesetzt.“

Wie zum Ersatz entsprechender statutarischer Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt.“

Wenn auch das Statut der Berufsgenossenschaft diese Bestimmung aufgenommen hat, so wird die Berufsgenossenschaft in der Praxis den Verletzten doch den niedrigen Jahresverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter anrechnen. Wie sehr diese dann geschädigt sind, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß der ortsübliche Tageslohn landwirtschaftlicher Arbeiter in vielen Gegenden Preußens, Bayerns usw. nur 300—450 M. pro Jahr beträgt, während der gewerbliche Facharbeiter im Falle seines eigenen Jahresverdienstes angerechnet erhalten sollte.

Die schwere Schädigung der Verletzten ergibt sich daher sehr leicht. Verdiente der Gärtner z. B. 1110 M. pro Jahr, so machte seine Witwe nach den Bestimmungen des Gesetzes 740 M. pro Jahr betragen. „Übersehen“ nun die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft diesen Umstand, so erhält er nur eine Rente aus 480 M., den ortsüblichen Tageslohn landwirtschaftlicher Arbeiter mit 320 M. pro Jahr!

Ja selbst bei rein gewerblichen Betrieben will die Berufsgenossenschaft diesen Grundbesitzer nicht anerkennen. Bekanntlich sind die Gärtner in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zugeteilt. Ein Kunstgärtner, der mehr als 1100 M. pro Jahr verdiente, sollte als Unfallverletzter nur eine Rente aus dem halb so hohen Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter erhalten. Vergeblich war sein Bemühen, der Berufsgenossenschaft begründet zu machen, daß er Kunstgärtner sei, deshalb auch als Facharbeiter Anspruch auf seinen eigenen Jahresverdienst habe. Das Schiedsgericht gab seiner Berufung mit folgender Begründung statt:

„Kläger ist, wie seine Arbeitgeberin, die Firma S., berichtet hat, tatsächlich als Kunstgärtner anzusehen, da er die hierzu nötigen Kenntnisse und die erforderlichen Erfahrungen besitzt. Er hat schon Jahrzehnte lang als Kunstgärtner bei der Firma S. und in anderen Betrieben gearbeitet und insbesondere auch wiederholt neue Gartenanlagen größeren Stils ausgeführt, wie aus den mehrfachen, von ihm vorgelegten Zeugnissen hervorgeht. Kläger ist mithin im Sinne des § 1, 6 des Land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 und des § 40 des Statuts der Berufsgenossenschaft vom 4. Dezember 1901 zu solchen Personen zu rechnen, die zum Unterschiede von den gewöhnlichen Arbeitern — Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern — eine Stellung einnehmen, welche eine besondere technische Fertigkeit erfordert. Der Berechnung der Rente mußte hiernach gemäß § 9 a. a. O. derjenige Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden, welchen der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat. Dieser Verdienst stellt sich nach der von der Firma S. eingereichten und vom Kläger als zutreffend bezeichneten Lohnnachweisung auf 1138,80 M. jährlich.“

Aus Industrie und Handel.

Gewinnergebnisse in der Textilindustrie.

Die Textilindustrie hat im verfloßenen Jahr im allgemeinen finanziell sehr gut abgeschnitten.

Einige der bis jetzt veröffentlichten Geschäftsergebnisse lassen das erkennen. Es ergielten:

	Reingewinn	Dividende
	M.	Proz. Vorjahr
Baumwollspinnerei Augsburg am Stadtbach	1 228 611	21 17 1/2
Mech. Baumwollspinnerei u. Weberei Augsburg	1 787 668	29 1/2 23
Mechanische Weberei Rißchen Baumwollweberei Rößlingsweiler, Augsburg	129 190	29 1/2 23 1/2
Mech. Weberei am Mühlbach, Augsburg	191 259	21 17 1/2
Kammgarnspinnerei Schedewitz	432 818	25 22 1/2
Neue Baumwollspinnerei Bahreuth	815 350	18 15
Chemnitzer Aktienspinnerei	466 973	20 15
Mechan. Baumwollspinnerei und Weberei Bahreuth	190 359	10 3
Kölnische Baumwollspinnerei und Weberei Köln	437 485	15 10
	554 082	12 1/2 6 1/2

Solche Zahlen rücken das jetzt überall zutage tretende Bestreben der Kapitalisten, die Arbeitslöhne zu kürzen, ins rechte Licht. Und da wagt man uns ganz ungeniert zu sagen: (Nr. 7 des „Konfessionär“) „Eine geringe Lohnreduktion wird eintreten müssen. Am liebsten würde man ja jetzt die Arbeitslöhne ganz gemaltig beschneiden, was aber wieder berechtigte Unruhe unter den Arbeitern herbeiführen würde.“

Ja, hätten die Arbeiter keine Organisationen, würden die Herren sich verteuert wenig um etwaige Unruhe kümmern. — Und wären die Arbeiter noch besser organisiert als sie sind, dann würde man mit den Lohnreduktionen auch noch vorsichtiger sein.

Der Abschluß der Nationalbank für Deutschland in Berlin ergibt einen Bruttogewinn von 9 353 062 M., welcher sich zusammensetzt aus Gewinn auf Wechsel und Zinskonto 6 933 872,00 M., Gewinn auf Provisionkonto 3 049 848,21 M., Gewinn auf Sorten- und Kuponskonto 61 067,30 M., Verlust auf Effekten und Konjunktionalkonto 1 045 392,85 M., Vortrag aus dem Vorjahre 353 667,35 M. Nach Abzug der Verwaltungskosten 2 538 858,31 M., Steuern 361 200,88 M., Abschreibung auf Inventarkonto 171 346,32 M., Verlust auf Kontokorrentkonto 123 732,53 M. verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 6 158 923,96 M. Die Dividende soll mit 6 Prozent zur Verteilung gelangen.

Eine technisch-ökonomische Umwälzung.

Im österreichischen Eisenbahnministerium macht man bereits seit längerer Zeit Studien über die Elektrifizierung des Bahnverkehrs, und daß die Elektrizität steigende Anwendung seitens der Industrie und der Städteverwaltungen als Kraft-, Licht- und Wärmequelle findet, ist bekannt. Die ökonomischen Konsequenzen dieser Umwälzung der Produktionsbedingungen lassen sich gar nicht ermessen.

Eine wichtige Wirkung geht von der gesteigerten Anwendung der Elektrizität aus: eine größere Kohlenökonomie. Zwar wird eine solche zunächst sich nicht bemerkbar machen können, weil die Ausdehnung der Produktion und die Vermehrung der elektrischen Anlagen im Anfang natürlich den Kohlenbedarf erhöhen muß. Später aber, wenn die elektrische die Dampfkraft allenthalben ersetzt hat und die Kohle nur zu ganz spezifischen Zwecken verwendet werden wird, ist es sicher, daß sich jene Ersparnis im Kohlenverbrauch als indirekte Wirkung einstellen wird.

Heute ist die Art des Kohlenverbrauchs trotz wesentlicher Verbesserter Feuerungsmethoden vielfach noch eine unökonomische. Den Verbrauch der Kohle nach Möglichkeit zu reduzieren und ihre Bewertung tunlichst zu verbessern und zu vervollkommen, ist ein Gebot der Ökonomie.

Dazu kommt noch ein anderer Grund, für eine bessere Ausnutzung der Kohle zu sorgen: die enorme Kohlennot. Die kann auch technisch bekämpft werden. Die Feuerungstechniker haben auch schon eine ganze Reihe von Mitteln parat, um den Kohlenverbrauch zu reduzieren. Man spricht davon, daß sich eine Ersparnis von 20—25 Proz. und mehr erzielen ließe. Die Kohlennot in der eben verfloßenen Hochkonjunkturperiode hat zweifellos schon viele Industrielle zu einer größeren Ökonomie veranlaßt und die Bemühungen der technischen Fachleute in dieser Richtung werden gewiß weitere und größere Vorteile zeitigen, als sie heute bereits die Heiztechnik sicher. Denn, wie erwähnt: die Steigerung des Kohlenverbrauchs kann zunächst nur verlangsamt werden. Bisher gestaltete sich die Weltproduktion von Steinkohle trotz zeitweiser Abflauung der Konjunktur überaus kräftig. Es wurden in den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Schweden produziert (in Millionen Tonnen a 1000 Kilogramm):

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
585	609	637	694	725	737	748	820	835	900	950

Wenn nun auch die Beschleunigung des Abbaus nach einer Steigerung fähig ist, eine Grenze wird in manchen Ländern bald gefunden sein an den natürlichen Schranken der technischen Förderungsmöglichkeiten und — not least — an der Ergiebigkeit der Kohlengruben selbst.

Man denkt deshalb heute schon daran, die Kohle durch einen anderen Stoff zu ersetzen und ist hierbei auf das Petroleum gekommen. In Oesterreich beschäftigt sich die Regierung mit der Frage seit einiger Zeit sehr angelegentlich, und die Entlastung des Kohlenverbrauchs durch Verwendung von Kohöl ist zunächst für den Eisenbahn- und Schiffsverkehr in Aussicht genommen. Amerika, dessen Kohölproduktion ja bekanntlich eine enorme ist, verwendet Petroleum schon seit dreißig Jahren als Brennstoff für die Lokomotiven. Ebenso spielt Kohöl in der gleichen Eigenschaft in Rußland und Rumänien schon seit längerer Zeit eine Rolle, und zwar werden dieselbst die bei Raffinierung des Naphthas verbleibenden Abfälle verwendet. Entbehrlich wird es voraussichtlich auch anderweitig zur Feuerung der Lokomotivfessel Anwendung finden, weil es nur in diesem Zustande von Explosionsgefahr frei ist. Aber an dem schließlich allgemeinen Gebrauch zu Feuerungszwecken ist kaum mehr zu zweifeln. Schon hat das österreichische Eisenbahnministerium den Industriellen, welche es in eigenen Unternehmen zur Verheizung oder zum Motorenbetriebe benutzen wollen, eine Prachtbegünstigung zugesprochen.

Kurz, die Verwendung des Petroleum als eines Ersatzmittels für Kohöl ist in die Wege geleitet.

Der Auffassung der deutschen Erdölindustrie. Gegenüber der Ausbeute der ungeheuren Erdölbezirke in Amerika, Osteuropa und Asien ist die Erzeugung Deutschlands an Petroleum nur geringfügig. Gleichwohl gewinnt der Bohrdistrict in der Provinz Hannover sich von Stelle immer mehr an Ausdehnung und vermag wenigstens einen Bruchteil des heimischen Bedarfs zu decken. Ueber die jüngste Entwicklung dieser Industriegebiet berichtet die Wochenchrift „Anschau“ (Frankfurt a. M.), daß gegenwärtig 31 Werke mit 200 Bohrlöchern und 1150 Arbeitern in Betrieb stehen. Gerade im letzten Jahre ist ihre Erzeugung stark gewachsen. Im Jahre 1907 wurden rund 70 000 Tonnen Öl produziert, womit die höchste bisherige Förderung im Jahre 1904 um 4000 Tonnen übertroffen worden ist. Während der Kohlenpreis in den schlechtesten Jahren 1905 und 1906 bis 55 Mark gesunken war, beträgt er heute 75—80 M. Hand in Hand mit der gebesserten wirtschaftlichen Lage geht eine wachsende Verwirklichung der technischen Einrichtungen. Bei Herstellung der Bohrlöcher verwendet man jetzt an Stelle der Trodenbohrung die Spindelbohrung, die sich als durchaus zweckmäßig erwiesen hat. Die Bohrlöcher haben einen

nach der Tiefe sich erweiternden Durchmesser von 30—40 Zentimetern. Das einzelne Bohrloch liefert in selbständigem Betrieb rund 800 Kilogramm in Stenforde und 820 Kilogramm schweren Oel aus der Teufelsinsel bei Biele, wo sich die meisten Erdölflüsse vereinigt finden. Zur Aufnahme des Rohöls sind insgesamt 38 Tanks vorhanden, die zusammen mehr als eine halbe Million Kubikmeter aufnehmen vermögen. Die Produktion wird ungefähr je zur Hälfte durch die Eisenbahn und auf dem Wasserwege verfrachtet.

Ein Fortschritt des Kommunefortschritts in Norwegen. Das norwegische Storting hat der in Nord Trondhjems Amt gelegenen Bårdals Kommune aus den Mitteln des Invalidenfonds ein Darlehen von 2 400 000 Kronen zum Ankauf eines großen waldbreichen Geländes mit Sägewerken bewilligt. Die Kommune wird die Ausnutzung in eigene Hände übernehmen und unter andern eine Zellulosefabrik anlegen. Der Stortingsbeschluss wurde mit 94 gegen 28 Stimmen gefaßt.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauen und das Wahlrecht.

In einer öffentlichen, vom Deutschen Verband für Frauenstimmrecht einberufenen Versammlung referierte Dr. Breitscheid über „Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Frauen“. Der Saal war nur schwach besetzt, der größte Teil der Anwesenden rekrutierte sich aus den Reihen der Sozialdemokratie. Bestigt auf reiches Lese- und Schreibmaterial unterzog Redner die preußischen, zum Teil geradezu vorhinfallischen Zustände einer herben Kritik. Redner streifte auch das Wahlrecht für Frauen und bezeichnete diese Forderung als eine Kulturfrage. Leider war dies etwas dürftig, wenn man bedenkt, daß Frauen die Versammlung einberufen hatten, in der allerdings das weibliche Element sehr gering vertreten war. Gerade in diesem Punkte hätten wir eine erschöpfende Darstellung gewünscht, sowohl in geschichtlicher als auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, wie es unsere Genossin Jettin in ihren Vorträgen in vorzüglicher und glänzender Weise getan hat. Die Betonung, daß sich der Verband für Frauenstimmrecht in Frankfurt in wärmster Weise für das Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat, genügt allein nicht. Redner wies ferner auf das Zentrum hin, das für das Reichstagswahlrecht für Männer und Frauen theoretisch, aber nicht praktisch eintrete, daß es ja von jeher und auch heute noch auf seine Anhänger von Kanzel und Reichstisch einwirke. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die praktisch für das unbeschränkte Frauenwahl- und Stimmrecht eintrete. Der Preßsinn aber führe das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter schon seit unendlichen Zeiten in seinem Programm, aber praktisch habe er für dasselbe so gut wie nichts getan. (Zwischenrufe: Fischel, Kopsch und Biemer!) Er sei der Krähwinkel Landsturm, und zwischen Wilton hätte er unbedingt das Tischstuch zerschneiden müssen. Aber das freisinnige Programm liege im Glasipinde. „Volls“ versammungen gegen — Eintrittskarten sei alles. (Stärkischer Beifall.) Er, Redner, werde mit seinen Freunden weiterkämpfen, auf die Gefahr hin, rausgejagt zu werden. Die Arbeiter habe die Sozialdemokratie dem Preßsinn schon entrissen, mit den Frauen gehe es ebenso, wenn man nicht dagegen steuere. Redner behandelte noch die Unsinngigkeit des heutigen Wahlrechts und wendete sich gegen die „Sentimentalitätspolitik“, auch die der Sozialdemokratie, die immer weinten: ja, der hat mich vor 10 Jahren einmal beschimpft und der mich auch. . . . Wir sollten von den Junkern lernen. Und wenn der Block auch stören gehe, je eher, je besser. Es sei auch eine Schande, daß der Preßsinn die Straßendemonstrationen verurteile, die in allen Kulturstaaten erlaubt seien, das beweise, daß die Herren von internationalen Gebräuchen nichts verstanden. Wo der Polzeißel weg bleibe, verliefen diese ruhig. Wenn das Wahlrecht für Männer erst erlangt sei, so wäre das eine Etappe auf dem Wege zum Frauenstimmrecht. Dieses solle aber den Frauen nicht als reife Frucht in den Schoß fallen, sondern sie müßten dafür arbeiten. Er kämpfe nicht für Männerrechte, sondern für Menschenrechte! Die Diskussion bewegte sich, abgesehen von den Auslassungen einiger Konfusionsräte, im Sinne des Referats. Ein Herr-Duncker Arbeiter beklagte sich bitter, daß in der „Eintrittskarten-Vollsversammlung“ Arbeiter nicht reden durften. Fräulein Lüders schloß sich dem Referenten an. Unter tosendem Beifall sprachen mehrere Genossen und wiesen unter anderem darauf hin, daß, wenn es den bürgerlichen Frauen erst sei, sie sich ja den sozialistischen Frauen anschließen könnten, die weder für jegliche Gleichberechtigung kämpften. Und das stimmt. Wie viel Interesse übrigens die bürgerlichen Frauen dem Kampfe entgegenbringen, bewies diese Versammlung, die ohne die Anwesenheit der Männer wegen Mangel an Besuch gar nicht hätte eröffnet werden können.

Versammlung der Abgeordneten finnischer sozialdemokratischer Frauenorganisationen in Helsingfors.

Am 9. und 10. Februar tagte in Helsingfors eine Versammlung sozialdemokratischer Frauenorganisationen. Vertreten waren 23 Ortschaften durch 26 Delegierte. Zunächst wurde das kommunale Wahlrecht behandelt. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Die Frauen müssen Versammlungen einberufen und das Volk über die Bedeutung des Kommunalwahlrechts aufklären und die schnellste Erledigung dieser Frage von der Volksvertretung verlangen. Die Frauen haben sich an den allgemeinen Demonstrationsversammlungen zu beteiligen, welche die sozialdemokratische Partei veranstaltet wird.

Der zweite Punkt galt der Einrichtung von Schulklassen. Hier wurde beschlossen, den Gegenstand mit der Eingabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über den allgemeinen Schulzwang zu verbinden und gleichzeitig für die gründliche Neugestaltung des Schulwesens einzutreten. — Als dritter Punkt wurde die Wutterchaftsversicherung behandelt. Die Reichstagsabgeordnete Hilja Pärssinen begründete den Antrag nach folgenden Leitlinien:

1. Mit der allgemeinen Versicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit ist die Wutterchaftsversicherung zu verbinden. Die Mittel sind durch eine progressive Einkommen- und Eigentumssteuer aufzubringen.

2. Die Versicherungssätze soll allen Gebärenden, deren Familien-einkommen auf dem Lande nicht 1500 Fr. und in den Städten nicht 2000 Fr. übersteigen, 6 Wochen vor und 7 Wochen nach der Geburt den mittleren Tageslohn nebst Kosten des Arztes und der Hebamme oder die Kosten der Gebärstube, wo solche vorhanden, ausmachen.

Die Versammlung beschloß dem Reichstags darüber eine Vorlage einzureichen. — Sodann behandelte die Versammlung die Frage der Radarbeit. Beschlossen wurde, das Verbot aller Radarbeit für Frauen zu fordern. — Die Frage der Arbeit- und respektive Stellenvermittlungsbureaus beleuchtete Minna Sillanpää. Man beschloß: jede Kommune soll ein kommunales Arbeitsvermittlungsbureau einrichten, die Privatbetriebsnachweise sind zu verbieten.

Alsdann beriet die Versammlung die Eingabe sozialdemokratischer Frauendelegierten an den Reichstag betreffend „Heim für mittellose uneheliche Mütter und für Waisenkinder.“ Die Versammlung beschloß die Eingabe dahin zu erweitern, daß auch mittellose Witwen Aufnahme finden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorf-Mariensfelde. Mittwoch, den 19. Februar, 8 1/2 Uhr, in Mariensfelde bei Oberichmidt, Berliner Straße: Dessenliche Frauenversammlung, Vortrag, Herr Dr. Finke: „Frauenkrankheiten, ihr Zusammenhang mit Geschlechtskrankheiten“.

Brieg. Donnerstag, den 20. Februar, bei Weniger, Witt, Werder Straße, Ecke Auguststraße: Vortrag, Genosse Prenglow: „Unser Ziel“.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Helene“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bojze, Koblenstraße, 8.
Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abendeilung Sieglitz: Heute abend 8 Uhr, bei Brück, Florastr. 2a.

Karl Klob' Bestattung.

Stuttgart, 16. Februar. (Eig. Ber.)

Ein stürmischer Vorfrühlingstag. Des Morgens noch weichte der Wind den Schnee durchs Stuttgarter Tal. Gegen Mittag brach die Frühlingssonne durchs Gewölk und ließ die weißen Abhänge der Nebenbühl in silbernem Glanze aufleuchten. Da trugen wir unseren toten Vorkämpfer Karl Klob zur letzten Ruhe.

Draußen in der Proletariervorstadt Gieslach, der stolzen roten Hochburg Stuttgarts, war sein Heim. Kurz nach 1 Uhr mittags bezogen die Ordner ihre Posten. Es kamen auch schon die ersten Jäger der Genossen, bezirksweise geordnet. Und dann stiegen die Männer der Arbeit von der fruchtbaren Hochebene um Stuttgart, den Hildern, ins Tal hinab. Stuntenweit kamen sie her, ihrem toten Führer das letzte Geleit zu geben. 3000 organisierte Holzarbeiter Stuttgarts sammelten sich dem Innern der Stadt zu, um die Spitze des Juges zu bilden. Punkt 2 Uhr fuhr der Trauerwagen vor. Die Fahnen-träger vor dem Hause senkten die Fahnen. Zwei Gesangsvereine, „Cassalia“ und „Freiheit“, sangen ein Abschiedslied:

„Ruh aus dem Tal jetzt scheiden,
Wo alles Lust und Klang,
Das ist mein herbstes Leiden,
Mein letzter Gang.“

Dann setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Voran die 3000 organisierten Holzarbeiter Stuttgarts. Es folgten die Träger der ersten und zweiten Fahnen, dann die Kranzträger. 93 Nierenlorbeerkränze mit roten Schleifen wurden dem Sarge vorangebracht. Der Sarg selber war unter Kränzen und Blumen begraben. Die nächsten Angehörigen schlossen sich an. Sodann die Reichstagsdeputation, das Präsidium des Landtages, die Vertreter der Stadtverwaltung, Vertreter der bayerischen und badischen Landtagsfraktion, der Generalkommission der Gewerkschaften, einer Reihe Verbände und Korporationen.

Und dann schwenkten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaften ein, ein unabsehbarer Zug. Viele tausend Arbeitsmänner gaben ihrem Führer das letzte Geleit. In beiden Seiten der Straße standen die Zuschauer, draußen im Arbeiterviertel weniger, da fast alle sich dem Zuge angeschlossen hatten; anders im Innern der Stadt. Wie die Mauern standen die Tausende rechts und links des Weges, Fenster und Balkons waren ebenfalls dicht besetzt. Ueberall achtungsvolles Schweigen. Die Ordner walteten ruhig ihres Amtes. Ihren Befehlen wurde von der Menge sofort und willig entsprochen. Die Schuttmannschaft hatte Anweisung erhalten, die Ordner nach Wunsch und Möglichkeit zu unterstützen.

So bewegte sich der Zug durch die Hauptstraßen der Stadt am Hauptbahnhof nahe dem königlichen Schlosse vorbei dem Pragfriedhof zu. Dort bildeten die Holzarbeiter Spalier. Die Fahnen- und Kranzträger hatten vor und auf der Freitreppe des Krematoriums Posten gefaßt. Wiederum senkten sich die Fahnen, als der Sarg hinauf getragen und auf den Staatsfahne gesetzt wurde. Die Angehörigen und Deputationen gruppierten sich um den Sarg. Alsdann nahm der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes

Genosse Theodor Leipart

das Wort. In tiefer Bewegung führte er etwa aus: „Wer noch daran gezweifelt, daß wir einen großen Toten hier bestatten, den hat die heutige Anteilnahme des Volkes an dem Leichenbegängnis es gewiß bewiesen. Und wenn ich als erster hier die traurige Pflicht erfüllen soll, dem teuren Verstorbenen den Nachruf zu sprechen, so glaube ich berechtigt zu sein, in erster Linie im Namen all' der Tausende, die ihm soeben auf dem letzten Gang hierher voll Schmerz und Trauer das Geleit gegeben, auszusprechen, daß sie alle ihn aufrichtig geliebt haben wie einen guten Vater, daß sie in großer Verehrung zu ihm aufgeblickt haben als zu ihrem treuen Führer, der stets sein Leben mutig in die Schanze geschlagen hat für das Wohl des arbeitenden Volkes.“

Im besonderen aber spreche ich im Namen der 150 000 Holzarbeiter in den 1000 Städten des Deutschen Reiches, die als Mitglieder dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören, und die in Karl Klob den Besten aus ihrer Mitte verloren haben. Karl Klob war der Gründer des Verbandes, er hat den Deutschen Tischlerverband, den Vorläufer des jetzigen Holzarbeiterverbandes, ins Leben gerufen, und er war vom Tage der Gründung, dem 1. Januar 1884 ununterbrochen unser erster Vorsitzender. Nicht allein durch sein außerordentliches Organisationsstalent und seinen großen Pflichteifer, sondern in hohem Maße auch durch seinen prächtigen Charakter, durch sein freundliches, kollegiales Wesen hat er sich von jeher in solchem Maße das Vertrauen, die Achtung und die Anhänglichkeit aller Kollegen in ganz Deutschland erworben, daß die Teilnahme und die Trauer heute eine allgemeine ist. Aus allen Teilen des Reiches sind teilnehmende Freunde und Kampfgenossen herbeigeeilt. Fast unzählbar sind die telegraphischen und brieflichen Rundgebungen der Trauer, aus dem deutschen Verbands nicht nur, sondern auch aus dem Auslande.“

Der Redner zeichnete sodann in kurzen markigen Strichen ein Bild des Lebens und Wirkens des Toten. „Wie schön klingen die Worte, die Karl Klob in seiner Schlussrede am 2. Februar auf dem Gantage in Hannover gesprochen: Kollegen, arbeitet tüchtig weiter. Wir werden uns zwar kaum wiedersehen, denn ich bin alt und morisch; man weiß nicht, was der nächste Tag bringt. Aber auf die Schanzen, solange das Leben pulsiert!“ Die letzten Arbeiten des Verstorbenen führte der Redner kurz an. Er schloß mit den Worten: „Und dann ist er zuletzt vor 14 Tagen nochmals auf die Reise nach Norddeutschland gegangen, von der er lebend nicht zurückkehren sollte. Als Kämpfer für seine Ideale ist

Karl Klob mitten im Dienst für die Arbeiterbewegung vom Tod ereilt worden — fern von der Heimat, fern von seiner Familie, von seinen Kindern. Er hat in seinem Leben nur zu häufig die Familie zurückstellen müssen vor den Aufgaben und Pflichten, die seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ihm auferlegte. Namentlich in den ersten Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit, als er noch in der Werkstatt sein Brot verdiente, hat er sich und seiner vor ihm verstorbenen Gattin große Opfer zugemutet. Ich erfülle deshalb nur ein Gebot der Pflicht, wenn ich an dieser Stelle auch den teuren Familienangehörigen unseres verstorbenen Führers im Namen der deutschen Holzarbeiter aufrichtigen Dank sage für ihren Anteil an den großen Verdiensten, deren ihr Vater sich rühmen kann. Den größten Dank aber dir selber, du toter Freund! Wie heute noch, über 30 Jahre nach seinem Tode, der Name Theodor Jork's, des Gründers der ersten Holzarbeitergewerkschaft, in der Arbeiterwelt leuchtet und von jedem Genossen mit Ehrfurcht und Liebe genannt wird, so wird auch dein Name, Karl Klob, und dein Wirken unvergessen bleiben!“

Nachdem Leipart geschlossen, trat

Genosse Reichstagsabg. H. Dietz

an die Bahre, um im Namen des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem toten Kämpfer ein Abschiedswort zu widmen. „Mit raschem Griff hat der Abbezwinger Tod wieder einen Vorkämpfer aus unserer Mitte geholt, der zum Rat der Alten gehörte. Wir haben es mit einem jener seltenen Menschen zu tun, dessen Leben kristallklar vor uns liegt. Kein war sein Streben wie sein Weg, den er nunmehr vollendet hat. Er hat uns alle zur unaussprechlichen Dankbarkeit verpflichtet. Wer den politischen Kampf mit all seinen verbitternden Seiten kennt, der muß voller Hochachtung unseres Toten gedenken, der unbekümmert um Haß und Verfolgungen die von ihm als richtig erkannte Bahn verfolgte, auf der ihm vergönnt war, große Erfolge zu erringen. Ist es mir doch, als höre ich noch heute Klob die Worte reden: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not, Elend und Unterdrückung muß das Werk der Arbeiter selbst sein! An diesem im Jahre 1881 in einer kleinen Schreinerversammlung gesprochenen Wort hat unser verstorbener Genosse unentwegt festgehalten. Seine Tätigkeit in der sozialdemokratischen Partei begann Klob unter dem Sozialistengesetz in den achtziger Jahren; er stand sehr bald in den vorderen Reihen. Die Folge war, daß er als der geeignetste Kandidat befunden wurde, der von der sozialdemokratischen Partei im 1. württembergischen Reichstagswahlkreise aufzustellen sei. Im Jahre 1890 kam Klob bereits in die Stichwahl, 1898 errang er den Sieg.“

Das Schwergewicht von Klob' politischer Arbeit liegt in seiner Tätigkeit im Gemeinderat, dem er seit 1892 angehörte, erst als Mitglied des Bürgerausschusses, dann als Gemeinderat. Das gleiche gilt von seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter. In beiden Körperschaften hat Klob segensreich für die Arbeiterklasse gewirkt. Viele kommunale Einrichtungen und Landesgesetze tragen deutliche Spuren seiner Mitarbeit. Wer an der Bedeutung Klob' zweifelte, den muß der heutige, für uns so traurige Tag eines Besseren belehren. Nicht nur seine engeren Kampfgenossen erweisen ihm heute die letzte Ehre, mehr noch, das Volk in unabsehbaren Scharen begleitet den geliebten Führer auf seinem letzten Weg und erweist ihm dadurch eine Anhänglichkeit, die freiwillig seinem Fürsten zuteil wird. — Der politischen Tätigkeit Klob' ist es auch zuzuschreiben, daß die innere Politik in Württemberg eine andere, bessere geworden ist. Als wir vor einigen 20 Jahren Dull auf seinem letzten Wege begleiteten, da war zum Schutze der Bürgerschaft das Militär in den Kasernen konfiguriert, ein Vorgehen, das heute nur ein Rächeln aller verständigen Leute hervorrufen wird. — Man versteht es, wenn Klob in der letzten Zeit seines Lebens manchmal sagte: er müsse sich bald schämen, aus Preußen zu stammen. Das macht eben der gewaltige Unterschied zwischen dem deutschen Norden und Süden. Hier im Süden durch das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht eine friedliche Entwicklung, alles dem geistigen Kampfe überlassen, im Norden dagegen vollste Verstandnislosigkeit für das Streben der Massen nach Gleichberechtigung. . . . Klob' politische Handlungen, die man ausnahmslos mit denen der sozialdemokratischen Partei identifizieren kann, sind stets dem Fortschritt und der friedlichen Entwicklung der Verhältnisse gewidmet gewesen. — Aber auch in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages galt sein Wort viel, sie danken dem Verstorbenen für die außerordentlich wertvollen Dienste, die er ihnen geleistet hat. Sein politisches Wirken ist — wie sein gewerkschaftliches — nicht vergebens gewesen. Wächtig ist die sozialdemokratische Partei aufgebüht, dem Verstorbenen zum Ruhme, denn die Aufgabe, die sich Klob gestellt hat, daß nämlich die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not, Elend und Unterdrückung das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse, ist durch seine Tätigkeit um ein gut Teil der Erfüllung näher gerückt. Wächtig die Jungen vollenden, was die Alten begonnen haben.“

Kammerpräsident v. Bayer

nahm nunmehr das Wort, den Toten zu ehren: „Es ist jetzt dreizehn Jahre, daß der Mann, dessen Scheiden wir heute beklagen, als Vertreter der „guten Stadt“ Stuttgart in unsere Reihen eintrat. Ein Bild auf die Liste der Kommissionen, denen er angehörte, beweist, wie hoch wir seine Mitarbeiterschaft geschätzt haben. Es waren schwierige Verhältnisse, unter denen seinerzeit der Verstorbene bei uns seine parlamentarische Tätigkeit aufnahm. Die Einführung neuer Parteien in das Parlament vollzieht sich nicht glatt. Auch das Zusammenarbeiten will erst gelehrt sein. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben war wohl niemand so

geeignet wie vermöge seiner ganzen Persönlichkeit der Kollege Klob. Ruhe, Besonnenheit, strenge Sachlichkeit und Zuverlässigkeit haben ihn stets ausgezeichnet. Bescheiden und doch fest, seiner ganzen Veranlagung nach auf das Praktische hingewiesen und dabei doch nie die großen Ziele aus dem Auge verlierend, klug und maßvoll hat er es verstanden, in einer ganz kurzen Zeit sich in unserem Kreise eine sehr respektable Stellung zu verschaffen. . . . Nichts lag ihm ferner als die Absicht, durch rhetorische Effekte zu glänzen. Und eben darum waren die nicht häufigen und stets möglichst knapp zusammengefaßten Reden so überaus wirkungsvoll. Die Zusammenarbeit mit ihm wurde außerordentlich erleichtert und in der Tat verdient durch die freundliche und verständliche Art, die wir alle so hoch geschätzt haben. Darum empfinden auch wir alle ohne irgend welche Rücksicht auf unseren Parteistandpunkt sein Scheiden als einen Verlust. Wir werden ihn in unserem Hause stets als treuen Kollegen, der sich ein Verdienst für uns erworben, ein ehrenvolles Andenken bewahren.“

Oberbürgermeister v. Gauß feierte in längerer, überaus herzlicher Rede die Verdienste unseres Genossen um die Verwaltung der Stadt.

Im Namen der Wähler des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand-Stuttgart, für den Ausschuß des Holzarbeiterverbandes Schmidt-Berlin, Genosse Tauscher für die Landtagsfraktion, Genosse Dietrich für unsere Gemeindevorsteher, Genosse Legien für die Generalkommission der Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen von Bayern und Baden ließen dem Toten ihre letzten Grüße entbieten. Und dann folgten die Vertreter der Vereine und sonstiger Korporationen. Kranz häufte sich auf Kranz. — Unter dem Gesänge: „Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben!“ senkte sich der Sarg zur Einäscherung in die Tiefe. Die Abgesandten und die Masse des Volkes verließen tiefbewegt den Friedhof.

Aus der Partei.

Die Mandate des Genossen Klob. Wie berichtet, wird für unseren verstorbenen Genossen Klob der zweite Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Genosse Reichel in den württembergischen Landtag eintraten. Von den Ersatzmännern für die sozialdemokratischen Proporzmandate Stuttgarts erreichte Genosse Reichel die höchste Stimmzahl. Nun sind noch Ersatzmänner der Gewerkschafter der Vuchbruder Karl Anie und Gemeinderat Vossert. Das Gemeinderatsmandat des Genossen Klob bleibt jedoch, entgegen der ersten Meinung, bis zur nächsten Gemeinderatswahl Ende 1909 unvertreten. Die neue Gemeindeordnung weist in dieser Beziehung eine Milderung auf. Das Wahlamt ist der Meinung, daß die Ersatzleute für die jüngst gewählten Gemeinderäte für das Mandat des Genossen Klob, der noch unter dem alten Recht den Sitz eroberte, nicht in Betracht kämen. Dabei ist aber bereits für einen unteren alten Recht gewählten und verstorbenen Gemeinderat ein Vertreter für den Rest der Amtszeit durch Proporzwahl in den Gemeinderat berufen worden.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Kottbus-Spremberg hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 bei einem Kasernenbestand von 299,7 M. eine Einnahme von 2558,22 M. (darunter 700 M. Zufuß von der Agitationskommission). Die Ausgabe betrug 1267,24 M. der Kasernenbestand 1290,98 M. Die Mitgliederzahl stieg um 54. Als Reichstagskandidat wurde auf neue der bisherige Kandidat, Genosse Dr. Alfred Bernstein-Berlin, aufgestellt.

Personalien. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ zu Hof teilt unterm 17. Februar mit:

In gestriger Sitzung der betreffenden Instanzen wurde als Redakteur für den auscheidenden Genossen Gohler Genosse Bürgermeister Wilhelmshaven gewählt. Genosse V. trat vor einigen Monaten von der liberalen Partei zur Sozialdemokratie über.“

Einige Monate ist also die Parteizugehörigkeit des Genossen Bürgermeister alt und schon wird er zum Redakteur eines Parteiblattes berufen! Wir wünschen dem jungen Genossen alles Gute, können aber doch nicht umhin, das Verfahren der Hofer Prek-kommission etwas bedenklich zu finden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein forgiertes Urteil. Vom Potsdamer Schöffengericht war vor einiger Zeit der Genosse Berner von der „Brandenburger Zeitung“ zu der horrenden Strafe von 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Herausgeber, Drucker und Redakteur des „Kehiner Anzeigers“, einen gewissen Lamprecht, beleidigt haben soll. Die „Beleidigungen“ bestanden in scharfen Zurückweisungen reichsverbändlerischer Verleumdungen der Sozialdemokratie. Eine Widerlage Berners gegen Lamprecht war abgewiesen worden. Die Verurteilungskammer des Potsdamer Landgerichts hat das Urteil des Schöffengerichts aufheben und anerkennen müssen, daß Redakteure an „Ordnungsblättern“ Sozialdemokraten doch nicht völlig ungestraft beschimpfen dürfen. Die Strafe für Genossen Berner wurde auf 150 Mark herabgesetzt und Lamprecht zu 30 M. Geldstrafe und einem Viertel der Kosten verurteilt.

Strafents der Presse. Wegen Beleidigung eines Fabrikanten wurde Genosse Steinlapp vom „Volksblatt“ für Bochum zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Agitators Freuden. Wegen angeblicher Aufreizung ist der Genosse Karl Görlitz-Hamburg zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der „Sünder“ hat die Strafe in Gladstadt angetreten und wird sie hoffentlich gut überstehen. Das strafwürdige Verbrechen soll er in einer Versammlungsrede begangen haben.

Eingegangene Druckschriften.

Otto Meurers Vorträge. Nr. 188: Wo haste Dein Verwehen? Nr. 189: Das dank ich dir, mein teures Vaterland! Nr. 190: Ich bin ein Optimist! Nr. 191: Du grabe mich! Nr. 192: Ich mache Sie das noch einmal! Nr. 193: Streit-Couplet. Text und Noten jede Nummer 1,50 M. Verlag G. Danner, Rühlhausen i. Th. Kernfragen christlicher Welt- und Lebensanschauung von Dr. H. Mansbach. 1. Teil. 1,20 M. — Soziale Tagesfragen. Teil 2: Bildungsfragen für das weibliche Geschlecht. Von Elisabeth Stöckel. 60 S. — Teil 3: Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine. Von Dr. L. Pieper. 60 S. Volksovereins-Verlag, N.-Gladbach.

Wie schützt man sich gegen Influenza?

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um erfolgreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bakterien aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herzstätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Donnerstag, den 20. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Allg. Metallarbeiter-Versammlung
in Boelers Festsaal, Weberstraße 17.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Diskussion über das Thema:
Was lehren uns die letzten Vorgänge im Allgemeinen Metallarbeiter-Verband?

Kollegen! Die Versammlung, die am 16. dieses Monats bei Keller, Köpenickerstraße, sich mit obigem Thema beschäftigte, wurde verlegt, und gilt die neue Versammlung als Fortsetzung.
Bis jetzt haben vier Mitglieder des Allgemeinen Verbandes gesprochen und sind dabei so interessante Mitteilungen gemacht, daß es zur Klärung der ganzen Angelegenheit beiträgt, wenn auch noch die übrigen als Redner eingetragenen Mitglieder des Allgemeinen Verbandes zum Wort kommen.
Wir ersuchen alle interessierten Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 20. Februar 1908, abends 8 Uhr:
Versammlung
aller in den Schleifereien beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen

im Saale der Urania, Wrangelstr. 11, am Mariannenplatz.
Tages-Ordnung:
1. Welche gesundheitlichen Schäden entstehen für die Arbeiter durch Ausübung des Schleiferberufes. — Welche Forderungen stellen wir an die Gesetzgebung? Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Severing.
2. Diskussion.
Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 20. Februar 1908, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für
Friedrichshagen
im Lokal „Gesellschaftshaus“, Friedrichstraße.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen E. Seilmann: Koalitionsrecht und Rechtssprechung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Vereine! Achtung! Gewerkschaften!
Neue Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.
Fernsprecher IV. 10 155.
Der große Saal ist am 1. Osterfeiertag frei geworden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer (früher Keller), Koppenstr. 29:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Diskussion. 3. Streik und Differenzen. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!
Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!
Vom Donnerstag, den 20. d. M., vorm. 10 Uhr ab wird die Arbeitsvermittlung nur noch während der Zeit von 10—12 Uhr, in der Rüdigerstr. 9, rechter Eingang, 4 Treppen, im eigenen Raum vorgenommen.
Anfragen ist einzustellen, weil die Arbeitgeber versprochen haben, nur noch durch den Nachweis Kräfte in Arbeit zu nehmen.
Das Verbandsbüro ist von jetzt ab bloß des Nachmittags von 3—7 Uhr geöffnet, während alle Arbeitslosenangelegenheiten im Nachweis ihre Erledigung finden, ohne daß vorige Meldung im Verbandsbüro nötig ist.
Die Ortsverwaltung
des Zentralverbandes der Stukkateure, Filiale Berlin.

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur **3 Pf.**
per Stück!

Bahnärztliche Klinik
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 153 I, gegenüber Barenhaus Sandorf.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben m. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Anhaber Willi Ernst)
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5002.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Besitzer dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Spottbillig!!
Land- u. Waldparzellen,
wunderbar gelegen, nahe Bahnhof
Fredersdorf (Ordnung)
R von 7 Mark an.
Nieschalke & Nitsche,
Rene Königsstr. 16.

Bekanntmachung.
Aus der Konkursmasse der bekannten Weingroßhandlung Toerner & Michaelis Nachf. habe ich die gesamten Weinbestände, auch das Lombardlager, welches im ganzen über 50 000 Flaschen waren, erworben und offeriere vorzügliche, reelle Weine zu ganz enorm billigen Preisen und empfehle, diese günstige Gelegenheit recht bald wahrzunehmen.

Rotwein	Moselwein
Medoc 60 Pf.	Trabener 55 Pf.
Medoc Estépha 65 "	Erdener 60 "
St. Emilion 70 "	Trittonheimer 70 "
Pontet Canet 80 "	Pisportier 80 "
Medoc Margaux 85 "	Zeltinger 80 "

Rheinwein	Dessertwein
Laubenheimer 60 Pf.	Portwein 80 Pf.
Bahnheimer 70 "	Ungarwein 80 "
Forster 80 "	Sherry 90 "
Geisenheimer 85 "	Madeira 90 "
Hochheimer 100 "	Samos 90 "

Champagner
in Deutschl. a. Flaschen gefüllt
Kaisersekt inkl. Steuer 1,50 M.
Lorraine 1,75 "
Meunier & Co., Châtel
inkl. Steuern . . . 2,50 "
Excellenz v. Strauß . . 2,50 "
Gebr. Feist & Söhne . 2,85 "

Rum und Arac sowie Liköre von 1,00 M. an.
Die Preise verstehen sich inkl. Flaschen und Steuern von 10 Flaschen ab franko Haus in Berlin; außerhalb frei zur Bahn. Reichhaltiges Lager und Preisverhältnis kostenlos. Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet. Nichtkonvenientes wird auf meine Kosten zurückgenommen, daher risikolos.
Bestellungen sind zu richten an
Fernsprecher III a 8192.
E. von Mlotzki, Weingroßhandlung,
Berlin, August-Straße 60.

Inventur-Extrapreise
Nur einmal jährlich im
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Vitrage, Tüll-
Bettedecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Meritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 3—4.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Leppische mit Gardenschlern Fabrik, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. +1
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. +1
Stevvedecken billig! Febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Nähmaschinen. Bergüte bis 20,00 mit Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Drauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 29702*
Leppische! (Jedlerhals) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischer Brunn. Gadeiser Markt 4, Babuini Böde. 264/11*
Zerferthähne und Weiden verkauft Reinschmittenstr. 12, III links. *
Wegenehrerstände: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Taschen, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Spottbillig. Jude, Oranienstraße 131.
Kleinfächer, Operngläser, Feilzeuge, Regulatoren, Freilichtwagen, Paronnikas, Weigen, Kistern, Bilder, Leppische, Spottbillig. Jude, Oranienstraße 131. 1886*
Umzugs halber verkaufe viele Einrichtungen billig: Kuchenschleifer, Aufschleifer 28 Mark, Ausziehisch 17, Kommode, Waschtoilette 20, Stühle 3, Kuchenschleifer mit Waage und Reisschäl 30, Aufschleifer 12, Säulenarmeeu 30, Banchelofen, Büchschrank, Kuchenschleifer, Aufschleifer, Schloß 35, moderne Küchenschleifer, jede auch auf Teilzahlung, Transport frei, Staßschreiberstraße 7, vorm im Keller, eine Minute vom Reichplatz.
Waschkronen, Petroleumlampen ohne Anzählung, Woche 1,00. Louis Bödiger (selbst): Vorlagenerstraße 39 (Bahnenverbindung Barthaerstraße), Reinholdstraße 116, Schönhauser Allee 50, Potsdamerstraße 81, Altdorf, starrer Friedrichstraße 247.
Winterpaletots, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Silbergeschmuck Spottbillig Wandleibhaus, Köpenickerplatz 7. 528*
Verantwortlicher Redakteur Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stevvedecken Spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29938*
Möbel, Köpenickerstraße 107. Große Partien praktischer Möbel Spottbillig, darunter Vertikals, Kleiderstühle, Schreibtische, Trumeaus, Tischenselbst, Ruhebetten, Büffete, Tische, Stühle, Beistellen, Waschtoilette, Spiegelstühle. Günstige Kaufgelegenheit für Familien, Pensionate, Verlobte. Verkaufzeit 9—7. Vitruv.
Metallarbeiten, hochmoderne, Spottbillig, Ritterstraße 112 II. 106/9*
10,00, Deckbett, Unterbett, Rissen, rotrosa Anleil. Wandleibe Andreasstraße 28. 20698*
Eau de Cologne, zwei Deckbetten, zwei Stühlen, zwei Stühle 18,00, große Tafel 1,00, Wandleibe Andreasstraße 28. 20798*
Wanderdeckbett, Unterbett, zwei Rissen 27,00. Wandleibe Andreasstraße 28. Fahrzeit wird vergütet. *
Wettfebern, Wäscheabwäger, sehr vollständig, ist die beste Bettensüllung. Schönhauser Allee 57, Gefäßhandlung, Polmann. 448*
Einwillkürliche Steppdecken 1,5 (Seidenwolle), Wolllas-Steppdecken 3,85. Inventur u. Ausnahmepreise. Leppischer Emil Leppere, Oranienstraße 158. 10688*
Leppischer Leppere, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraillie gratis. 10988*
Einoliensteppische, Einolienmestre, Wäscheabwäger, Gummiabwäger Spottbillig, Jonas, Josephstraße 11 eine Treppe.
Monatsausgabe und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Westrockausgabe von 12,00, Brads von 2,50, sowie für tollevalente Figuren Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Wandleiben verarbeitete Sachen kauft man am billigsten bei Kay, Altesdammstraße 14. 1545*
Winterpaletots, Monatsausgabe, weniggetragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugswolle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hächter, nur Köpenickerstraße 10. 205/16*

Vittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Barthaerstraße 67, Ritterstraße 111. 1906
Speisezimmer mit Bierstisch und selbständigem Gasofen, komplett 725, Herenzimmer mit freistehendem Schreibtisch 600, Salon, komplett 550, Schlafzimmer mit dreiteiligem Schrank, schwere Arbeit, geschmückt, Stahlboden, komplett 550, Köchingerstraße 26, Aufbahrungspfeiler. *
Wegen Feuergefahr muß ich verschiedene Kuchenzimmer räumen, darum verkaufe Möbel bis 1. März 30 Prozent billiger. Einzelne Einrichtungen 200, 250, bessere 300, 350, 400—15 000 Mark. Herrschaftliche Wohnungs-Einrichtungen, wie Speisezimmer, eichene, komplett 700 Mark. Herenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gaststube, Antikeneinrichtung, Schreibtische, Büffete, Tischstühle, Säulenarmeeu, Lederstühle, Beistellen, moderne Küchen. Aufbahrung bis zur Abnahme kostenlos in extra tragende Speizer. Geöffnet von 8—9, Sonntags 8—2. Bei sofortiger Rasse noch extra 2 Prozent! Köchingerstraße 26, Hof, Speizerstr. 1565*
Herberzähle Herenzähle, Herenzähle, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis! 2—4 geschlossen. Sonntagsoverlauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. 293/9*
Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig. Beschäftigung erbeten. Kaufmann-Allee 58. 2078*
Lauben-Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Rankholz, Bretter, Latten, Balken, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billig! Jansenstraße 3 (am Hermannplatz). *
Benzinmotor, 3 Herbestärken, verkauft billig Paul Raaf, Sprengelstraße 20 I. +118
Geschäftsverkäufe.
Wägeschäff, gute Craften, 5 Paß, veräußert. Zu erfragen Expedition, Altdorfstraße 3, 748
Geschäftsverrichtung nebst Waage sofort billig zu verkaufen, Friedrichstraße 26, Grüntrampelschiff.

Entgehendes Milch- und Kolonialwarengeschäft mit Ware, umständehalber billig veräußert Ober-Schönemelde, Beldingstraße 7. 1575*
Restauration verkauft billig sofort oder ultimo März Rigdorf, Weiserstraße 55. +113
Gebäude billig zu verkaufen. 1500 Miete, 24 Hektoliter. Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 216, IV.
Volksfänger-Gesellschaft Schmelzer, Ettienerstraße 57. 175
Kocher, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwarz. 1335*
Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Volkmann u. Co., Gieselerstraße 21, Amt 3, 4375. 1458*
Varentausch Weid, Gieselerstraße 21a. 25558*
Verstärker der Müllerstraße bederricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache treue Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Rustkammer von Frau Stofsky Charlottenburg, Gieselerstraße 84, I. *
Bereinszimmer von 20 bis 100 Personen zu vergeben. Köpenickerstraße 11/12. 244/2*
Wandleibe Markstraße 27 a. *
Wäcker kauft, beilich Antiquariat Kochstraße 56. 28408*
Wäcker, alte, Verla und ganze Bibliotheken kauft Weher, Oranienstraße 138. 1365*
Wittigsteisch! Mit Getränken 0,50, Drei Gerichte, Auswahl. Köpenickerstraße 16. 244/7
Vroide von Weid bis Weid, Straße verloren. Abzugeben gegen hohen Rücklohn. Jüdel, Weidstraße 21. +102
Streichhölzer zu kaufen gesucht Friedrichshagen, Seestraße 51, Karow.

Vermietungen.
Wohnungen.
Zwei Stuben, Küche, Vorderhaus, 34 und 42 Mark zu vermieten. Charlottenburg, Schillerstraße 94. +100*
Wohnungen, billige, Ballon, Doppelzimmer, Gas ufm., zwei Zimmer, Küche (Bad), von 35 Mark an, ein Zimmer, Küche, Ballon, von 19 Mark an. Kolonnenstraße 30—31, Soldinerstraße 67—69. 358*
Schlafstellen.
Saubere Schlafstelle, 2 Herren, Kochamstraße 21, vorm III, Koppe.
Saubere Schlafstelle bei Witwe Scholz, Rigdorf, Friedelstraße 44a, Hof parterre rechts. +113
Schlafstelle für 2 in Weidingerstraße 33, Frau Kirck. +88
Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Goersch, Bernauerstraße 45, I, Eingang Köpenickerstraße. +105
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Emballierer bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. K. Böder, Pulostr. 27. 14682
Stellenangebote.
Wamiell auf Staudmühl und Paletots verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16. 110/2
Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Tüchtigem Schlosser
bietet sich günstige Gelegenheit zur Gründung einer Werkstatt durch Beteiligung oder Übernahme einer bestehenden Schlosserei. Einverleiblich 3—5000 M. Offerten unter G. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
Fritz Hufe, Wauerstr. 89.
H. Gohlich, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
H. Wenzel, Altdorfstraße 3.
H. Vogel, Koppenstr. 63.
Nordosten:
P. Just, Annamüllersstr. 12.
J. Reinl, Dammstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Ritterstr. 36.
F. Trapp, Gieselerstr. 10.
Karl Mars, Engestr. 123.
Karl Weid, Kogenerstr. 49.
P. Debus, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Koppenstr. 63.
H. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
W. Schroke, Gieselerstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Gieselerstr. 72.
G. Schröder, Gieselerstr. 27.
Süden:
St. Fris, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Langer Platz 14/15.
G. Gohlich, Engel-Aller 15.
Charlottenburg:
G. Schürner, Seidenmaierstr. 1.
Friedrichshagen:
C. Zeitel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
W. Deinitz, Redakt. 7.
Conrad, Bernauerstr. 50.
Kammelsburg:
H. Kofenanz, Altdorfstr. 56.
Schöneberg:
W. Baumier, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
R. Fahrman, Seidauerstr. 105.
Jul. Schiller, Köpenickerstr. 39a.
Reinickendorf:
P. Gohlich, Weidingerstr. 10.
Grunewald:
H. Gramenz, Kleefeldstr. 412.
Tropow: 245/2*
H. Gramenz, Kleefeldstr. 412.
Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vom Stadthaushaltsetat für das Jahr 1908.

Der Magistrat hat den Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1908 endlich zustande gebracht und legt ihn jetzt der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Ersuchen um Zustimmung vor.

Der Stadthaushaltsetat für 1908 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit rund 159 Millionen Mark. An dem erwarteten Einnahmebetrag sind beteiligt die ordentlichen Einnahmen mit reichlich 141 1/2 Millionen, die außerordentlichen mit etwa 17 1/2 Millionen.

Für die Verwaltungen, die Zuschuß erfordern, sind diesmal 118 Millionen Mark Zuschüsse in den Etat eingestellt worden, 6 1/2 Millionen mehr als im vorigen Jahre. Die Verwaltungen, die Ueberschuß bringen, müssen diese 118 Millionen herauswirtschaften.

Weitere Einnahmequellen hat die Stadt Berlin nicht, mithin muß sie die 78 Millionen aus der Tasche der Steuerzahler herausholen. Die Steuerverwaltung rechnet diesmal auf etwa 38 1/2 Millionen aus der Einkommensteuer, wieder 4 Millionen mehr als im Vorjahr, auf 24 Millionen aus der Grundsteuer, etwa 1 Million mehr als im Vorjahr, auf 11 1/2 Millionen aus der Gewerbesteuer, etwa 1/2 Million weniger als im Vorjahr, auf 3 1/2 Millionen aus der Umsatzsteuer, 1 1/2 Millionen weniger als im Vorjahr.

Die Steuererträge bleiben die alten: 100 Proz. Einkommensteuer, 150 Proz. Gewerbe- und Grundsteuer. Um über diese Höhe nicht hinauszugehen zu müssen, hat der Magistrat in seinem Etatentwurf die Ausgaben mit der gewohnten „Vorsicht“ bemessen, und vor allem sind der Bauverwaltung ein paar Millionen weggeschrien worden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Am Sonnabend, den 22. Februar er., findet im Lokal von E. Bodrich (Germania-Säle), Charlottenburg, Sverrestraße, ein Rodenball des Theater- und Vergnügungsvereins „Sicher wie Gold“ statt. Genannter Verein bezeichnet sich als Mitglied des Arbeiter-Theaterbundes.

Wilmersdorf. Den Parteigenossen hierdurch zur Kenntnisnahme, daß Formulare zwecks Aufnahme in den preussischen Staatsverband außer in der Parteipublikation, Berliner Straße 46, auch bei den Genossen Schäfer, Hildegardestr. 17, und Hinrichsen, Schaperstr. 31, unentgeltlich an Interessenten verabfolgt werden.

Auch sind die genannten Genossen gern bereit, eventuell die Ausfüllung und Beforgung der betreffenden Formulare zu übernehmen.

Wichtig eines jeden Parteigenossen ist es, falls er Nichtpreuße ist und das 24. Jahr überschritten hat, die Aufnahme in den preussischen Staatsverband für seine Person zu veranlassen.

Schmargendorf. Morgen Donnerstag und eventuell Freitag findet vom „Wirtshaus“ aus eine Flugblattverbreitung im Ort statt, zu der die Genossen erucht werden, daran teilzunehmen.

Schmargendorf. Morgen Donnerstag und eventuell Freitag findet vom „Wirtshaus“ aus eine Flugblattverbreitung im Ort statt, zu der die Genossen erucht werden, daran teilzunehmen.

Berliner Nachrichten.

Das Sommerhalbjahr der städtischen Kochschule in der Dunderstraße 65/66 beginnt am Mittwoch, den 1. April, und schließt am Mittwoch, den 30. September. Der Unterricht findet wöchentlich an zwei Vormittagen von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr statt.

Die kändige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie bringt das Folgende zur Kenntnis:

Der berüchtigte Ausstellungsbote Verrzi, der durch seine Nachschaffungen bereits eine große Zahl von Gewerbetreibenden erheblich geschädigt hat und vor dem wiederholt öffentlich, so durch den preussischen Ministerialerlaß vom 2. Februar 1908, gewarnt worden ist, treibt — zum Teil unter Pseudonymen — auch weiter sein Unwesen.

Ein früherer Angestellter des Verrzi namens Fest in Brüssel, verächtlich soeben an deutsche Firmen Einladungen zur Beteiligung an Internationalen Ausstellungen, die in Genua im April, in Paris im April/Mai, in Brüssel im August/Oktober d. J. stattfinden sollen.

Dieses Verfahren deutet sich durchaus mit dem Rebaillen-schwindel, auf den der oben erwähnte preussische Ministerialerlaß mit dem ausdrücklichen Ersuchen aufmerksam gemacht hat, die gewerbetreibenden Kreise vor der gewerblichen Verwertung derartiger Ausstellungsmedaillen zu warnen, die sie der Gefahr aussetzen würde, auf Grund des Geschehes über den unlauteren Wettbewerb verfolgt zu werden.

Ueber Mißstände in der Berliner Pflanzschulung wurde Montag abend von einer öffentlichen Versammlung der Berliner Innungen in den Konradia-Festhallen lebhaft Beschwerte geführt. Einberufen war der Berliner Innungsausschuß. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, dem Magistrat folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Jedes Gewerbe wählt eine Kommission, die gemeinsam mit den Schulmännern über die Fragen des Unterrichts beraten soll.

Gegen die Verlegung des Unterrichts in noch späteren Abendstunden als bisher muß entschieden Einspruch erhoben werden im Interesse eines wirksamen Schulunterrichts.

In der Kasse Wuhlgarten soll es der „Volks-Zeitung“ zufolge zwischen den Pflegern und der Verwaltung zu Differenzen gekommen sein. Der Grund lag in der mangelhaften Beschaffenheit des gelieferten Essens. Nach der Versicherung der Direktion, daß es in Zukunft besser werden sollte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Auch über das den Kranken gelieferte Essen wird schon lange Klage geführt.

Tageordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 20. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten. Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend unzureichende Wasserversorgung in den verschiedenen Stadtteilen.

Das Brot liegt auf der Straße. Gestern früh gegen 5 Uhr raste in der Rodenstraße eine Motorbrosche dahin. Vor dem Hause Nr. 100 stieß dieselbe mit einem Väderhandwagen der Firma Specht, Putzamerstraße 20, zusammen, wobei dieser umschlug und sämtliche Ladungen in weitem Bogen auf den schmutzigen Straßenrand rollten.

Der Tod im Kahl. Im städtischen Obdach in der Fröbelsstraße ist gestern ein unbekannter Kahlst mit Tod übertrast worden. Es handelt sich um einen etwa 65 Jahre alten Mann, der in dem Augenblick, als er sich im Ankleideraum seiner Kleider entledigte, zusammenbrach und auf der Stelle tot war.

Reiche Beute machte eine Einbrecherbande, die in der letzten Nacht in die Fleischerei von Garjontsewicz einbrach. Die Diebe gaben sich den Anschein, als seien sie Angestellte des Geschäftes, und nachdem sie die Ladentür mittels Nachschlüssels geöffnet hatten, schleppten sie in aller Ruhe große Posten Fleisch auf die Straße hinaus.

Zum Friedberg-Kraus ist zu melden, daß der Kriminalkommissar Müller sich wahrscheinlich in eine Pensionsanstalt begeben wird. In Freiheit gesetzt wurde außer dem Rechtsanwält Caro von dem Untersuchungsrichter auch die Mutter und Tochter Scheibal. Die Verhaftung wurde durch den Kriminalkommissar Müller auf Grund ausreichenden Belastungsmaterials vorgenommen, ob mit der

Entlassung aus der Untersuchungshaft das Verfahren gegen die Freigelassenen überhaupt eingestellt wird, entzieht sich unserer Beurteilung.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden der fünfzehnjährigen Kamilla Köppler, die bei ihren Eltern in der Mozartstr. 6 wohnte, gefunden. Das junge Mädchen entfernte sich vor einiger Zeit aus dem elterlichen Heim und blieb seitdem vermisst.

Im Straßenbahnwagen verunglückt ist ein unbekannter Mann, der gestern einen Straßenbahnzug der Linie 78 benutzte. Er war in der Frankfurter Allee aufgestiegen, hatte sich in das Wageninnere begeben und war dort eingeschlafen. Am Rosenthaler Markt wachte er auf, fiel jedoch in der Schlaftrunkenheit zu Boden und blieb bewußtlos liegen.

Zwei Kinder von einem Fleischwagen überfahren. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend gegen 1/7 Uhr in der Alten Schönhauserstraße. In der Nähe der Mühlstraße wollte die Frau des Tischlers Saß mit ihren beiden Kindern, Knaben im Alter von drei und vier Jahren, den Fahrradweg überschreiten.

Ein sonderbarer Handwerksunterricht scheint eine Ältere Lehrerin in der 19. Gemeindeschule, Audeplatzstraße 6, zu erteilen. In der genannten Schule erteilt eine schon ergrante Lehrerin Seidel den Handwerksunterricht. Kürzlich empfahl die Dame einer Schülerin, die von einer anderen Schule umgeschult war, sich von ihrer früheren Lehrerin das Lehrgeld wiedergeben zu lassen.

Auch Josi soll die Dame mit ihren Ausdrücken durchaus nicht wästelisch sein. „Trine, freche Trine, gemeine Trine“ sind so einige Bezeichnungen aus ihrem Sprachschatz. Die Dame soll bedenken, daß sie sich in der Schule befindet, wo sie Schülerinnen zu erziehen hat.

Auch ein Wahlrechtskampf. An allen Türen, Schaufenstern, Schildern, Laternenstangen, sogar an Droschken prangten Montag abend in der Leipziger und Friedrichstraße, und auch Unter den Linden diese kleinen Zettel:

Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Preußen!

Frauen und Männer lebten die kleinen gummiferten Marken überall hin, von dem Weisfall und den Scherzrufen der Passanten begleitet. „Aber man nich meinen Wagen versegeln“, rief ein Droschkenkutscher lachend. Alenthalten bildeten sich Gruppen, die die Köpfe zusammensteckten und die Aufschrift lasen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht vom 16. zum 17. d. M. gegen 3 Uhr, wurde im Eisenbahnzuge 1670 auf Station Lichtenberg mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe ein unbekannter Mann tot aufgefunden. Der Unbekannte ist 1,80 Meter groß, etwa 45 bis 50 Jahre alt und hat Glaxe und graumelierten Schnurrbart, ist bekleidet mit schwarzem Jackett, ebensolcher Weste und Hose, Sommerüberzieher, Trikothemd, darüber ein weiß und blau punktiertes Oberhemd mit weißem Kragen und blauem Schalspiz und grauwollenen Strümpfen.

Die Aschenreste Franz Heids wurden gestern Dienstag, 11 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde beigesetzt. Eine stille, kleine Trauerversammlung war in der Kapelle des Friedhofes anwesend, um dem unglücklichen Dichter, der die letzten Jahre seines Lebens in geistiger Umnachtung verbrachte, das letzte ehrenvolle Geleit zu geben. Ein stimmungsvoller Gesang leitete die Feier ein.

Am Verband der Glaser wird uns mitgeteilt, daß das Mitgliedsbuch auf den Namen Robert Schulz, Müncheberger Straße 33, verloren gegangen ist und wird der Finder um Abgabe gebeten.

Der Zoologische Garten hat nach mannigfachen vergeblichen Bemühungen eine im Tierhandel bisher niemals käufliche und auch noch nie nach Europa importierte Gänseart erwerben können, die durch ihre ansprechende Färbung und Zeichnung auch dem Eingeweihten auffällt. Die dem hochnorwegischen Ostfiden und nordwestlichen Amerika angehörige Kaiser- oder Weichnagengans (Phalacrocorax canagica) ist auf silbergrauem Grunde ein schwarzes und weißes Querband. Kopf und Hinterhals sowie die Schwanzfedern sind weiß.

Das Berliner Aquarium besitzt in dem jüngst erworbenen Schimpanse einen Vertreter dieser afrikanischen Spezies Menschen-

affen, wie das Institut nur vereinzelt einen solchen beherbergt hat. Zwar nicht durch besondere Größe und Stärke zeichnet er sich aus, wohl aber durch robusten Bau, prächtigen Appetit und unverwundlichen Frohsinn und lebhaftes Wesen, und diese Eigenschaften versprechen nicht nur ein langes Dasein, sondern sie haben ihm auch in der erst kurzen Zeit seines Hierseins schon alle Besucher zu Freunden gemacht. — Ein zu den Varjischen gehöriger, in kleinen und größeren Exemplaren sich und vorliegender Schuppenträger, eine Art Senfkrasse (Cantharus), erscheint in nicht überladenen bunten, doch entsprechend gefärbten, nämlich auf blau- oder graugrünem Grunde mit dunkleren, goldglänzenden Streifen geschmückten Kleide und gewinnt dadurch ein besonderes Interesse, daß das Männchen in der sorgfältigen Bewachung der vom Weibchen abgelegten Eier eine beachtenswerte Brutpflege betreibt. In dem reichbesetzten Seeperchenden des oberen Grottegangs sind auch „Secundeln“ von besonderer Länge untergebracht, aber trotz der Unklarheit, daß sie fast fehlbar sind, gewahrt man sie erst bei genauerem Hinsehen, weil sie sich in Form und Farbe den betasteten Pflanzengebilden anähneln.

Feuerwehrrichtungen. Der 1. Zug wurde gestern nach Wehensee alarmiert. Dort war in einem Materialwarenladen in der Königshaussee 88 Feuer ausgebrochen und hatte an den Petroleumvorräten im Keller reiche Rohlung gefunden. Die freiwillige Dröfenerwehr war schon zur Stelle und es gelang, den Brand auf den Keller zu beschränken. Der 7. Zug rückte nach Vohagen-Hummelsburg aus, wo in der Krossener Straße 28 eine Wohnung brannte und die freiwillige Dröfenerwehr schon tüchtig löschte. In der Alexanderstraße 2 mußte der erste Zug einen Brand löschen, der in einer Küche von Wächter ausgebrochen war.

Der 8. Zug wurde nach der Wendische 1 gerufen, um dort einen auf den Eisenbahnschienen liegenden verunglückten Müllwagen zu beseitigen. Ferner hatte die Wehr in der Brückenstr. 9 zu tun, wo das Fischengebäl, die Fußböden und anderes brannten. In der Bielestr. 63 brannten Betten; Ritterstr. 111 Kolophonium usw., Zisterstr. 48 Kleider und Kasanienallee 41 Strohfäde usw.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonne. Donnerstag, abends 9 Uhr, Übungsübungen folgender Abteilungen: 3. Abteilung in Schöneberg bei Wiesel, Grünwaldstraße 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg-Hummelsburg bei Lindner, Grünberger Straße 10. Vortrag über Transport Erkrankter und Verunglückter. 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Bergstraße 151/152. Vortrag über Knochenbrüche, Verletzungen und Verhauungen. An den Vorträgen schließen sich praktische Übungen an. Neue Mitglieder können in allen Abteilungen jederzeit eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung,

Klein-Schönebeck-Nichtenan.

„Die Kommunalwahlen und die Sozialdemokratie“ lautete das Thema, über das Genosse Spielermann-Lichtenberg in einer am Sonntag für Klein-Schönebeck-Nichtenan einberufenen, gut besuchten Volksversammlung referierte. In gemeinverständlicher Weise verstand es Redner, unsere Forderungen auf kommunalpolitischem Gebiete den Anwesenden unter großem Beifall vor Augen zu führen. Zum Schluß seiner Ausführungen mahnte er die Anwesenden, die Erbringung des allgemeinen und direkten Wahlrechts für Personen beiderlei Geschlechts nicht aus dem Auge zu verlieren. Genosse Tobias als Gemeindevorsteher berichtete über die Tätigkeit unserer Genossen im Gemeindeparlament. Er betonte, daß die Gemeinde infolge der Ausführung dringender Aufgaben finanziell nicht rosig daheie. In jedem Ort sei in den letzten zwei Jahren ein neues Schulhaus gebaut worden, so daß zu neuen Steuern gegriffen werden müßte. Die ärmere Bevölkerung könnte, da der Gemeindefeuerzuschlag bereits 125 Proz. betrug, zu einer höheren Besteuerung nicht herangezogen werden. Es müßte deshalb zur Wertzuwachssteuer gegriffen werden. Die Einführung derselben habe der Vertretung den Haß der Grundbesitzer zugezogen. In der Diskussion rechnete Genosse Wehl mit den Gegnern treffend ab. Er teilte mit, daß der größte Häuser- und Grundbesitzerpelant Kaufe sich selbst in der dritten Wählerklasse aufgestellt habe. Es dürfe diesem Herrn unter keinen Umständen eine Arbeiterstimme zufallen. Eine Resolution, in welcher die Versammelten geloben, nur einmütig für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten Genossen Ernst Klotow und Schulz einzutreten, fand einstimmige Annahme.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Ein Antrag der liberalen Vereinigung, eine Filiale der Volkshäuser mit Besoldung in der Realschule in der Frankfurterstraße einzurichten, wird nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen. Das Bedürfnis nach Errichtung weiterer Filialen wurde allgemein anerkannt, nur wurde es für fraglich gehalten, ob die Schulen die geeigneten Räume hierzu bieten. Es soll deshalb in Erwägung gezogen werden, geeignete Räume in der Nähe der Frankfurterstraße zu mieten. Auch soll erwogen werden, ob nicht noch weitere Filialen zu errichten wären.

Die Einrichtung einer städtischen Schreibstube für Beschäftigungslose verlangt ein Antrag der liberalen Fraktion. Stadtv. Destrach (lib. Frakt.) begründet den Antrag damit, daß der Magistrat beauftragt worden sei, für Notstandsarbeiten zu sorgen. Diese Arbeiten müßten aber zum Teil aus dem Verufe der Arbeitslosen angepaßt sein. Die Schreibstube müßte auch den dort Beschäftigten Arbeit vermitteln. In der Debatte wurde gewünscht, daß die Schreibstube mit der neu zu errichtenden Filiale der Volksbibliothek verbunden werden möge.

Sodann wurde in die zweite Beratung des Stats eingetreten. Beim Gärtneretat wird vom Stadtv. Wagnan (Soz.) angeregt, die Namen der Pflanzen und Sträucher in den städtischen Anlagen durch kleine Tafeln bekannt zu geben, um die botanischen Kenntnisse der Einwohner zu bereichern. Redner wies darauf hin, daß sich dies mit wenig Kosten durchführen lasse und in verschiedenen Städten auch bereits durchgeführt sei. — Der Etat wurde darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Ohne Debatte stimmte dann die Versammlung dem Friedhofsetat und dem Stiftungsetat zu.

Längere Auseinandersetzungen brachte der Verkehrsstat. Zunächst handelte es sich dabei um die Einführung einer besseren Straßenschilderung. In einer angenommenen Resolution wurde der Magistrat ersucht, die Verwendung von Odrampfen möglichst bald in Erwägung zu ziehen. Darauf machten einige Herren ihrem Haß gegen die Wochenmärkte Luft. Da diese Wochenmärkte der Stadt aber eine jährliche Einnahme von 41000 M. bringen, so unterließ man es, einen Antrag auf vollständige Aufhebung der Wochenmärkte zu stellen, sondern beantragte, den Pöfamentierwarenhändlern (Gruppe II) die Standplätze zu kündigen und dafür weitere Händler mit Lebensmitteln (aber nur Schöneberger Einwohner) zuzulassen. Nach Ablehnung dieses Antrages wurde auch dieser Etat nach dem Beschlusse des Ausschusses genehmigt.

Bei einer Nachbewilligung von 48700 M. zur Inventarbeschaffung für das Krankenhaus wurden die außerordentlich hohen Heberzweigungen der gemachten Voranschläge gerügt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses betr. Übernahme der Unterhaltung der Bürgersteige auf die Stadtgemeinde. Der Ausschuss hatte einstimmig anerkannt, daß die Unterhaltung der Bürgersteige demjenigen zuzulassen, dem sie gehören; Eigentümer der Bürgersteige sei die Stadt, der Hausbesitzer habe kein Verfügungsberechtigung über den Bürgersteig. Der Ausschuss empfahl, daß die Stadtgemeinde die Unterhaltung derjenigen Bürgersteige zu übernehmen habe, welche entsprechend den Polizeiverordnungen vom Jahre 1893 an hergestellt und an die Stadtgemeinde aufgegeben sind. Zur Reparatur dieser Bürgersteige ist eine Pflasterkolonne von der Stadt anzunehmen. Der Referent wies darauf hin, daß die An-

gelegenheit der Stadt einen Kostenaufwand von jährlich 20000 M. verursachen würde. Stadtv. Sämler (Soz.) erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß dieselbe für den Antrag des Ausschusses stimmen werde. Er erwarte aber von den Hausbesitzern, daß dieselben sich ebenso objektiv den sozialdemokratischen Anträgen gegenüber verhalten mögen. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Rixdorf.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen am Montag die städtischen Arbeiter zu dem vom Magistrat vorgelegten Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung für sämtliche städtischen Arbeiter Stellung. Die Kollege Polenske in seinem einleitenden Referate ausführte, ist Rixdorf die erste Stadt Norddeutschlands, die nach dieser Richtung hin den Anträgen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Am 22. Februar 1907 stellten die städtischen Arbeiter erstmalig den Antrag auf generelle Regelung der Arbeitsverhältnisse für alle städtischen Arbeiter. Die gleichen Anträge stellten zu gleicher Zeit die Kollegen Berlins, Charlottenburgs, Schönebergs und Lichtenberg. Im Gegensatz zu Rixdorf scheint aber das soziale Verständnis der letzteren Gemeindeverwaltungen nach dieser Richtung hin zu verlagern.

Die Arbeitsordnung vertritt die Stelle eines Arbeitsvertrages. In 46 Paragraphen werden Anfang und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Arbeitszeit, Lohn, Strafbestimmungen, Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Renteversicherung und Sommerurlaub geregelt. Neben einer Reihe von Abänderungsanträgen stellte die Versammlung noch den Antrag auf Aufnahme von Bestimmungen über die Einrichtung eines Arbeitsnachweises für die städtischen Arbeiter.

Durch einstimmige Annahme nachstehender Resolution erklärten sich die Versammelten im Prinzip mit dem Entwurf einverstanden:

„Die am 17. Februar 1908 im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße 151/152, versammelten Arbeiter der Stadt Rixdorf begehren mit Genehmigung des vom Magistrat vorgelegten Entwurfs einer allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter.“

Die Versammelten sind im Prinzip mit dem vorgelegten Entwurf einverstanden, erhoffen jedoch, daß in der bevorstehenden gemeinsamen Beratung eine Reihe von Abänderungen der einzelnen Paragraphen entsprechend den Beschlüssen der heutigen Versammlung noch vorgenommen werden.“

In seinem Schlusswort konstatierte Kollege Polenske, daß der Entwurf als ein Erfolg der Organisation der städtischen Arbeiter bezeichnet werden kann; wie überhaupt die zahlreichen Errungenschaften der letzten Jahre zum großen Teil die Frucht der Arbeit der organisierten Kollegen seien. Zu bedauern sei es nur, daß einzelne Gruppen der städtischen Arbeiter, wie die Strohmehrer und Laternenwärter dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter noch fernstehen. Er schloß mit der Mahnung an diese Kollegen, sich mehr als bisher der allgemeinen Bewegung anzuschließen.

Steglitz.

Die Notwendigkeit der Gewerbegerichte wird durch den soeben erschienenen Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Gemeindegerichts für das Jahr 1907 aufs neue bewiesen, wenn es eines Beweises überhaupt noch bedarf. Die Zahl der Klagen ist gegen das Vorjahr um 88 prozentig, auch die Klageobjekte waren bedeutend höher. Es handelte sich in 88 Fällen um Beträge bis 20 M., in 11 Fällen um Summen von mehr als 100 M.; einmal betrug die Klagesumme sogar 1200 M. Es ist für die Rechtshilfe ebenjedenfalls sehr erfreulich, daß trotz erhöhter Inanspruchnahme des Gerichts, die Schnelligkeit der Rechtsprechung gegen das Vorjahr noch eine Steigerung erfahren hat. Während im Vorjahre rund 70 Proz. aller Klagen in einem Zeitraum von zwei Wochen erledigt wurden, war dies im Berichtsjahre bei rund 81 Proz. der Fall. Von den insgesamt anhängig gemachten 133 Klagen (130 von Arbeitnehmern, 3 von Arbeitgebern) entfiel der größte Teil ebenfalls auf das Baugewerbe mit 57 Klagen; das Handwerksverhältnis war mit 7 und alle übrigen Gewerbe waren zusammen mit 68 Klagen vertreten. Rund 50 Proz. wurden durch Vergleich erledigt. Berufung gegen Urteile des Gewerbegerichts wurde nicht eingeleitet. Das Sprunggericht trat 12 mal in Tätigkeit; von dem Vorsitzenden allein wurden außerdem noch 52 Terminstage abgehalten. Unter den 176 Klägern befanden sich 11 weibliche. Die Billigkeit des Verfahrens wird durch die Tatsache illustriert, daß Gerichtskosten nicht vereinnahmt wurden. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht nicht angerufen worden. Das Gewerbegericht gehört seit seinem Bestehen dem „Verbande deutscher Gewerbegerichte“ an, dessen Monatschrift regelmäßig an die Mitglieder unentgeltlich verteilt wird.

Das Gewerbegericht verliert leider am 1. April seinen bisherigen Vorsitzenden. Die streng unparteiische, lokale Geschäftsführung des Herrn Dr. Wehendorff fand die ungeteilte Anerkennung nicht nur der Weisheit, sondern auch aller jener, die als Kläger oder Beklagte das Gewerbegericht in Anspruch nahmen.

Ober-Schönebeck.

Die wegen Mißhandlung ihres Kindes seinerzeit in Haft genommene Frau B. ist, wie uns mitgeteilt wird, sofort, nicht erst, wie einige Blätter berichteten, nach einigen Tagen entlassen worden. Auch soll die Polizei das Kind nicht im Abort, sondern in der Badekammer angetroffen haben, als sie sich von der gemeldeten Mißhandlung überzeugen wollte.

Weißensee.

Von einem gefahrdrohenden Brande ist wiederum das Haus Königs-Chaussee 37 betroffen worden. In dem Hause befindet sich eine Filiale des Kaufmanns Batorino. Durch unvorsichtiges Handeln mit Benzin kam es zu einer Explosion; die Stichflammen zündeten so schnell, daß im Ru der Kellerraum in hellen Flammen stand und den darüberliegenden Laden sofort in Mitleidenschaft zog. Nicht nur der Keller, sondern auch der Laden mit sämtlichem Inhalt wurde ein Raub der Flammen, auch die über dem Laden befindlichen Wohnungen haben stark gelitten und mühten geräumt werden. Zum Glück blieb der Kellerraum der danebenliegenden Apotheke verschont, in demselben lagerten viele Explosivstoffe. Die freiwillige Feuerwehr erschien erst 25 Minuten nach der Alarmierung an der Brandstätte. Der anwesende Brandinspektor alarmierte die Berliner Wehr, die jedoch nicht mehr in Tätigkeit treten brauchte. Dieser Brand lehrt wiederum, daß eine Verursacher immer mehr zur Notwendigkeit wird. Die Industrie im Orte ist in der Entwicklung begriffen, wodurch auch die Feuergefahr eine größere ist als früher.

Friedrichsfelde.

Ein Kirchenräuber hat vorgestern hier sein Unwesen ausgeübt. Er drang in die evangelische Kirche ein und raubte die große Sammelbüchse mit dem Inhalt. Vermutlich hatte es der Täter auch auf die wertvollen Gegenstände im Kirchengeschloß abgesehen. Er wurde jedoch gefaßt und ergriff die Flucht. In dem Kirchengeschloß eignete er sich ein Zweirad an und machte sich damit an dem Staube.

„Rühen Sie sich nicht in Sachen, die Sie nichts angehen“ also sprach der Gemeindevorsteher Ungewitter in der letzten Gemeindevorstellung. Gemäß § 47 Abs. 10 sowie §§ 43—45 des Schulunterhaltungs-gesetzes vom 29. Juli 1906 steht auch den Landgemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern das Recht zu, an Stelle des Schulvorstandes eine Schuldeputation, welche der Gemeindeverwaltung unterstellt ist, zu wählen. Ein Antrag aus der Mitte der Gemeindevorstellung, zwei Mitglieder zu dieser Deputation zu wählen, lag zur Beschlussfassung vor. Genosse Winkler schlug vor, drei Gemeindevorsteher zu wählen, um die Deputation, welche Redner als eine der wichtigsten bezeichnete, zu verstärken und um zu ermöglichen, daß neben dem üblichen Rektor auch ein Gemeindevorsteher hinzu gewählt würde. Wegen dieser Erweiterung wandte sich der Gemeindevorsteher mit aller Verehrsamkeit, und als unsere Genossen bei ihrem Antrage be-

harren, entschloß sich dem Wunsche des Vorstehers obiger Ausdruck. Von bürgerlicher Seite fand niemand den Mut, diese offensbare Verhöhnung des Mitbestimmungsrechtes der Gemeindevorstellung juristisch zuweisen. Davor stimmte die Majorität dem Antrage des Gemeindevorstehers, aus jeder Kategorie zwei Vertreter zu wählen, zu. — Als Nachtrag zum Etat wurden 8000 M. gefordert. Diese Summe wird gebraucht, um die Ausgaben verschiedener Positionen, welche im Etat zu knapp bemessen waren, zu bestreiten. Die Summe wurde bewilligt, desgleichen die Reueinrichtung von Schulklassen. — Das Geheiß des Gärtnervereins Gubbert um Erteilung der ausnahmsweisen Bauelaubnis für sein an der Frankfurter Chaussee gelegenes Grundstück wurde bedingungsweise genehmigt. Der Betreffende muß außer der solien- und lauffreien Strohenlandbestimmung 6000 M. für künftige Pflasterkosten hinterlegen. Der zukünftigen Entwicklung gewidmet ist die Verbreiterung der Schloßstraße sowie in erster Linie der Treßlow-Allee, welche beide von Norden nach Süden, also im rechten Winkel zur Berliner Straße, die Verbindung mit dem Drieschteil Karlshorst sowie Ober-Schönebeck herstellen. Diese Angelegenheit wurde unter Ermächtigung zur Verhandlung mit dem Anlieger der Treßlow-Allee und der Schloßstraße wegen Vertretung des Geländes zur Verbreiterung der Straßen“ zur Verhandlung gestellt, und zwar in geheimer Sitzung. Vor Ausschluß der Öffentlichkeit teilte der Gemeindevorsteher mit, daß, falls an eine Verwirklichung dieser Idee gedacht werden könne, auch ein gewisses Entgegenkommen der Anlieger Platz greifen müsse. Sollten die Besitzer der Ländereien zu große Forderungen erheben, so würde eine neue Verkehrsstraße eröffnet werden, so daß die Schloßstraße und Treßlow-Allee brach gelegt würden. Die Straße ist 88 Meter breit gedacht und soll mit Vorgärten, breitem Trottoir, zweiflügeligem Fahrdamm und in dessen Mitte mit besonderem Straßenbahndamm versehen sein.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm zunächst eine Reihe von Etatsbeschlüssen an. Beim Etat der Gemeindevorwaltung entspann sich eine Debatte darüber, ob man neue Käufe anschaffen oder nicht lieber die alten wieder aufbessern solle. Vom Magistrat war Neuananschaffung empfohlen worden. Doch schließlich siegte der Altertumsstimm unserer Stadtväter und die Käufe werden nur aufgebessert, welche Arbeit für einen Preis von höchstens 150 M. zu verrichten, der Stadt. Sämtlich erbot. Auch wird in Zukunft nicht mehr die Verrichtung von Säulen, Eis und Unrat vor den Schulen von der Feuerwehr besorgt werden, sondern dies wird Aufgabe der Polizei sein, welche dafür eine entsprechende Lohnverhöhung erhalten. Ein weiterer Punkt, betreffend Feststellungsbeschluss über die Hauptrechnung der allgemeinen Verwaltung für 1905, welche eine Einnahme von 4816209,74 M. gegenüber einer Ausgabe von 4570148,33 M. aufweist, entbehrte nicht ganz des Humors. Hierbei miffiel nämlich der neuere Zinsspreis (1,50 M. per Liter, bei 80 bis 100 Liter jährlichen Verbrauches, was ein Objekt), ferner wurde Beschwerde geführt, daß gelegentlich der Dekoration des Rathauses beim Einzug des Kronprinzenpaares zwei neue Fahnen gemopft worden seien. Auch ein Ehrenbürgerbrief wurde kritisiert, weil derselbe statt 800 M. 850 M. gekostet habe. Diese Verschwendung! Schließlich war man auch böse darüber, daß für Reiselosen nach Berlin, welche im Regulatorium mit 12 M. Entschädigung vorgelesen waren, höhere Beträge in Anschlag gebracht worden sind, da man doch mit 12 M. ganz gut auskommen könne. Dies wurde jedoch u. a. von dem Stadtv. Pauli ganz entschieden bestritten, man müsse immer berücksichtigen, zu welchem Zwecke man nach dort fahre; auch Stadtv. Böhm meint damit nicht auskommen zu können, denn man könne eventuell doch nicht bloß Kaffee trinken. Das sah man denn auch ein und beschloß, das Regulatorium einer Revision zu unterziehen. Die Berliner Straße von der Elisabethstraße bis zum Tor wird der Verschönerung halber mit Lindenbäumen bepflanzt. Für ein zu errichtendes Bismarck-Denkmal war man 800 M. aus. Um die Nikolaiskirche zu restaurieren bewilligte man 10 900 M.

Berichts-Zeitung.

Gastung des Imkers für Verletzungen durch einen Bienenschwarm.

Das 19jährige Fräulein H. in Ralsch wurde am 9. Mai 1906 von einem Bienenschwarme des Schulmachers W. voriselt überfallen und schwer verletzt. Sie verlangte deshalb auf Grund des § 333 des Bürgerlichen Gesetzbuches von dem W. Schadenersatz. Infolge dessen entstand besonders Streit darüber, ob die Klägerin Anspruch auf Grund eines landwirtschaftlichen Betriebsunfalles nach Rückgabe des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft erheben mußte und ob sie ein Verschulden treffe, weil sie die Anmeldung ihres Anspruches bei der Berufsgenossenschaft unterlassen hatte. Die Schadenersatzpflicht an sich gemäß den Bestimmungen des § 333 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde vom Beklagten nicht bestritten.

Kaddein erst das Landgericht Karlsruhe die Ansprüche der Klägerin in vollem Umfange als gerechtfertigt erklärt hatte, wurden ihr vom Oberlandesgericht zu Karlsruhe unter Abweisung der Rechtsforderung zuruckannt: 1000 M. Schmerzensgeld, 72 M. Heilungskosten und als Ersatz für die Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit eine Geldrente von monatlich 15 M. bis zu ihrem 60. Lebensjahre und eine solche von 9 M. für weitere 10 Jahre. Das Oberlandesgericht führt aus, daß die Klägerin nicht geklagt habe, Ansprüche an die Berufsgenossenschaft zu haben und deshalb auch solche nicht erheben habe. Infolgedessen sei die zweijährige Anlauffrist gemäß des Absatzes 1 § 78 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft verstrichen, so daß die Klägerin gegen die Berufsgenossenschaft aus diesem Unfall keine Ansprüche mehr erheben könne. Wenn aber aus irgend einem Grunde, sei es, daß ein Betriebsunfall nicht anerkannt werde, sei es, daß durch Verschämung der Anmeldefrist der Versicherungsanspruch des Geschädigten ausgeschlossen werde, so trete der Geschädigte wieder in seine Gläubigerrechte gegenüber Dritten ein. Da dieser Fall der Verschämung hier vorliege, so habe die Klägerin Ansprüche gegen den Tierhalter.

Das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe suchte der Beklagte im Wege der Revision einlegen vor dem Reichsgericht umzuwenden. Er machte geltend, daß der Anspruch auf Entschädigung gemäß § 151 des Versicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft auf die Berufsgenossenschaft übergegangen sei. Sodann treffe, wie schon geltend gemacht, die Klägerin noch insofern ein Verschulden nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches, als sie die rechtzeitige Anmeldung des Anspruches bei der Berufsgenossenschaft unterlassen habe. Der Berufungsrichter hatte den ersten Einwand damit zurückgewiesen, daß der § 151 nur zugunsten der Berufsgenossenschaft geschaffen sei, nicht aber zugunsten schadenersatzpflichtiger Dritter. Der zweite Einwand konnte deshalb nicht in Betracht, weil sich die Berufsgenossenschaft, falls sie als haftpflichtig anerkannt worden wäre, doch im Regreßweg an den Beklagten gewandt haben würde und weil es für diesen gleich bleibe, ob ihm ein Gläubiger oder zwei zu bestimmten Teilen gegenüberstehen.

Der erkennende 4. Zivilsenat des Reichsgerichts sah die Ausführungen des Berufungsrichters für zutreffend an und erkannte auf Zurückweisung der Revision.

Die erhebliche Schadenfall würde den Beklagten nicht hart getroffen haben, wenn er sich gegen die Folgen seiner Imkererei gegen eine geringe Summe verdrückt hätte. In der Regel sind die Bienenzüchter versichert.

Vermischtes.

Ein schwerer Unglücksfall, der die große Zahl der Todesfälle bei der Krupp'schen Wollfabrikfirma um einen vermehrt hat, ereignete sich einer Meldung aus Essen zufolge, im Preshau genannter Firma. Der Maschinist Gaden wurde am Sonnabendmittag auf dem Lauf-

fran tot aufgefunden. Er war, mit dem Schmirer beschäftigt, zwischen die Räder des Wagens und einen Träger gekommen, wobei er sofort todtgebrüt wurde. Der Unglückliche hinterläßt Frau und fünf Kinder. Erst einige Stunden nach dem Unglücksfall fand man die Leiche.

Unschuldig verhaftet.

Der Weber Heinrich Lachmann, der am 6. d. M. unter dem Verdacht, den kürzlich an der Frau Alma Schulze in Hannover verübten Raubmord begangen zu haben, festgenommen wurde, ist einer Meldung aus Kassel zufolge, nach zehntägiger Haft, da sich seine Unschuld herausgestellt hat, wieder entlassen worden.

Erneutes Steigen der Barthe.

Folgender Meldung zufolge ist die Barthe aufs neue im starken Steigen begriffen. Der gestrige Wasserstand betrug 2,58 Meter gegen 2,35 Meter vorgehen. Der Verdrichthorwehrdamm ist überschwemmt.

Im Kesselraum verunglückt.

Der Marinepräfect in Vrest erhielt die telegraphische Mitteilung, daß an Bord des Kreuzers „Descartes“ in Maroffo infolge eines Unfalles im Kesselraum zwei Personen getödtet und zwei andere verletzt wurden. — Admiral Philibert bestieg telegraphisch den Unfall an Bord des Kreuzers und fügt hinzu, daß sechs Personen schwerverletzt und drei getödtet wurden.

Eigentums-Bekannt. Nach einer Meldung aus Budapest kam es in Ghimeslozcepl zwischen Gendarmen und holzhandelnden Bauern zu einem Zusammenstoß. Fünf Bauern wurden getödtet, drei lebensgefährlich, mehrere andere schwer verletzt.

Arbeitslosigkeit infolge Hochwassers. Aus Pittsburg wird gemeldet: Das Wasser des Alleghanystromes fällt langsam. Ueber 20 000 Mann sind infolge des Hochwassers beschäftigungslos geworden und vermehren so die schon große Anzahl Arbeitsloser. Tausende von Menschen haben sich in die zweiten Stadtwerte der Häuser geflüchtet. Lebensmittel gelangen durch Polizeibeamte in Booten zur Verteilung. Niedrige Schätzungen beziffern den durch das Hochwasser angerichteten Schaden auf zwei Millionen Dollar.

Vertiner Marktversteigerung. Aus dem amtlichen Bericht der Röchlichen Marktversteigerung (Großhandel) Ostfriesland La 68-70 pr. 100 Pfd. Ha 62-67, Ha 54-57, Süßenfleisch La 65-70, Ha 64-64, Rüste, fett 48-56, da. mager 56-44, Pfeffer 50-58, Sullen, dänische 51-63, Rühfleisch, Doppelsender 105-125, Marktleder La 82-92, Ha 73-81, Rühler ger. gen. 52-68, da. boll. 45-50, Hammelfleisch Markt-Lamm 73-75, Hammel La 67-69, Ha 59-64, ungar. 0,00, Schafe 44-67, Schafmehl 51-59, Rehweid La per Hund 0,00, Ha 0,00, Rotweid La per Hund 0,50-0,55, da. Ha 0,50, da. Rühler 0,40-0,52, Marktweid 0,50-0,60, da. Rühler 0,65-0,70, Wühlweine per Hund 0,45, Gerstlinge per Hund 0,00, Kaminden, groß, Stüd 0,80 bis 1,00, da. klein 0,00, Heien, groß per Stüd 3,50, da. mittel u. klein Stüd 0,00, Wälden der Stüd 0,00, Palanenöhne La. junge 0,00, da. Ha und alle 0,00, Palanenöhnen 0,00, Schneehühner Stüd 0,95-1,00, Vögelhühner Stüd 1,50-1,80, Vögelhühner Stüd 1,25-1,40, Gabelhühner Stüd 0,90-1,00, Döbner. La per Stüd 1,75-3,30, dito Ha 0,00, Hamburger Küten, Stüd 1,10 bis 1,20, Soudaten, deutsche, v. Pfd. 0,00, Soudaten La 0,50-0,75, da. Ha 0,00, da. alle 0,00, da. Ital. 0,00, Enten, per Stüd 2,70-2,10, dito russische per Stüd 0,00, dito Hamburger, per Stüd 2,70-3,50, Gänse per Pfd. 0,40-0,50, da. jg. Hund, per Pfd. 0,75-1,10, dito russische per Hund 0,40-0,50, Kautschu per Stüd 1,20-1,40, Puten La v. Pfd. 0,70-0,95, da. Ha 0,60-0,65, Geste per 100 Hund 87-95, da. klein 96-99, da. groß 64, da. groß-mittel 80, Rander, unfortiert 0,00, da. groß 0,00, da. mittel 0,00, Schale, groß 0,00, dito mittel 0,00, dito Ha 80-82, Rale, klein 0,00, da. mittel 0,00, da. groß 0,00, Rarpfen 5-10er 44-53, da. 10-15er 60-64, da. 20-25er 0,00, da. unf. 67-70, Sildsen 0,00, da. klein 0,00, Mand 51-62, Quappen 41-45, Bleische 0,00, Weis 57, Bunte Fische 30-43, Barie matt 0,00, da. klein 0,00, Biete matt 0,00, Starnischen, matt 0,00, Winter-Reinische, per 100 Hund 0,00, Amerikanischer Wachs La, per 100 Hund 110-130, da. Ha 90-100, Seelachs, per 100 Hund

20-30, Hundert, Räder, Stiege La 2-5, da. mittel, Rüste 0,00, da. Hund, Stiege 3-6, halbe Rüste 2-3, pomm. La Schod 0,00, Ha 0,00, Wüdinge, Räder der Wall 0,00, schwebische 1,50-2,00, eugliche 3,50, Sprötten, Danziger, Rüste 0,00-0,70, da. Rügenwalder, Rüste 0,40-0,60, Rale, groß per Hund 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Rüste 4,00-6,00, dito 1/2, Rüste 2,50-3,00, Sardellen, 1902 er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85-90, Schottische Golderinge 1900 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 38-42, deutsche 30-40, Deringe, neue Rüste, per 1/2, La 0,00, Sardinen, russ., Fah 1,50-1,60, Bratheringe Fah 1,20-1,40, da. Rüste (4 Liter) 1,40-1,70, Weinungen, Schodfah 8, da. kleine 4-5, da. kleinen 10, Kreble per Schod 0,00, große 0,00, da. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 am 0,00, da. unfortiert 0,00, Galtier, groß 0,00, Seemalschen 100 St. 1,00, Vier, Land, unfortiert per Schod 3,75-4,00, da. große 4,00-4,50, Galtier per 100 Pfd. La 133-141, Ha 129-137, Ha 129-128, abfallende 115-120, Saure Gurken Schod 4,50, Pfeffergurken Schod 4,50, Kartoffeln per 100 Hund Daberische 3,25-3,50, weiße umbe 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Forre, per Schod 0,75-1,25, Meerrettich, Schod 8-16, Spinat per 100 Hund 25-30, Sellerie, per Schod 3-6, da. pomm. 6-14, Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00-5,00, Peterstiele, grün, Schodbund 0,80-1,50, Rettich, bavrisher, per Stüd 0,06-0,10, biefiger, per Schod 0,00, Röhrrüben, 100 Hund 2,00 bis 3,50, Karotten, per 100 Hund 10-15, Wüdingstohl v. Schod 3-6, Rotstohl, Schod 2,10-4, Weisstohl v. 100 Pfd. 1,60-2,50, Blumenstohl, biefiger 100 Stüd 0,00, da. Geirter 0,00, da. italienischer 100 Stüd 38-40, da. in Röhren 18 Stüd 2,00-3,00, Rosenstohl, per 100 Hund 15-20, Geirnstohl 5,00-8,00, Röhrrüben, Schod 4,00-5,00, Peterstielwurzel, v. 100 Pfd. 4,50-5,00, Schodbund 5-8, Schnittlauch, Täpfe Dupp. 2-2,50, Tomaten, kanarische, per Rüste 3,00-5,00, rote Rüben, per 100 Hund 2,50-3,00, Rühchen, Beiliger, per 100 Hund 0,00, da. Rühchen 12-20, Stärel, 100 Stüd 20,00-25,00, Endbeien, 100 Stüd 25-33, Simen, per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Röhrrüben 3-10,00, Tafelbirnen La 18-25, da. Ha 6-17, Hallener 26-30, Keibel, per 100 Hund, Tiroler La 20-32, da. Ha 12-20, da. Iose, per 100 Hund 0,00, da. in Röhren 120 Pfd. 30-50, Röh, bie., 100 Pfd. 3-12, Röh, 5-14, Tafeläpfel La 15-24, da. Ha 8-18, Amerikaner, per Fah 15-23, Italiener, Iose, 100 Pfd. 11-15, da. in Röhren per 100 Pfd. 10-16, da. in Kisten 10-24, Weintrauben, Kimeria, per Fah 6-16, Ananas I, per Hund 0,90-1,00, da. II 0,50-0,70, Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00-25,00, Kofosrübe per 100 St. 0,00, Rauhmanlein per 100 Pfd. 0,00, Naronen, ital., per 100 Hund 12-20, Feigen, Franz, per 100 Pfd. 21-25, da. Trommel, per 100 Pfd. 40, da. in Kisten 28-38, Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Sitronen, Messina, 300 Stüd 8-10, da. 360 Stüd 8-10, da. 200 Stüd 0,00, da. 150 Stüd 0,00, Kpellenen, Parica, 200 Stüd 8,00-10,00, da. 300 Stüd 7,00-11,00, da. Valencia 420 Stüd 15-25, da. 714 Stüd 22-28,00, da. Messina-Blut 100 Stüd 7-9, da. 150 Stüd 7-10, da. 80 Stüd 8,00-9,00, da. 200 Stüd 0,00, Dalfeln, per 100 Kart. 40-42, da. per 10 Pfd. 5,00-5,50.

Hallen müssen vor grundtätlich aus strafrechtlichen Gründen abnehmen. Sie können die Auslieferungserträge in jeder Bibliothek einsehen. — R. S. 100, Rirdorf. Beantragen Sie bei der Raste Ihre Aufnahme. — R. S. 25, Feuerwerk, Lindenstraße 41, gibt Auskunft. — R. S. 24. Eine Um-morlette würde den von Ihnen gemäntigten Jred nicht erfüllen. Ihre Frau möchte eine andere kantenverpflichtungspflichtige Beschäftigung vorziehen auf die Dauer von 14 Tagen übernehmen. — C. S. 100. 1. Ja. 2. Nur mit Genehmigung der Kirchhofverwaltung. — R. S. 15. 1. Leider ja. 2. Nein, event. würde die Frau mit Aussicht auf Erfolg Interventionslage erheben können. 3. Einmaligkeit liegt nicht vor, es könnte auf Zahlung gelangt werden. — Scherger. Ja. — S. 777, Leider nein. — R. S. 100. Der Vertrag wäre anfechtbar. — R. S. 17. Auf Ihren Antrag erfolgt die Deklaration kostenfrei. — R. S. 20. Wenn angenommen wird, Sie hätten durch die Unterdrückung den Wert über Ihre Vermögensverhältnisse täuschen wollen und ihn zum Abbruch des Reis-vertrages demogen, so kann darin ein Betrag erhöht werden. — R. S. 9. 1. Den Ausgang behält Ihre Rutter. 2. Wenn es in diesem Betrage nicht ausdrücklich ausgemacht ist, nein. 3. Ja. 4. In 30 Jahren. Einen Schuß dagegen gibt es nicht. — C. R. 1000. Rein. — Max 999. Die Wäme kann Ihre Sachen verkaufen. — T. S. 29. 1. und 2. Ja. 3. Nein, es ist dem, daß sie früher noch nicht vorgelegt waren. — R. S. Gerdia. 1. Sie mühten sich an das Postamt wenden. 2. 21 Jahre. 3. Das wird im Gele selbst ausgeprochen werden. — Abbonet 32. 1. Ihre Schmeiter möchte zunächst beim Amtsgericht klagen. 2. Ja. 3. Verlassen Sie es mit 25 R., od. es gläden wird, ist zweifelhaft. 4. Bestimmte Rechtsanwält, Verzte uim. zu empfehlen, können wir grundtätlich ab. — R. S. 25. Sehen Sie sich mit dem jetzigen Vormund und dem Vormundschaftsgericht in Verbindung. — R. S. 71. Es möchte am 15. zum 1. gekündigt werden. 2. Ein Anwalt ist nicht erforderlich. 3. Gar nicht. 4. Eine Kenntnis der Einwendungen des Be-forderlich nicht zu beantworten. 5. Etwa 5, 6, etwa 10 R. 7. In 2 Jahren. 8. Nach Zustellung des Urteils in einem Monat. 9. Nicht voranzuziehen.

Witterungsübersicht vom 18. Februar 1908, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. P. u. d. W.	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. P. u. d. W.
Strehme	747 G			6 Schnee	2	Daberanda	747 R			2 bedekt	-10
Damburg	744 GSB			6 Regen	2	Petersburg	750 SB			1 bedekt	-6
Berlin	747 GSB			3 bedekt	3	St. Petersburg	763 SB			5 bedekt	9
Frankfurt	751 SB			3 Regen	6	Aberdeen	743 GSB			1 bedekt	4
Rindgen	755 SB			6 wolfig	4	Wars	750 GSB			3 Regen	8
Wien	756 GSB			Regen	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Februar 1908.
Einwohler, zeitweise heiter, jedoch sehr veränderlich mit Regen, Schnee oder Graupelstürmen und starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 2.	seit 17. 2. (cm)	Wasserstand	am 17. 2.	seit 17. 2. (cm)
Remel, Luft	308 ⁹	-1	Seale, Großh.	198	+11
Bregel, Ansternburg	240 ⁹	+32	Dabel, Spandau	134	+4
Seitzel, Thora	217 ⁹	-3	Wassensow	156	+3
Dder, Halber	308	+8	Spre, Spremberg	130	0
• Krossen	185	+4	Beckow	105	0
• Frankfurt	195	+6	Sefer, Wänden	71	+59
Barthe, Schimm	231 ⁹	+23	• Wänden	110	+10
• Landsberg	309	-1	Rhein, Magdalenkanal	232	+8
Rege, Borsdam	105	+6	• Raub	119	-7
Elbe, Leimrich	10	+8	• Rüh	155	+8
• Dresden	-104	+6	Rekar, Heilbronn	90	+30
• Barby	177	+10	Rain, Berchheim	153	+15
• Magdeburg	155	+17	Reisel, Lier	136	+42

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eisstand.
⁴⁾ Schwacher Eisgang.
Nach telegraphischer Meldung war die Barthe bei Landsberg heute norm-mittag noch im Fallen (um 8 Uhr Wasserstand 308 cm).

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Albert Kressin** am 18. Februar verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, in Pöglow statt.
79/18 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgogend. (Bezirk 15.)
Den Berufsgegnossen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Waech** am Sonnabend verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachm. 11/2 Uhr, vom Trauerhause Röhler Friedhofstr. 215 in Röhdorf aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und Kräftspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Puhers **A. Strae**
lage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Befangeneverein der Puhler, meinen innigsten Dank.
Uwe. H. Strae.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters **Otto Lehmann**
lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen des 4. Berliner Bahntreffes sowie auch dem Gefangeneverein „Spre“ unseren innigsten Dank. 1825
Witwe Auguste Lehmann nebst Kindern.
Gardinen, Vorhären, Decken, Federbetten, Bettmöbde, Bilder, Uhren auf Teilzahlung, Postkarte erbeiten.
L. Matzner, Berlin, Auguststraße 50.

Dankfagung.
Allen Parteigenossen, Kollegen sowie Freunden und Bekannten, welche an der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Bruders und Sohnes **Fritz Bieber** teilgenommen haben, unseren herzlichsten Dank. 19762
Uwe. Lisbeth Bieber nebst Kindern, Geschwistern u. Vater.

Baustelle
290 Quadratrußen. Industriegegend bei Telow, Bauklasse C — drei Etagen — Gas, Wasserleitung, zum Preise von nur 20 M. pro Quadratruße zu verkaufen.
Angehung 2500 Mark, Rest mit 4 1/2 Proz. auf langjährige Hypothek. Offerten unter K 5 an die Expedition des „Vorwärts“.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 14752
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-9, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

NESTLE'S KINDERMEHL
altbewährt stets zuverlässig
Herren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat
zu Herrenanzügen sportlich, feinste Fabrikate, Kammgarne, Schwois, neueste Muster von 4 R. an der Meter, reine Wolle. 110/3
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Kriegenderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ 32, 36, 00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Phänomen Cigaretten!
Rauchen Sie
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung!

Zentral-Verband der bau-gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgogend. Bezirk Moabit.
Nachruf.
Am Donnerstag, den 13. Februar, verstarb unser treuer Kollege, der Fuhrerträger **Fritz Siegner** im Alter von 31 Jahren an der Lungenerkrankung. 29/5
Ehre seinem Andenken!
Der Zweigvereinsvorstand.

Setze hiermit allen Verwandten und Bekannten an, daß am 17. Februar, morgens 5 1/2 Uhr, meine liebe Frau **Auguste Reichardt** geb. Heller nach kurzen aber schweren Leiden verstorben ist. 1635
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schneberger Friedhofes, Marzstraße, aus statt.
Der trauernde Gatte Hermann Reichardt, Fritz-Hellerstr. 10.

Jetzt muss ich zu Westmann, mich hält nichts zurück!
Konfektionshaus Westmann
Dieses Angebot kehrt niemals wieder!
Nur 4 Tage, von Mittwoch bis Sonnabend
Neueste Frühjahrs-Modelle, Original-Reisemuster u. Kopien, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig.
Kostüme, Paletots, Taffel-Liftboys, Röcke, Blusen usw. **bedeutend unter Preis**
Ferner, um total zu räumen: bis auf ein Viertel im Preise ermäßigt Plüsch-, Pelz-, Eskimo-Jackets- u. Mäntel etc., Winter-Kostüme, -Röcke, -Blusen, Kinderkonfektion etc. nach folgenden 5 Serien:
früher bis M. 18 | bis M. 30 | bis M. 50 | bis M. 90 | bis M. 150
heute nur M. 4,50 | nur M. 7,50 | nur M. 16,50 | nur M. 22,50 | nur M. 40
Sämtliche Gönner und Freunde meiner Firma, welche von Mittwoch bis Sonnabend mein Geschäft besuchen, und zwar für 20 M. einkaufen, erhalten als Extra-Vergütung ein Frühjahrs-Kammgarn-Jackett oder ein Kinderspyjak gratis!
Einsegnungskleider in überaus reicher Auswahl.
Separ.-Abteil. Mod. Trauermag. Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Auswahl u. Preise konkurrenzlos. **Firma und Hausnummer!**
Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115, 2. Haus an der Andreasstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Richard Artl** am 18. Februar verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Helland-Kirchhofes, Högensee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
79/17 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 17. Februar, verstarb nach schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Elisabeth Jechow** geb. Henning im 37. Lebensjahre.
Dies zeigen selbstbrüdt an **Karl Jechow, Formet,** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 20. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.

Sonntag, nachmittags 5 Uhr, entfällt nach langen Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Fuhrer **Adolf Goebel**
Bergmannstr. 32.
Die Beerdigung findet Donnerst., den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensebene, Nordend, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
Paul Lorenz
lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Genossen des 6. Berliner Bahntreffes und den Sängern, als auch dem Deutschen Transportarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank. 1516
Witwe Auguste Lorenz und Kinder.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 19. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Barbier von Seville. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Ody von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.)
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Engel und sein Ring. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Was dem der liegt.
Anfang 8 Uhr.

Reffing. Die Söhne der Gesellschaft.
Berliner. Der Operball.
Neues. Sinfon.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Schiller-Theater.)
Auf der Sonnenseite.
Schiller Charlottenburg. Der rote Leutnant.
Kleines. Mandragola.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Hebbel. Maria Magdalena.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Vorzing. Der Trompeter von Säckingen.
Weiten. Ein Walzertraum.
Reising. Bibi. Der selbige Octave.
Luise. Der verlorne Sohn.
Trianon. Baron Toto.
Thalia. Immer oben auf.
Theater an der Spree. Ausgewiesen.

Bernhard Rose. Ein toller Einfall.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitilaw der Moderne.
Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.
Kassino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage. Mlle. Guerrerito. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Hoyerland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Hofes Bergere. Spezialitäten.
Palast. Lehrlingenstreichere. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Theater 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Mittwoch 8 Uhr:

Der Opernball.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ferdinand Bonn als Gast.
Sinfon.
Morgen und folgende Tage:
Sinfon.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Mandragola.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

6 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Der gehörnte Siegfried.
Siegfrieds Tod.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Meister Josef.
Freitag: Meister Josef.
Sonabend: Meister Josef.

Vorzing - Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Don Juan.
Freitag 8 Uhr: Verkaufsführung: Bibi.
Sonabend 7 1/2 Uhr: Hauserfalte.

Hebbel-Theater.

Königsgraben, Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: Maria Magdalena.
Särgenisches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.

Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall
mit Alwin Neuß.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein seltsamer Fall.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 19. Februar 1908:
Unsere Frauen.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Franz v. Schönthan.
Anfang 8 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN



Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem
10 St. nur 30 Pfg.

Josetti

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Geschäftsstelle: N. 39, Ravené-Strasse 8. — Fernsprecher: Amt III, 2137.

Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Ballschmieder, Badstr. 16:

Großer astronomischer Vortrag

gehalten von Herrn Dr. Archenhold, Direktor der Sternwarte in Treptow.

Thema: Wanderungen durch das Weltall. Illustriert durch über 100 Lichtbilder.

Die nachfolgenden Vorträge finden statt am Dienstag, den 3. März, in den Pharusillen, Müllerstr. 149; Freitag, den 13. März, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49; Dienstag, den 17. März, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110; Freitag, den 20. März, in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130.

Gültig zu allen Vorträgen sind die Billet-Nummern 29 501-34 500.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Theater abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.
Schwan in 3 Akten von de Gorje und de Marjan.
Dresskost. Richard Alexander.
Hierauf: Der selbige Octave.
Sonntag, den 23. Februar, 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?

Luisen-Theater.

Zum ersten Male:
Ein verlorener Sohn
Anfang 8 Uhr.
Donnerst.: Des Mädchens Lebenswege.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Sonabend 4 Uhr: Schwarzenland, oder: Das tapfere Schneiderlein.
Abends: Krieg im Frieden.
Samstag 3 Uhr: Die Waife aus Lowood.
Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Des Mädchens Lebenswege.

Theater an der Spree.

Stöpenicker Straße 68.
Vorstellung der Freiheitlichen Bühne:
Ausgewiesen.
Soziales Drama von Karl Bötker.
(Nach zwölfjährigem polizeil. Verbot freigegeben.)
Morgen: Ausgewiesen.

BERNHARD ROSE THEATER

Str. Jankowitzerstr. 132
Ein toller Einfall.
Anfang 8 Uhr. **Wochentagspreise.**
Donnerstag: Die Schule des Lebens.
Freit.: Benefiz Freida Broich; Teilsb.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.
Der Operettenkünstler der Saison:
Mitilaw der Moderne
Operette von F. Lehár.
Amaranth: Mia Werber.
Ab 8 Uhr das glänzende Variété-Programm mit La belle Alexia.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 23. Febr., nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

WINTERGARTEN

Otto Reutter

und das neue Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt!

Trianon-Theater.

8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Cypricenne.

Passage - Panoptikum.

Neu! Neu!
Der längste Mensch
und **der dickste Mensch**
der Welt! Toni Thoms, 600 Pfd. schw. 24 Pfd. u. Zoh.
Ohne Extra-Entree.
Neapolit. Bandenkapelle.
Colonia Exper. 8. 4. Dimansion
Eintritt 50 Pf.
Kinder u. Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Paravoulesku - Zelnesku, rum. Ensemble.
The Oracs, Barren-Alt.
Lona, elastic lady.

Lehrlingenstreichere.

Baslings-Burleske.

Gebr. Herrfeld-Theater.

Allabendlich der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:

Salomonisches Urteil.

Ein Nachspiel zu **Papa und Genossen**
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: Endlich allein! Der Fall Blumenthal.

Neue Welt

Gartenstraße 108-114.
Täglich: Täglich:
Größtes und originellstes bayerisches Bockbierfest
Baron Mueckis Orig.-Bauernkapelle
Morgen **Elite-Tag!**
Prämierung des längsten Volkstanzes.
3 Preise: 60, 40, 20 W.
Redungen bis 10 Uhr an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 W.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Klenf.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: Jungfer Immergrün
Freitag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.

Schiller-Saal (Charlottenburg)

9 Uhr: Vortrag von Dr. Hans Wladowsky: Delaques.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urback-Orubel.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Enormer Erfolg des Februar-Programms.
Alles tatsächlich neu und noch nie dagewesen.
Claymore und Gordons Kreation. Refikto, das elektrische Rätzel.
Kunststradfahrertruppe Klein.
Direktor Albert Schumanns allerneueste Dressuren.
Tagesgespräch:

Amerika.

Bracht-Kunsttätungs-Parlommime.
Alles bisherige übertreffend.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Mlle. Guerrerito

Spaniens schönste Tänzerin
und das große Februar-Programm!

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Sonabend: Gr. Extra-Vorstellung: Die Schule des Lebens.

8 Theater 8

Uhr. **Folies Caprice** Uhr.

Neu! Jennesse dorée.

Paragraph 343.
Neue mit Gesang in 3 Bildern.

Mal was Anderes

Neuer Konzertsaal.
Mittwoch:
Großes Husarenfest.

Sanssouci

Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Raimar.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen.
Großer Erfolg des neuen Soiree-Programms.
Beg. Sonnt. 5, nachm. 8 U.

Kassino-Theater.

Lothringerring 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint - Hans lacht
Reu! **Steid-Duo.** Reu!
Reu! Der armenische Rügamer. Reu!
Reu! **Kati Gültini.** Reu!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Mittwoch abend 7 1/2 Uhr präz.: **Gala-Abend.**
Rebität! Große Sensation! Debüt! **Mr. Lytton!** Debüt! **Automobil-Zeltomortale.**
Der Kommissionsrat **Gustav Stensbeck**, Direktor des Berliner Lotterialls, als Gast.
Die phänomenale Aurora-Truppe!
Dros. Clartoniens aus Amerika, das phänomenalste auf dem Gebiete der Luftgymnastik, usw.
Um 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Vorher Galaprogramm.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Ter. Anfang 8 Uhr.
Das großartige Februar-Programm!
Dressierte **Löwen, Tiger, Leoparden,** vorgeführt von R. Havemann, und die übrigen glänzenden **XX Variétékünstler. XX**
Tunnel: **Bockbierfest, Regimentskapelle** usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: **Reu: Husaren-Streiche.**
Anfang: **Bohnen.** 8
Sonnt. 7 U.

Buggenhagen

Moritzplatz
im Theateraal täglich

Albert Böhme

und das großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im anderen Konzertsaal täglich die allerersten **Militär-Kapellen:** Weder, Prignow, Köhning, Reumann, Offeneh, Urtlich.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Colstr. 8.
Nur kurze Gastspiel des berühmten **Kopfkäufers** vom Krynitz-Palast in London (derselbe erregte durch seinen Strahlenkapsel in allen Großstädten beacht. Aufsehen) sowie 18 erstklass. Spezialitäten. **Tudor-Vitograph.**
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.
Jeden Sonabend und Sonntag nach der Vorstellung: **Familienkränzchen** bei freiem Tanz.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach Maß, schick, **ausseh. Zustand,** von 20 Mark an. **Moritz Laband,** Neue Promenade, II. (Südth. Börse)

M. Krügers Speise-Leinöl

Ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — **Hausfrauen!**
Wenn Sie wirklich schmackhaftes, frisches und reines **Speise-Leinöl** genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etikett**
„Spreewälderin in Nationaltracht“ und fordern ausdrücklich **M. Krügers Speise-Leinöl.** Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorlohgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, **M. Krügers Speise-Leinöl „Marke Spreewälderin“** nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber **hier.**
Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.